

**ZEITEN
ÄNDERN
SICH.**

**WIR
ÄNDERN
SIE
MIT.**



1980–
1981
Petra Kelly
August Haußleiter
Norbert Mann

1981–
1982
Petra Kelly
Manon
Maren-Grisebach
Dieter Burgmann

1982–
1983
Manon
Maren-Grisebach
Wilhelm Knabe
Rainer Trampert

1983–
1984
Rebekka Schmidt
Wilhelm Knabe
Rainer Trampert

1984–
1987
Jutta Ditfurth
Lukas Beckmann
Rainer Trampert

1987–
1988
Jutta Ditfurth
Regina Michalik
Christian Schmidt

1989–
1990
Ruth
Hammerbacher
Verena Krieger
Ralf Fücks

1990–
1991
Renate Damus
Heide Rühle
Hans-Christian
Ströbele

1991–
1993
Christine Weiske
Ludger Volmer

1993–
1994
Marianne Birthler
Ludger Volmer

1994–
1996
Krista Sager
Jürgen Trittin

1996–
1998
Gunda Röstel
Jürgen Trittin

1998–
2000
Antje Radcke
Gunda Röstel

2000–
2001
Renate Künast
Fritz Kuhn

2001–
2002
Claudia Roth
Fritz Kuhn

2002–
2004
Angelika Beer
Reinhard Bütikofer

2004–
2008
Claudia Roth
Reinhard Bütikhofer

2008–
2013
Claudia Roth
Cem Özdemir

2013–
2018
Simone Peter
Cem Özdemir

Seit
2018
Annalena Baerbock
Robert Habeck

1979–
1989

Seite 4

1990–
1999

Seite 38

2000–
2009

Seite 72

2010–
2019

Seite 106

Bildnachweis
Seite 150

Impressum
Seite 152

Diese Chronik ist der Versuch, unsere Partei in die gesamtdeutsche Gesellschaftsgeschichte einzubetten. Vieles, was Bedeutung hatte, können wir auf den folgenden Seiten nicht erzählen; nicht jede und jeden, der und die wichtig war, erwähnen. Wir bitten um Verständnis und Nachsicht. Diese Chronik ist ein subjektiver Blick auf die letzten vier Jahrzehnte, sicher kein historisches Werk. Sie kann nur Schlaglichter werfen auf einzelne von unzähligen, vielfältigen Entwicklungen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Sonntag vor 40 Jahren: In Karlsruhe fallen sich Delegierte aus Bürgerinitiativen, aus der Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung in die Arme. Mit einer Zweidrittelmehrheit haben sie gerade eine Bundespartei gegründet. Über die Leinwand flimmert ein Ausruf: „Hurra, die Grünen sind da!“

Es ist ein großer Aufbruch, erst mal ins Ungewisse. Kaum jemand hält es im Januar 1980 für möglich, dass sich diese neue bunte Partei, die bei null und aus dem Nichts anfängt, lange halten wird. Vier Jahrzehnte später haben wir Bündnisgrünen die Bundesrepublik von Grund auf verändert.

Unsere Geschichte ist zugleich eine Geschichte des Landes. Wir sind entstanden, weil die Politik damals nicht auf das reagierte, wonach die Menschen sich auf beiden Seiten der Mauer sehnten: Frieden und Freiheit, Vielfalt und Einheit, Gerechtigkeit und gleiche Rechte für alle – verwirklicht innerhalb der ökologischen Grenzen der Erde.

Historisch neu waren nicht nur die Zielsetzung und der grüne Politikstil, einmalig war auch, dass nach der friedlichen Revolution eine west- und eine ostdeutsche Partei fusionierten. Bis heute tragen wir die Geschichte der Freiheitsbewegung in unserem Namen.

Diese Chronik beginnt im Jahr 1980 mit der Gründung der Partei Die Grünen in der BRD. Sie erzählt unsere gesamtdeutsche Geschichte – parallel in Ost- und Westdeutschland – und zeigt uns als Teil der Gesellschaft. Es ist wichtig, dass wir die vielfältigen Wurzeln kennen, aus denen wir zusammengewachsen sind.

Gemeinsam wachsen wir weiter. Von einer Protestpartei, die aus der Opposition heraus Politik verändert hat, wurden wir zu einer Regierungspartei, die mit viel Mut grundlegende Reformen anstieß und sich dabei doch treu blieb. Gleichzeitig mussten wir lernen, aus uns selbst und aus unseren Inhalten heraus stark zu sein in Zeiten, in denen es nicht so gut lief.

Mit 40 Jahren sind wir keine junge Partei mehr. Doch wir verstehen uns mehr denn je als eine Partei der Zukunft und als Bündnispartei, die mit allen vorangeht, die unsere Ziele teilen. Neue Technologien, neue Kommunikationswege, neue Krisen, neue Herausforderungen für unser demokratisches System: Die Menschen fordern wie zur Zeit unserer Gründung machbare Visionen und kluge Antworten. Die Zeiten ändern sich – und wir ändern sie mit.

40 grüne Jahre in Deutschland.

Und das ist erst der Anfang.

Euer Michael



Michael Kellner
Politischer Geschäftsführer

1979

Am Anfang steht Europa

Als sich Ende der 70er-Jahre die ersten grünen Listen bilden, wittert der SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr „eine Gefahr für die Demokratie“. Den grünen Frühling hält das nicht auf. 1977 ziehen erste grüne und bunte Listen in Kommunalparlamente ein, 1979 in die Bremer Bürgerschaft. Grüne Initiativen schließen sich in Frankfurt zur allerersten Europawahl als „Sonstige Politische Vereinigung“ zusammen, sie nennen sich „Die Grünen“. Nur zwei Reporter berichten. Das ändert sich, als die Gruppierung mit ihrem Spitzenduo Petra Kelly und Roland Vogt bei der Europawahl 1979 aus dem Stand 3,2 Prozent der Stimmen holt. Ein Sensationserfolg, der Schwung, Selbstvertrauen und auch Geld einbringt – und dem Gründungsparteitag der Bundesgrünen vorgeht. Am Anfang steht Europa: Die Grünen gründen sich zunächst nach europäischem, dann nach deutschem Recht.



1980

Hurra, die Grünen sind da!

Karlsruhe, 12./13. Januar: Es ist ein bunter Haufen, der antritt, die Politik zu verändern. Frauen-, Friedens- und Umweltbewegte treffen auf Aktive der Bürgerinitiativen und der 68er-Generation sowie auf Linke und Kommunist*innen. Was ihnen gelingt, ist nichts weniger, als die erste Partei in der Geschichte der BRD neu zu gründen, die sich nach CDU, CSU, SPD und FDP dauerhaft etabliert. Damals ist das noch nicht absehbar. Weltansichten prallen aufeinander. Nach zwei turbulenten Tagen droht der letzte Zug der Bundesbahn bald abzufahren, den viele erwischen wollen. Eine letzte Abstimmung muss her: Jetzt entscheidet sich eine Zweidrittelmehrheit für die Gründung der Grünen als Bundespartei. Ihre Ziele: Atomkraft-Stopp, Umweltschutz, Gleichberechtigung. Ihre Grundsätze: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei orientiert. Im Herbst gibt sich die junge Partei in Saarbrücken das erste Grundsatzzprogramm. Auf 47 Seiten im Stil eines Magazins fordert sie, emotional und plakativ, die Bonner Republik heraus.

Bei der Bundestagswahl 1980 verfehlen die Grünen die Fünfprozenthürde noch deutlich – auch weil viele Grün-Sympathisant*innen ihre Stimme der SPD geben, um eine Kanzlerschaft von Franz Josef Strauß zu verhindern. Doch die Idee, die politische Wirkung der „neuen sozialen Bewegungen“ durch eine Partei-gründung zu verstärken, hatte gezündet.



Die 80er-Jahre sind ein Jahrzehnt des Aufbruchs in Politik und Gesellschaft. Mit den Grünen gibt es zum ersten Mal eine Partei (im Bild oben der Gründungs-parteitag), die künftige Generationen und den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellt. Diese Absicht spiegelt sich auch in der Kunst wider. Maler wie Rainer Fetting (links „Drummer und Gitarrist“ von 1979) füllen riesige Leinwände mit Figuren, ein Novum. Die „Neuen Wilden“, wie die Kunstbewegung genannt wird, stehen wie die Grünen für eine andere Art zu kommunizieren: mit Gefühl, Kraft, Farbe. Das Wahlplakat der Grünen für den Europawahlkampf haben aber nicht Künstler*innen gemalt, sondern Kinder (links oben).

Joachim Radkau,
Umwelthistoriker

„Um das Jahr 1970 gibt es weltweit einen ökologischen Urknall.“

WESTEN: FRAGILE ZEIT

Das Jahrzehnt beginnt sorgenvoll. Viele Menschen fürchten den Rückfall der Bundesrepublik in eine dunkle Vergangenheit. Die Zeit damals, so schreibt es der Historiker Frank Biess in „Republik der Angst“ (2019), ist weit fragiler, als es die Erfolgsgeschichte der BRD heute ahnen lässt. Ende der 70er-Jahre löst der steigende Ölpreis die bis dahin schwerste Wirtschaftskrise aus. Weit verbreitet ist die Angst vor einem Atomkrieg der Supermächte USA und Sowjetunion, ausgetragen in Europa. Die Bedrohung ist real. Im Dezember 1979 marschieren sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Viele Nationen boykottieren daraufhin die Olympischen Sommerspiele in Moskau. Die Ära der Entspannung ist vorbei.

DIE GRENZEN DER ERDE

Schon 1972 erschüttert die Welt eine „Bombe im Taschenbuchformat“ (Die Zeit): Wissenschaftler*innen des Massachusetts Institute of Technology warnen die Industriestaaten im Auftrag des Club of Rome, dass der Raubbau an der Natur aufhören müsse. „Die Grenzen des Wachstums“ wird weltweit ein Bestseller. Drei Jahre später stellt der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl „eine Schreckensbilanz unserer Politik“ zusammen und fordert eine ökologische Wende. 400.000-mal verkauft sich „Ein Planet wird geplündert“ in der BRD, öfter als jedes Sachbuch zuvor. Gruhls Karriere in der CDU endet, er wird grünes Gründungsmitglied.

1980

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

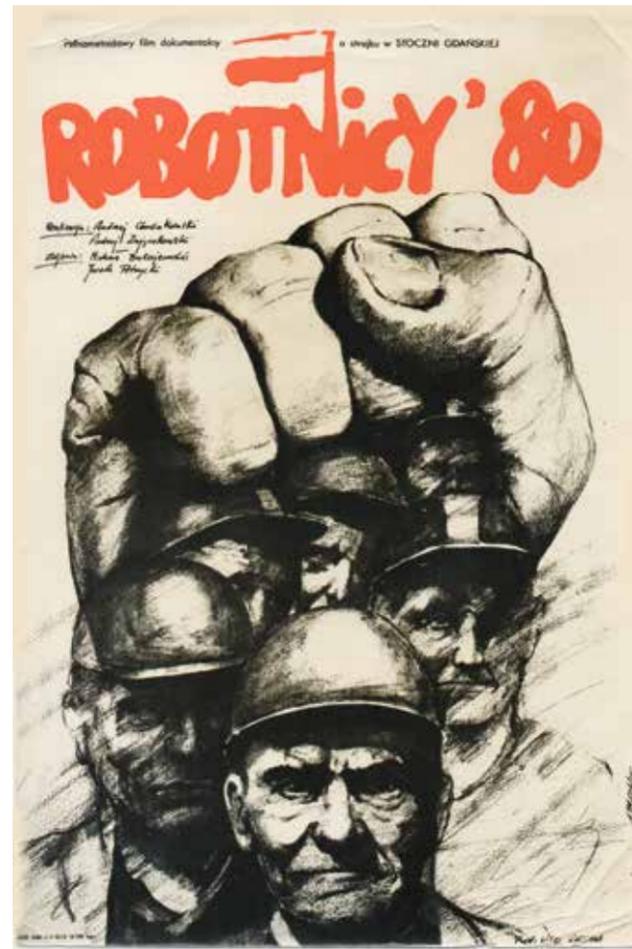
Ein offizieller US-Bericht, „Global 2000“, bestätigt die MIT-Studie für den Club of Rome. „Wenn sich die gegenwärtigen Entwicklungstrends fortsetzen, wird die Welt im Jahr 2000 noch überbevölkerter, verschmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen anfälliger als die, in der wir heute leben“, steht darin geschrieben. Auch die Klimakrise sagt der „Bericht an den US-Präsidenten“ voraus: „Es könnte eine entscheidende Veränderung in der Struktur der Niederschläge auf der ganzen Erde und ein Temperaturanstieg um zwei bis drei Grad in den mittleren Breiten der Erde eintreten.“

Ein gutes Logo ist unverwechselbar, einprägsam, genial einfach! Wie die Sonnenblume der Grünen. Angeblich stammt die Idee von Joseph Beuys, Künstler und grünes Gründungsmitglied. Kein dominantes Machtsymbol, sondern eine Blume als Sympathieträgerin: Das war etwas Neues. Es symbolisiert, dass sich die Partei deutlich von allen anderen abhebt – frisch, kreativ, politisch.

Jährlich reisen mehrere Millionen Bundesbürger*innen in die DDR, etwa um Verwandte zu besuchen. Möglich macht dies der Grundlagenvertrag von 1972. Für die klamme SED-Führung ist der Reiseverkehr Gold wert, Geld gelangt so ins Land. 1980 erhöht sie den Mindestumtausch drastisch, den Betrag, der von D-Mark in Ostmark umgetauscht werden muss. Es gelangen auch unliebsame Informationen über die Grenze.

Lukas Beckmann,
Gründungsmitglied der Grünen

„Wir waren uns sicher, dass etwas Wichtiges passierte, dass die Zeit reif war für eine ökologische Partei.“



DER WIDERSTAND ERWACHT

Immer mehr Menschen stellen sich im Jahr 1980 gegen die Zerstörung der Umwelt. Main und Rhein ähneln mehr Chemiekloaken als Flüssen, Fische verenden, die Bäume beginnen zu sterben. Greenpeace sorgt mit ersten Aktionen für Aufsehen. In Frankfurt protestieren Bürger*innen gegen den Ausbau des Flughafens. In Gorleben errichten Umweltschützer*innen als Protest gegen ein geplantes Atommülllager ein Hütendorf, das sie auch als Versuchslabor einer utopischen Gesellschaft verstehen. Der Alltag in der Bundesrepublik sieht anders aus: Der scheinbar natürliche Platz der Frau ist vor dem Herd, Homosexuelle und Einwander*innen werden diskriminiert.

OSTEN:
DIE SOLIDARITÄT IM STREIK
Baustoffe, Autoersatzteile, Südfürchte – vieles in der DDR ist knapp oder fehlt ganz. Auch das Nachbarland Polen kämpft mit einer Wirtschaftskrise. Die Preise für Fleisch steigen. Eine Streikwelle beginnt, die ihren Höhepunkt erreicht, als am 14. August 1980 die Kranführerin Anna Walentynowicz aus der Danziger Lenin-Werft entlassen wird. Sie hatte sich für Arbeiter*innenrechte eingesetzt. Die Streikenden besetzen die Werft, ihr Anführer ist der junge Elektriker Lech Wałęsa. Am 31. August erlaubt die Regierung mit dem „Danziger Abkommen“ freie Gewerkschaften wie Wałęsas „Solidarność“ (Solidarität). Es ist der Anfang vom Ende des Kommunismus.



In ihren Autos tingeln die Vorläufer der Grünen vor der Europawahl von Uni zu Uni. Als beim ersten grünen Frauentreffen im Mai 1979 die Stühle ausgehen, besorgt Lukas Beckmann mit seiner Ente Nachschub (oben rechts). Von Anfang an verstehen sich die Urgrünen als europäisches Projekt. Ökologie und Ökonomie gehören für sie zusammen. Im Wahlprogramm kommt gleich nach der Präambel das Kapitel Wirtschaft. 1980 rufen Aktivist*innen in Gorleben die „Republik Freies Wendland“ aus (links unten). Sie wollen den Bau eines Endlagers in Gorleben für hochradioaktiven Atommüll verhindern. Gegen die Regierung und für Freiheit kämpft ab 1980 auch die Solidaritätsbewegung in Polen. Ihre Geschichte erzählt der Dokumentarfilm „Robotnicy '80“ (Filmposter von 1982, links oben).

Zeit Magazin, Die Grünen. Das Buch.

„Die Grünen waren von Anfang an mehr als eine Partei.“



1981

Grüne Neuanfangslust

Kaum gegründet, zählen die Grünen bereits über 10.000 Mitglieder. Sie schaffen es, Junge wie Ältere für ihren Einsatz für Abrüstung und Gewaltfreiheit einzunehmen. In einer Welt, die der Kalte Krieg in zwei Blöcke teilt, kämpfen Grüne für die universelle Gültigkeit der Menschenrechte – in Südafrika ebenso wie in der Türkei und in der Sowjetunion. Erst nach dem Zusammenbruch des Ostblocks werden die grünen Prinzipien „Gewaltlosigkeit“ und „Menschenrechte“ in Konflikt miteinander geraten – durch mörderische Bürgerkriege in Afrika, Afghanistan und auf dem Balkan.

Auch die Natur ist 1981 bedroht. Der zuständige Staatssekretär Günter Hartkopf (FDP) kritisiert Anfang der 80er die Bundestagsparteien: „Grundsatzdebatten über Umweltpolitik finden im Deutschen Bundestag selten vor überfülltem Hause statt. Mit dem Eintreten für Umweltbelange ist immer noch keine Parteikarriere zu machen [...] Unter Opportunität, Kurzsichtigkeit und mangelndem Mut leidet letztlich die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen. Fatalismus, Frustration, gelegentlich Zynismus breiten sich aus – vor allem unter der jüngeren Generation“ (Der Spiegel). Die Mitgliederzahlen der Grünen steigen. Zur grünen Neuanfangslust kommen erste Flügelkämpfe. Ökokonservative wie Herbert Gruhl verlassen die Partei.

WESTEN:

„PETTING STATT PERSHING“

Es ist das Jahr der Demonstrationsrekorde. Im Februar protestieren 100.000 Menschen trotz Eiseskälte in Brokdorf, Schleswig-Holstein, gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Auf die größte Anti-AKW-Demonstration folgt am 10. Oktober die bis dahin größte Demonstration überhaupt. 3.000 Busse und 41 Sonderzüge fahren nach Bonn zur Großdemo am Hofgarten. Am Ende sind es 300.000 Menschen, so viele, wie die Hauptstadt Einwohner hat, die für Frieden eintreten, darunter viele Grüne. Zum Beispiel Petra Kelly. Ihre Rede, schreibt tags darauf der General-Anzeiger, „sorgt für Zündstoff“. Es geht um den Nato-Doppelbeschluss von 1979. Wenn der Osten nicht abrüstet, der seine Nuklearwaffen auf Paris, London und Bonn richtet, wird der Westen atomar aufrüsten und Pershing-II-Raketen in der BRD stationieren. Das Machtpatt zwischen der UdSSR und den USA soll Sicherheit garantieren – mit dem Ziel, dass beide Seiten letztlich auf die Waffen verzichten. Viele Menschen sehen in der Logik des Wettrüstens nur die Gefahr der Eskalation. 1983 entscheidet sich der Bundestag für die Nachrüstung. Nirgendwo auf der Welt sind in den 80ern mehr Atomwaffen zu finden als im geteilten Deutschland.

OSTEN: „SCHWERTER ZU PFLUGSCHAREN“

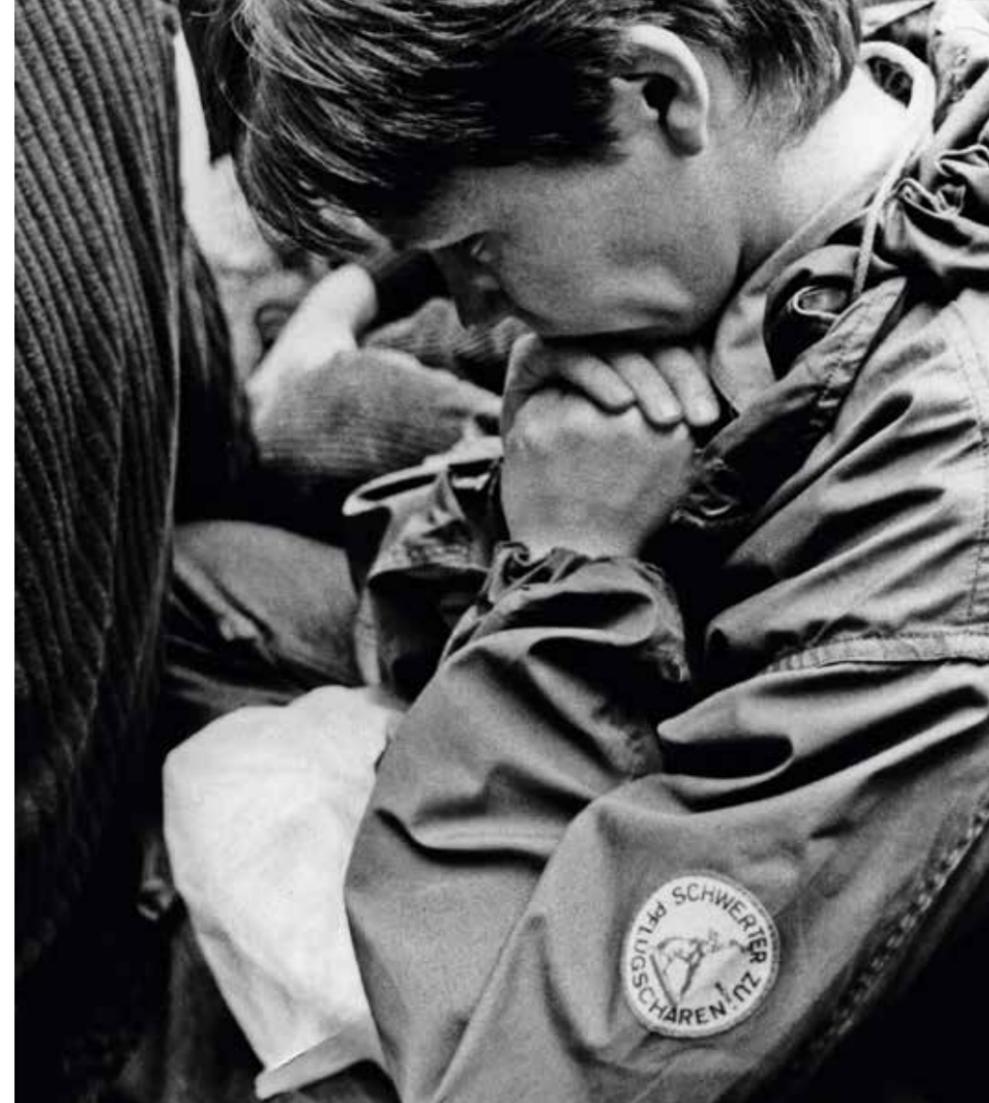
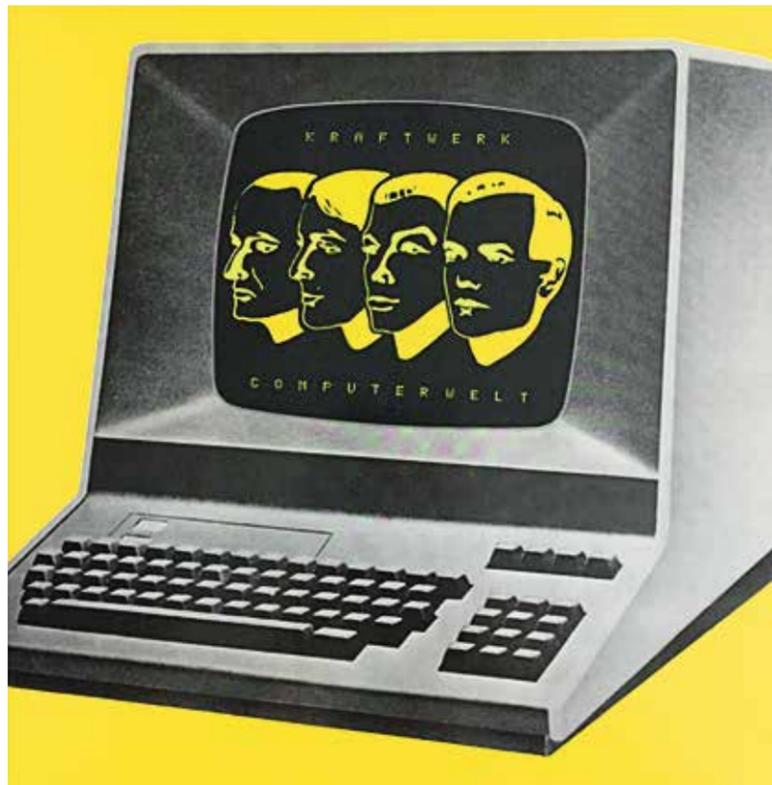
Auch in der DDR erhält die unabhängige Friedensbewegung viel Zulauf. Ihr inoffizielles Zeichen zeigt das Bild einer Skulptur, die 1959 die UdSSR der UNO geschenkt hat: Ein Mann schmiedet aus einem Schwert einen Pflug. Aufkleber sind verboten, also lassen die kirchlichen Initiatoren das Symbol auf Vlies drucken. 200.000 Aufnäher werden 1981/82 verteilt. Wer sie trägt, riskiert bespitzelt, gedemütigt, verhört zu werden oder seinen Studienplatz oder die Berechtigung zum Abitur zu verlieren. Die SED kennt viele Methoden, Menschen zu verfolgen, die anders sind oder anders denken. Das Symbol bezieht sich auf ein Bibelzitat: „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen... machen. Kein Volk wird gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden fortan nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Kirchliche Aktivist*innen finden mit Systemkritiker*innen zusammen. Der Keim für die oppositionelle Bewegung gegen die SED-Diktatur in den 1980er-Jahren ist gelegt. Die DDR-Staatsführung versucht, einen Keil zwischen die Friedensbewegungen in Ost und West zu treiben. Das scheidet an den Grünen, die Kritik an der Aufrüstung des Westens und an der Aufrüstung des Ostens üben.

ANGST VOR SOLIDARITÄT

1981 stehen die Zeichen im Osten erst auf Konfrontation. Der Gewerkschaft „Solidarność“ waren in Polen etwa zehn Millionen Menschen beigetreten, die Hälfte davon Frauen. Moskau fröstelt im Reformwind und fordert die Genossen in der Warschauer Regierung auf, hart durchzugreifen. Am 13. Dezember verhängen Militär und Sicherheitsorgane das Kriegsrecht über Polen, die Gewerkschaft wird verboten.

Regina Wick,
Historikerin

„Die Parallelen zwischen den Oppositionsgruppen in der DDR und den Vorläufern der Grünen sind unübersehbar.“



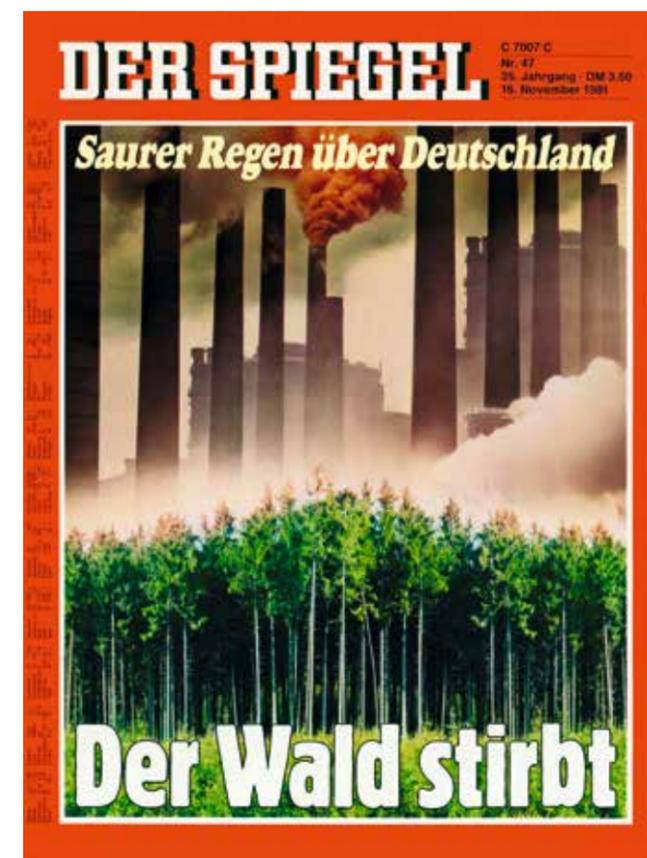
WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Am 11. Mai wird der hessische Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Heinz-Herbert Karry in seinem Haus in Frankfurt am Main angeschossen. Der FDP-Mann, ein Befürworter des Flughafenausbaus, stirbt wenig später, er ist der erste bundesdeutsche Politiker, der Opfer eines Attentats wird. Die Bundesanwaltschaft vermutet einen terroristischen Hintergrund.

Im Dezember findet in Ostberlin die „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“ statt, an der 100 Schriftsteller*innen aus der DDR und der BRD teilnehmen. Der ostdeutsche Autor Stefan Heym erklärt zur Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa, die sowjetischen SS-20 seien „genauso ungerecht wie Pershing-II“.

„Das Boot“ taucht auf – ein Werk von Wolfgang Petersen, das deutsche Kulturgeschichte schreibt. Der Film nach dem Roman von Lothar-Günther Buchheim erzählt über den U-Boot-Krieg im Zweiten Weltkrieg. Ein Blockbuster, auch in den USA.

IBM stellt am 12. August seinen „Personal Computer“ (PC) vor. Bald zerlegt das Informationszeitalter die Welt in Nullen und Einsen. Was das bedeutet, antizipiert noch im selben Jahr die Band Kraftwerk mit ihrem Album „Computerwelt“ (links oben das Cover) – weit vor allen anderen. Es sind zugleich die bis heute gefeierten Anfänge elektronischer Musik. Dem Streben nach Zukunft steht auf der anderen Seite die pure Angst um die Welt entgegen. Zum ersten Mal können die Menschen mit eigenen Augen sehen, wovor der Club of Rome warnt. Der Wald stirbt. Die Sorge um die grüne Pracht eint die Menschen in beiden Teilen Deutschlands ebenso wie der Wunsch nach Frieden. Im Westen kämpfen sie, wie in Bonn, mit Fackeln für Abrüstung (links unten), im Osten mit „Schwerter zu Pflugscharen“-Aufnähern (rechts oben).



1982

Die neue Kraft

Die Grünen sind noch keine drei Jahre alt und sitzen schon in fünf Landtagen: in Baden-Württemberg (5,3 Prozent), Bremen (5,1 Prozent), Niedersachsen (6,5 Prozent) – und in Hamburg (7,7 Prozent) und Hessen (8 Prozent), wo 1982 zum ersten Mal Rot-Grün rechnerisch möglich ist. Die Bündnispartei entwickelt sich zu einem Machtfaktor. „Wohl keine unserer Volksparteien“, zitiert Der Spiegel den Politologen Bernd Guggenberger, „ist derzeit zu einer konsequenten ökologischen Fundierung der Politik imstande.“ CDU und CSU betrachteten den Umweltschutz allenfalls als einen „für die Mehrheitsfähigkeitserhaltung zunehmend unentbehrlicheren Merkposten“, nicht als „Chiffre des Überlebenswillens“.



Keimzelle der Opposition: Schon seit 1979 füllen sich die Kirchen – die einzigen Orte in der DDR, die der Staat nicht direkt kontrollieren kann. Die Bluesmessen sind eine wilde Mischung aus Theater, Predigten, Gebeten, Rock-, Punk- und Blueskonzerten (links oben). Die Gotteshäuser werden zu Schutzräumen, in denen die Menschen befreit durchatmen. Subkulturell geht es auch im „Neuen Deutschen Design“ zu, das sich radikal verändert – weg von der „Guten Form“ des Bauhauses und hin zu schrillen Möbeln und Objekten (unten). Unerwartbar ist der Protest der Nato-Soldaten gegen die Aufrüstung – in voller Uniform (links unten). Auch sie scheinen zu zweifeln an der „Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens“. Aus dem Umfeld Reagans kommen, so der Historiker Andreas Wirsching, Äußerungen wie diese: Ein „begrenzter Atomkrieg“ mit „taktischen“ Nuklearwaffen sei im Prinzip „führbar“.

Songzeile von den **Einstürzenden Neubauten**

„Schlag schneller schrei
lauter leb schneller /
bis zum Kollaps nicht
viel Zeit.“

WESTEN:

MASSEN OHNE ARBEIT

Die zweite Ölkrise trifft die westlichen Industrieländer hart. Der Ölpreis explodiert, die Wirtschaft schrumpft um ein Prozent. Im November wird die Schreckenszahl von zwei Millionen arbeitslosen Menschen erreicht – auch weil der Siegeszug der Roboter und Maschinen beginnt.

SONNE STATT REAGAN

Ein Ulmer Ärzteteam errechnet die Wirkkraft einer einzigen sowjetischen Atomrakete: 123.000 Tote und 80.000 Schwerverletzte. Als US-Präsident Ronald Reagan im Juli die BRD zum Nato-Gipfel besucht, demonstrieren in Bonn eine halbe Million Menschen. Dass aus Europa ein atomares Schlachtfeld werden könnte, bewegt auch eine Schülerin aus dem Saarland, die mit ihrer weißen Gitarre „Ein bißchen Frieden“ herbeisingen will. Nicole gewinnt mit ihrem Lied als erste und lange Zeit einzige Deutsche den Eurovision Song Contest, der damals Grand Prix heißt. Als die 17-Jährige für ihr Siegerlied noch einmal auf die Bühne kommt, singt sie den Refrain auch auf Englisch: „A Little Peace“. Schöner Kitsch als Kitt der Gesellschaft.

REGIERUNG(W)ENDE

Kein bisschen Frieden herrscht in der sozialliberalen Koalition. Sie zerbricht, weil sie kaum mehr Gemeinsamkeiten hat. Helmut Schmidt wird durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt: Die FDP läuft zum Gegner über und macht Helmut Kohl zum Kanzler. Es bleibt bis heute der einzige Machtwechsel dieser Art. Kohl werde nur ein „Übergangskanzler“ sein, glauben nicht wenige zu wissen. Er regiert Deutschland die nächsten 16 Jahre. Auch Kohl selbst irrt sich gewaltig: „Die Grünen muss man aussitzen.“



1982

OSTEN:
ERSTE RISSE IN DER MAUER
 Seit Monaten schreiben die ost-deutschen Medien gegen die „Superrüstung“ der Nato an. Zu spät erkennt die DDR-Führung, dass die Stimmung sich auch gegen die Sowjetraketen und ihr eigenes Regime zu wenden beginnt. Am 25. Januar verfassen der Systemkritiker Robert Havemann und der evangelische Pfarrer Rainer Eppelmann ihren „Berliner Appell“, einen Abrüstungsauftrag. Bald geht es nicht nur mehr um „Frieden schaffen ohne Waffen“ – sondern auch darum, dass zum Frieden Menschenrechte und Meinungsfreiheit gehören. Eppelmann verliest den Appell im Gemeindesaal der Ostberliner Samariterkirche, andere Pfarrer*innen folgen seinem Beispiel. Im Oktober schicken 200 „Frauen für den Frieden“ eine Eingabe an Staatschef Honecker, in der sie den Armeedienst für Frauen als „Widersinn“ kritisieren. Die Mauer beginnt langsam zu bröckeln.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Mit der „Grünen Raupe“, ihrem Wahlkampfbus, touren die Grünen durch Deutschland – unterstützt von Künstler*innen wie Udo Lindenberg, Gianna Nannini und Spliff. Nicht nur inhaltlich, auch konzeptionell setzt sich die neue Partei deutlich von der Konkurrenz ab.

Mit dem Regierungswechsel 1982 stirbt ein ehrgeiziger Plan. Das Kabinett Schmidt hatte im Jahr zuvor beschlossen, schrittweise alle alten Telefonleitungen durch Glasfaser zu ersetzen. Kohl stoppt das Projekt und fördert das Kabelfernsehen.

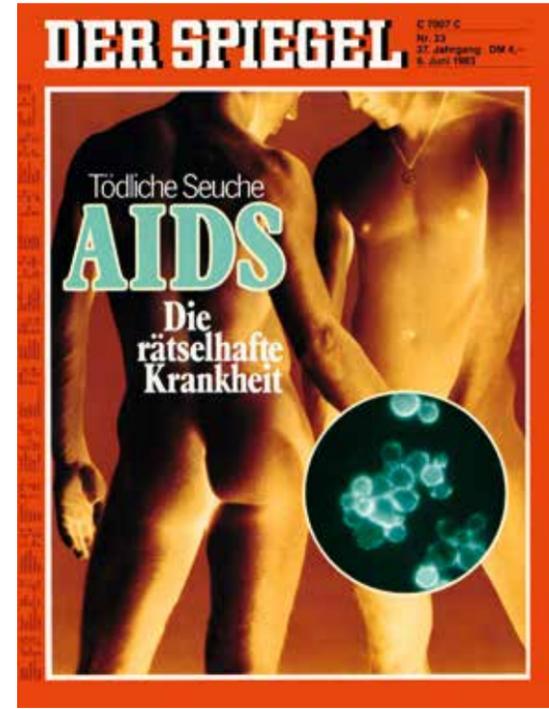
Ridley Scotts „Blade Runner“ kommt in die Kinos und verhandelt die Ängste der frühen 80er-Jahre. Wie lebt man nach der Apokalypse, was unterscheidet den Menschen von einer Maschine? Der futuristische Thriller spielt im November 2019.



Inspiziert von Punk und New Wave aus Großbritannien und den USA, krepeln Bands wie Der Plan (oben), DAF und Einstürzende Neubauten mit ihren experimentellen Synthesizer- und Gitarrensongs die Musikszene um. Auf Deutsch (!) singen sie seit den späten 70ern gegen Krieg und Konsum an. Sie fordern, wie auch die Grünen (Wahlplakat rechts), mehr Luft zum Atmen. 1982 wird die „Neue Deutsche Welle“ aus dem Untergrund in die Charts gespült und kommerziell.

1983

Im Juli 1983 berichtet Der Spiegel über die „Lustseuche“ Aids. Panik bricht aus in Deutschland. Der CSU-Politiker Peter Gauweiler, schreibt das Robert Koch Institut, will „Zwangstests, Aids-Kranke kenntlich machen, im Zweifelsfall sogar ‚wegsperrn‘.“ Dagegen stemmen sich die Grünen – und auch die CDU-Gesundheitsministerin Rita Süßmuth mit einer groß angelegten Aufklärungs- und Verhütungskampagne. „Das Wort Kondom zu gebrauchen, kam fast einem Rauschmiss aus dem Amt gleich“, erinnert sich Süßmuth. Einen Schritt weiter geht die Grüne Waltraud Schoppe. Bei ihrer legendären Rede im Bundestag (unten) spricht sie offen über Sex und Gewalt in der Ehe.



Das Ergrünen der Bundespolitik
 Erstmals seit 1957 zieht eine vierte Fraktion in den Bundestag ein. 28 grüne Abgeordnete stellen die Verhältnisse auf den Kopf. Neu sind nicht nur die Vollbärte und Strickpullover, neu ist vor allem der Politikstil: provokativ, schonungslos offen und kritisch – auch untereinander. Für die anderen Parteien sind Petra Kelly, Joschka Fischer & Co. eine Zumutung und zugleich eine Frischzellenkur: Plötzlich beschäftigt sich der Bundestag mit Ökolandbau und nachhaltigem Wirtschaften, der Entschädigung von Zwangsarbeiter*innen und Vergewaltigung in der Ehe. Die grüne Fraktion verjüngt den Bundestag – und erhöht den Frauenanteil.



Starke Frauen, starke Worte
 Feminismus gehört von Beginn an zum Kern grüner Politik – geprägt von starken Frauen wie etwa Waltraud Schoppe. Ihre Bundestagsrede im Mai sorgt für Furore. Als sie über Vergewaltigung in der Ehe spricht, fällt ein Tabu. Tumulte brechen aus, auch weil die Grünen lustvolle Formen des Liebesspiels empfiehlt. Schoppe wird von einem „johlenden, grölenden Männermob“ (taz) im Parlament als „Hexe“ beschimpft, „die früher verbrannt worden wäre“. Es wird noch über ein Jahrzehnt dauern, bis der Bundestag ein Gesetz gegen Vergewaltigung in der Ehe beschließt.

1983

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

„Star Wars“ im Kalten Krieg: 1983 verkündet US-Präsident Reagan seine Pläne für ein Abwehrsystem im All, das Sowjet-Raketen bereits im Anflug zerstören soll. Der SDI-Schutzschild erweist sich rückblickend als nicht umsetzbar und als unbezahlbar. Auf die UdSSR wirkt er damals als reale Bedrohung, der man weder technisch noch finanziell etwas entgegensetzen kann. Auch die US-Staatsverschuldung steigt rasend schnell.

Ende der Todesautomaten: 1983 erkaufte die BRD den Abbau von 60.000 Selbstschussanlagen. Weil die SED hochverschuldet ist, nimmt sie einen Milliardenkredit an. Auch der innerdeutsche Reiseverkehr wird erleichtert.

In der Nähe der schwäbischen Gemeinde Mutlangen, „Deutschlands erstem Pershing-Dorf“, sollen 36 amerikanische Raketen stationiert werden. Drei Tage dauert eine Sitzblockade, an der auch Prominente wie der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll teilnehmen.

Der Protest im Osten sucht sich andere Wege. Beim Kirchentag in Wittenberg schmiedet ein Pfarrer ein Schwert in eine Pflugschar um – als starkes Zeichen für den Frieden.



30. August: Der türkische Asylbewerber Kemal Altun stürzt sich aus dem sechsten Stock des Berliner Verwaltungsgerichts in den Tod – aus Angst vor der drohenden Abschiebung. Grüne hatten sich für seine Freilassung eingesetzt. CSU-Politiker machen damals mit Begriffen wie „Wirtschaftsflüchtlinge“ Stimmung gegen das Recht auf Asyl. Für Freiheit und Menschenrechte stehen auch grüne Bundestagsabgeordnete ein: Als sie am 31. Oktober von Erich Honecker empfangen werden, trägt Petra Kelly ein T-Shirt mit dem Slogan „Schwerter zu Pflugscharen“ (unten). Der Künstler Jörg Immendorff hinterfragt mit seinem Zyklus „Café Deutschland“ das deutsche Politikum und unterstützt die Grünen mit den Mitteln der Kunst (rechts).



Kanzler Helmut Kohl über die Grünen

„Zwei Jahre gehen die Mann für Mann zur SPD über.“

WESTEN: ALS AUS 1983 1984 ZU WERDEN SCHEINT
Ausgerechnet im Vorfeld des Orwell-Jahres 1984 will die Bundesregierung einen Zensus durchführen. Um Wohnungen, Schulen, Altenheime und Krankenhäuser besser planen zu können, sollen Wohnsitz, Arbeitsplatz und persönliche Daten von den Bürger*innen abgefragt werden. Die Statistischen Ämter sprechen von „Totalzählung“ und provozieren damit ungewollt

Parallelen zum Roman „1984“. 1948 entwarf George Orwell in seinem Meisterwerk das Bild eines totalitären Staates, in dem ein „Big Brother“ die Menschen überall und pausenlos überwacht – eine Warnung, was passieren kann, wenn der Staat sich grenzenlos Macht zugesteht. Die Grünen wollen die „Durchleuchtung, Überwachung und Verplanung“ der Deutschen verhindern. Im Dezember stoppt

das Bundesverfassungsgericht die Volkszählung und definiert das Recht auf informationelle Selbstbestimmung: Die und der Einzelne dürfen grundsätzlich über die Erhebung und Verwendung ihrer und seiner persönlichen Daten bestimmen. Der Zensus ist zensiert, aus 1983 wird nicht 1984 – auch wenn die Sorge darum rückblickend übertrieben erscheint. Das Urteil schützt die Freiheit der Menschen, aber die Menschen nicht vor sich selbst. Bald werden viele User*innen im Netz ihre Daten freiwillig und arglos an IT-Konzerne abgeben. Das TCP/IP-Protokoll, eingeführt 1983, macht die digitale Datenübertragung möglich.

OSTEN: GEMEINSAM AUF TOTALITÄRER FLUR

Weil sie gegen die Nato-Aufrüstung kämpfen, lädt Staatschef Erich Honecker Grüne zum Gespräch nach Ostberlin ein. Die Gruppe um Petra Kelly macht es zur Bedingung, auch Oppositionelle treffen zu dürfen – mit Hintergedanken: Bundestagsabgeordnete werden an der Grenze nicht kontrolliert, also schmuggeln die Grünen fortan Zeitungen, Druck- und Kopiergeräte nach Ostberlin. Unterbrochen wird die Hilfe durch einige Einreiseverbote, die zeitweise sogar für alle Parteimitglieder gelten. Viele Grüne halten einen Konfrontationskurs gegen die DDR-Regierung für gefährlich, doch die Unterstützung trägt zur Selbstbehauptung der Opposition bei. „Wir“, sagt der Bürgerrechtler Werner Schulz, „hatten plötzlich, allein auf totalitärer Flur, aktive Verbündete. Das ist unheimlich wichtig gewesen.“ Gemeinsam plant man Aktionen wie diese: Am 12. Mai 1983 entrollen DDR-Oppositionelle und grüne Bundestagsabgeordnete, darunter Petra Kelly, ein Transparent auf dem Alexanderplatz. Es zeigt das „Schwerter zu Pflugscharen“-Symbol. Nach wenigen Minuten werden sie verhaftet, aber schnell wieder freigelassen, als die Polizisten Kelly erkennen – die prominenteste Gegnerin der Nato-Mittelstreckenraketen.

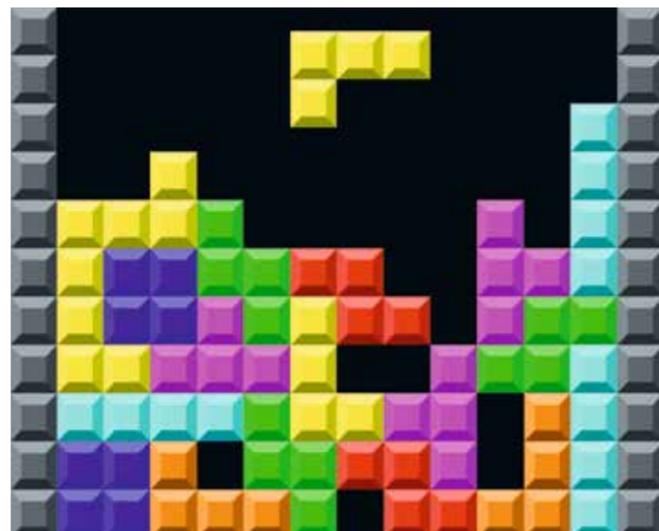


Radikal demokratisch
Staatlicher Macht misstrauend, kämpfen die Grünen von Beginn an gegen Machtmissbrauch, für Transparenz, Bürgerrechte und direkte Demokratie. Ob Flick-Skandal, Stasi-Filz, Berliner Bankaffäre oder Kohls „schwarze Kassen“ – wo immer Korruption das Vertrauen in die Parteien erschüttert, bemühen sich die Grünen um Aufklärung. Radikal demokratisch ist auch der Anspruch an sich selbst.

Um zu viel Macht in den Händen Einzelner zu verhindern, setzen die Grünen auf Schutzmechanismen wie diese: die Trennung von Amt und Mandat; die Rotation, um Parlamentarier nach zwei Jahren gegen Nachrücker auszutauschen; die Begrenzung der Abgeordnetengehälter, alles über 2.000 D-Mark geht in die Kasse der Bewegung; die Besetzung von Posten mit Dreier- und Doppelspitzen. Einige dieser Prinzipien, wie die Rotation und die begrenzten Gehälter, scheitern an der Realität. BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN bleibt aber bis heute die Partei, in der die Mitglieder die meisten Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten haben – und diese rege nutzen, durch die verstärkte Digitalisierung der Partei inzwischen auch online.

Frauen an die Macht
1984 gelingt den Frauen ein Coup: Die Fraktion stellt einen rein weiblichen Vorstand auf. Ein Jahr lang regiert das Feminat und ermutigt Frauen in anderen Parteien, um mehr Einfluss zu kämpfen. Die grünen Umfragewerte steigen. Die Grünen, die auch konsequent europäisch denken und handeln, ziehen erstmals ins Europaparlament ein. In Europa sehen sie, damals wie heute, viel Reformbedarf.



Das grüne Feminat tritt im Bundestag an. Hinten von links: Waltraud Schoppe, Annemarie Borgmann und Erika Hicel. Vorne von links: Christa Nickels, Antje Vollmer und Heidemarie Dann. Mit Tetris (unten), einem puzzleartigen Computerspiel, das der russische Programmierer Alexei Paschitnow 1984 entwickelt, hält seichter Zeitvertreib Einzug in die Gesellschaft. Suchtgefahr hoch! Es ist noch heute eines der erfolgreichsten Spiele aller Zeiten. Alles andere als banal ist die Situation der Gastarbeiter*innen. Sie dürfen, etwa in den Zechen (rechts), für den deutschen Wohlstand schuften, werden aber nicht als dem Land zugehörig gewürdigt.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Januar, Super-Bowl-Finale. In der Werbepause flimmert ein Video von Regisseur Ridley Scott über die Bildschirme. Orwells Dystopie „1984“ wird lebendig. Am Ende sagt eine Stimme: „Am 24. Januar wird Apple Computer den Macintosh vorstellen. Und ihr werdet erkennen, warum 1984 nicht wie ‚1984‘ sein wird.“ Die Botschaft: Der Macintosh stellt sich der grauen IBM-Welt und der Big-Brother-Überwachung entgegen. Alle reden über den Spot. Es ist der erste von Steve Jobs Marketingcoups.

ARD und ZDF, das war's bis ins Jahr 1984. Dann geht unter anderem mit RTL das Privatfernsehen auf Sendung. Quotenrenner aber bleibt „Wetten, dass ...?“, das zum ersten Mal 1981 ausgestrahlt wird.

22. September: das Schlachtfeld von Verdun. Im Ersten Weltkrieg starben hier mehr als eine halbe Million junger Männer. Der französische Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl gedenken dort der Toten der beiden Weltkriege. Auf einmal reichen sie einander die Hände. Die Versöhnung zweier ehemaliger „Erbfeinde“. Es ist eine Geste von ähnlich hoher Symbolkraft wie Willy Brandts Kniefall am Denkmal vor dem Warschauer Ghetto 1970.

WESTEN: „DIE GEFLICKTE DEMOKRATIE“
Showdown im Parlament: Schon Anfang der 80er-Jahre stellen Steuerfahnder*innen fest, dass der Flick-Konzern den Parteien CDU, CSU, FDP und SPD Millionen aus schwarzen Kassen zur „besonderen Pflege der Bonner Landschaft“ gespendet hat. Der Verdacht steht im Raum, Politiker*innen könnten käuflich sein. „Schwamm drüber“ ist das Ziel der betroffenen Parteien. Das scheitert auch am Widerstand der Grünen: „Sie reden Klartext[...]wo die anderen sich mit Allgemeinplätzen gern herausreden wollen“ (Der Spiegel). Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) treten 1984 zurück.

GRÜN ALS KATALYSATOR
Grün wirkt weiter. Im Mai verabschiedet die Bundesregierung das zwei Milliarden D-Mark schwere Programm „Umweltforschung und Umwelttechnologie“. Um den Wald zu retten, beschließt das Kabinett im September, dass alle Neuwagen ab 1989 mit einem Katalysator ausgerüstet sein müssen. Die Technik filtert 90 Prozent aller Schadstoffe aus den Abgasen. In den USA und Japan ist das längst Standard. Autobauer werben nun mit Slogans wie „Sicher in eine saubere Zukunft“. Im vierten Jahr nach Gründung der Grünen ist Umweltschutz kein Fremdwort mehr. Niemand kommt damals auf die Idee, die verbale Keule „Verbotspartei“ zu schwingen wegen einer Maßnahme, die Bevölkerung und Umwelt schützt. Auch die anfängliche Scheu der Autofahrer*innen vor dem 1983 eingeführten bleifreien Benzin lässt bald nach. Heute gibt es niemanden mehr, der stinkende Autos oder giftigen Treibstoff zurückhaben will. Am Anfang von Veränderung stehen oft

Widerstände, die aber weichen, wenn gute Lösungen den Weg in eine bessere Zukunft bereiten.

OSTEN: RÜBERGEMACHT
Auch die Sehnsucht nach Freiheit wächst. Im Januar suchen sechs Ostdeutsche Zuflucht in der US-Botschaft in Ostberlin. Ausländische Staatsbesuche stehen an, die Stasi bringt die Unruhestifter in den Westen, damit kein peinliches Aufsehen entsteht. Dort berichten, natürlich, ausführlich die Medien. Ermutigt stellen mehr und mehr DDR-Bürger*innen Ausreiseanträge. Um Druck aus der Situation zu nehmen, genehmigt die SED eine Massenausreise von 20.000 Menschen – und verrechnet sich wieder. Die Zahl der Ausreisewilligen schnell nach oben. Im Oktober wird die Botschaft der BRD in Prag geschlossen, zu viele Flüchtlinge drängen sich dort. Der DDR läuft allmählich das Volk davon.



Antje Vollmer, Sprecherin des grünen Feminats

„Das Parlament der Männer steht Kopf.“



1985

Fünf Jahre Grüne

Regierung oder Fundamentalopposition? Alternative im System oder zum System? Über diese Fragen tobt in den 80ern der Streit der Strömungen. „Realos“ und „Fundis“ bekämpfen sich mit einer außerhalb der Partei kaum nachvollziehbaren Schärfe und bis an den Rand der Selbstzerfleischung. Im Fokus der Auseinandersetzungen: die erste rot-grüne Koalition in Hessen, die 1985 startet und 1987 scheidet – aber das politische System der BRD neu ordnet. Später verlassen führende Fundis die Grünen. Heute heißen Strömungen Flügel und gehen zivilisierter miteinander um.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit hebt sich ab. Während andere Parteien Pressemitteilungen verschicken, sorgen die Grünen mit spektakulären Aktionen für Aufsehen. 1985 feiert die Partei ihren fünften Geburtstag, geschlossen reist der Parteitag im Dezember von Offenburg nach Wackersdorf, um den Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage zu unterstützen.

1985 gibt es neben der ersten Regierungsbeteiligung in Hessen auch erste Wahlniederlagen auf Landesebene. Bei den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen scheitern die Grünen an der Fünfprozenthürde. Die Partei beginnt, ein ökologisches und soziales Umbauprogramm zu entwerfen. Auch eine Ökosteuer wird zum ersten Mal diskutiert.

1985

WESTEN:

„STOPPT DEN WAAHSINN!“ Wackersdorf? Nie gehört. 1985 brennt sich der Name ins nationale Gedächtnis ein. Im Februar erhält die Gemeinde in der bayerischen Oberpfalz den Zuschlag für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage. Aus Strahlenmüll soll die WAA verwertbares Uran gewinnen. SPD-Landrat Hans Schuierer ist begeistert, über 3.000 Arbeitsplätze werden entstehen. Dann entdeckt er auf Plänen für die „saubere Fabrik“ einen 200 Meter hohen Kamin. Als er die Betreiberfirma danach fragt, sagt man ihm, durch den Kamin würden die radioaktiven Schadstoffe gleichmäßiger verteilt. Der Landrat verweigert die Baugenehmigung und schließt sich dem Widerstand gegen den „radioaktiven Zerfall der Grundrechte“ an. Um ihr Prestigeprojekt zu retten, versucht die CSU-Landesregierung fast alles.

LOCH IM HIMMEL

Einen anderen Wahnsinn entdecken 1985 drei britische Forscher: Über dem Südpol klafft ein Loch in der Ozonschicht. Flurchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), die in Kühlschränken, Spraydosen und Kühlsystemen stecken, machen den dünnen Schutzschild der Erde löchrig. Ein Schock. Die Angst vor Hautkrebs steigt. Die Industrie? Ignoriert zunächst die Erkenntnisse. Doch im September 1987 wird das Protokoll von Montreal unterzeichnet, das FCKW ab 1996 verbietet. Am Ende werden 196 Staaten sowie die EU das Abkommen unterzeichnet haben. Für Kofi Annan, den späteren UN-Generalsekretär (1997–2006), ist der Vertrag das „vielleicht erfolgreichste internationale Abkommen aller Zeiten“.

Jakob Scharf, CSU-Bürgermeister in Steinberg, unweit von Wackersdorf

„Wir sind hier Versuchskaninchen für die ganze Welt, denn eine Anlage in dieser Art gibt's noch keine.“

OSTEN:

„NEUES DENKEN“

In den Weltlauf kommt Bewegung. Michail Gorbatschow wird im März mit 54 Jahren der zweitjüngste sowjetische Staats- und Parteichef überhaupt. Der Jurist und Agrarökonom verfolgt in den kommenden Jahren eine neue Agenda: „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestrojka“ (Umbau). Die Warenregale im Osten sind so leer wie die Staatskassen, technologisch droht der Westen den Osten immer deutlicher abzuhängen. Mehr Macht für private Unternehmen, mehr Pluralismus und demokratische Reformen sollen – in einem abgesteckten Rahmen – helfen, den Sozialismus wiederzubeleben. Die Menschen aber werden bald noch mehr Freiheit fordern. Einen Tag nach Gorbatschows Amtsantritt werden am 12. März die Rüstungskontrollgespräche wieder aufgenommen. Im November trifft der Neue in Genf auf US-Präsident Reagan. Erstmals seit dem Einmarsch der UdSSR in Afghanistan beginnen die Supermächte, gemeinsam nach Wegen aus dem Wettrüsten zu suchen.



Tabubruch mit Turnschuh: Mit Joschka Fischer wird ein 68er zum Umweltminister in Hessen. Den Eid auf die Verfassung schwört er in weißen Sneakers (links oben). Im Oktober findet die erste grüne Bundesfrauenkonferenz mit mehr als 1.000 Teilnehmerinnen statt (unten). Ähnlich revolutionär geht es in München zu: Zum ersten Mal wird in Europa ein Zug zur fahrenden Leinwand. Jugendliche besprühen den „Geltendorfer Wholetrain“ mit Graffiti und läuten hier den Anfang einer inzwischen anerkannten Kunstform ein (links unten). Der Tag X ist auch in Gorleben erreicht. Das Zwischenlager für Castorbehälter ist fertig, die Proteste gehen weiter (Plakat oben).



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

„Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muss immer Frieden ausgehen“, erklären SED-Chef Erich Honecker und Kanzler Helmut Kohl im März. Die „Moskauer Erklärung“ über die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ verstand die DDR als förmliche Anerkennung durch die BRD.

Dürre, Krieg und Umwelterstörung führen in Afrika 1984 und 1985 zu einer der größten Hungerkatastrophen des Jahrhunderts. „Mit sinnlosen Spenden beruhigte der Westen sein schlechtes Gewissen“ (Zeitschrift Tempo), die Ursachen blieben. Die Industrienationen „beuten“ den afrikanischen Kontinent weiter „schamlos“ aus.

Am 10. Juli wird das Greenpeace-Schiff „Rainbow Warrior“ vor Neuseeland vom französischen Geheimdienst gesprengt. Nicht alle Crewmitglieder können sich retten. Der Fotograf Fernando Pereira stirbt an Bord. Die Umweltschützer*innen wollten friedlich gegen Frankreichs Atomtests im Südpazifik protestieren.

Die Hälfte der Macht

Es ist das Jahr der Frauen. Als erste deutsche Partei schreiben die Grünen 1986 fest, dass die Hälfte der Macht in der Partei an die Frauen geht. Das Frauenstatut legt fest: Alle ungeraden Plätze auf Wahllisten sind Frauen vorbehalten, die grünen Gremien grundsätzlich paritätisch zu besetzen. Die Folge: In keiner Partei gibt es auch nur annähernd so viele einflussreiche und starke Frauen wie bei den Grünen.



ATOMKRAFT? NEIN, DANKE

Atomkraft ist eine zentrale Säule der Energieversorgung in Deutschland, die von den anderen Parteien unkritisch unterstützt und weiter ausgebaut wird. Schon 1979 war die Welt in Harrisburg (USA) an einem Super-GAU vorbeigeschrammt, in Bonn aber setzen die etablierten Parteien weiter auf die Risikotechnologie. Grüne und Anti-Atom-Bewegung – groß geworden im Widerstand – kämpfen zwei Jahrzehnte lang gemeinsam für den Ausstieg und für den Umstieg auf erneuerbare Energien – in Gorleben, Wackersdorf, Grohnde und Brokdorf. Die Tragödie von Tschernobyl lässt die Deutschen die existenziellen Gefahren der Atomenergie hautnah spüren.

WESTEN: DER ERSTE GAU

Der Traum von der zivilen Nutzung der Atomkraft verwandelt sich am 26. April in einen Alptraum. Kurz nach Mitternacht explodiert im ukrainischen Tschernobyl, 1.500 Kilometer entfernt von Berlin, einer von vier Reaktoren. 31 Menschen sterben sofort, viele Opfer folgen. 200-mal mehr Strahlung wird freigesetzt als bei den Atombomben über Hiroshima und Nagasaki. Wolken wehen sie über Europa. Davon erfährt die Welt aber erst zwei Tage später. Darf man Gemüse essen, Kinder zum Spielen in den Sandkasten schicken?

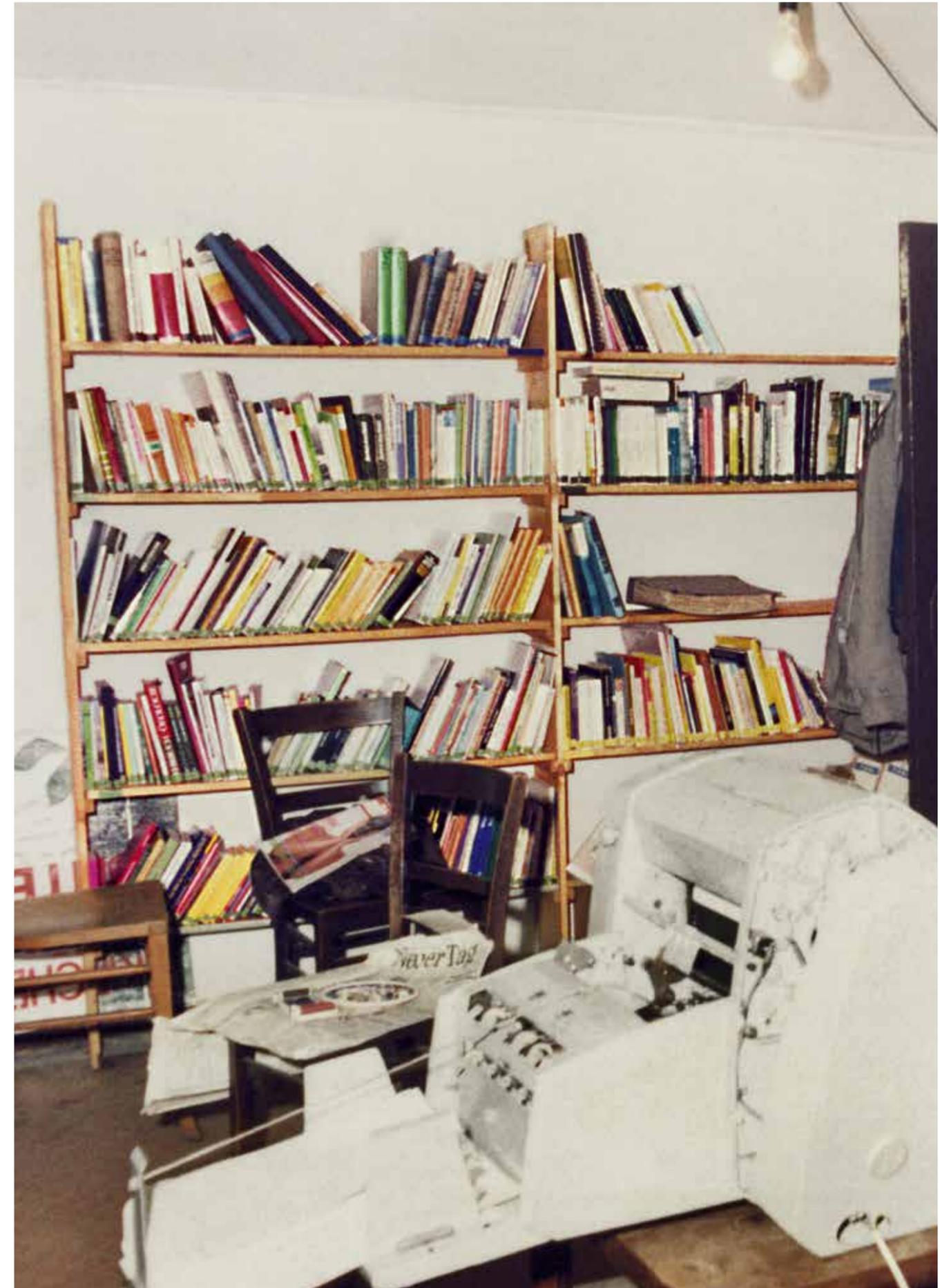
Alltägliches als Überlebensfrage. Die Bundesregierung zeigt sich im Krisenmanagement überfordert, die Bürger*innen stehen allein im radioaktiven Regen. Wackersdorf wird Zentrum des Widerstands.

RISIKEN, DIE MAN NICHT SIEHT

Kurz vor der Katastrophe beendet Ulrich Beck sein Werk „Risikogesellschaft“, es macht den Soziologen weltbekannt. Tschernobyl belegt seine These so eindringlich, dass sie zum Allgemeintut und das Buch zum Bestseller wird: Der entfesselte Fortschritt produziert nicht nur Reichtum, sondern auch „ungesehene“, kaum kontrollierbare Nebenfolgen, die weder vor räumlichen noch sozialen Grenzen Halt machen – und die niemand vorausberechnen kann. Die Industriegesellschaft hat sich in eine „Risikogesellschaft“ verwandelt. Den entgrenzten Katastrophen setzt Beck eine politische Vision entgegen: „In der Weltrisikogesellschaft [...] entstehen auch die Konturen einer Utopie der ökologischen Demokratie, die für mich im Kern eine verantwortliche Moderne ist.“

Ulrich Beck,
Soziologe

„Wie Schuppen ist es aller Welt von den Augen gefallen. Den kleinen Unterschied zwischen Sicherheit und wahrscheinlicher Sicherheit trennen Welten. Zugleich hängt an dieser Differenz das Weiterleben der Gesellschaft.“



1986

OSTEN:

DER INFORMATIONS-GAU

Die Welt erfährt am 28. April nicht von der Sowjetführung über Tschernobyl, sondern von schwedischen Wissenschaftler*innen, die eindeutige Messwerte registrieren. Die Internationale Atomenergie-Organisation, nicht der Kreml, unterrichtet die DDR-Führung über den Unfall. Tschernobyl ist in Ost und West Symbol für Staatsversagen.

GEFÄHRLICHE GEFÜHLE

Die Umweltbewegung in der DDR erhält weiter Auftrieb. Besorgt notiert ein Stasi-Bericht 1986, der Austausch zwischen der Opposition und den Grünen habe weiter zugenommen und sei mit der polnischen „Solidarność“ verknüpft worden: Die Grünen nutzen ihren „Polittourismus“ nicht nur dafür, „systemdestabilisierende“ Schriften einzuführen, sondern auch dazu, „das Gefühl der Gemeinschaft, der Verbundenheit und der Solidarität zu vermitteln“.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

„Work hard, play hard“: Der Yuppie tritt in den 80er-Jahren auf den Plan. Am anderen Ende der Gesellschaft, „Ganz unten“, leben Migrant*innen und Gastarbeiter*innen. Das enthüllt Günter Wallraff in seinem gleichnamigen Buch. Verkleidet als Türke Ali erlebt der Journalist Rassismus und Ausbeutung in der Arbeitswelt. 22 Wochen lang, bis Ende 1986, steht die Enthüllung auf Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste.

Am 1. November bricht in Basel beim Chemiekonzern Sandoz ein Feuer in einer Lagerhalle aus. Hochgiftige Substanzen fließen mit dem Löschwasser in den Rhein. Blutrot verfärbt sich das Wasser, tonnenweise verenden Fische und Pflanzen. Die Trinkwasserversorgung bricht in deutschen Gemeinden tagelang zusammen. Der Aufschrei der Bevölkerung ist gewaltig, die Katastrophe führt zu mehr Gewässerschutz. Heute ist der Rhein sauberer als vor 100 Jahren.

Die DDR erlebt eine wirtschaftliche Abschwungphase. Das Bruttoinlandsprodukt sinkt auf 195,1 Milliarden D-Mark – dies entspricht 9,5 Prozent der westdeutschen Volkswirtschaft (Fischer Weltalmanach). In der DDR leben damals 16,6 Millionen Menschen, in der BRD über 61 Millionen.

1987

Grün hält nichts auf

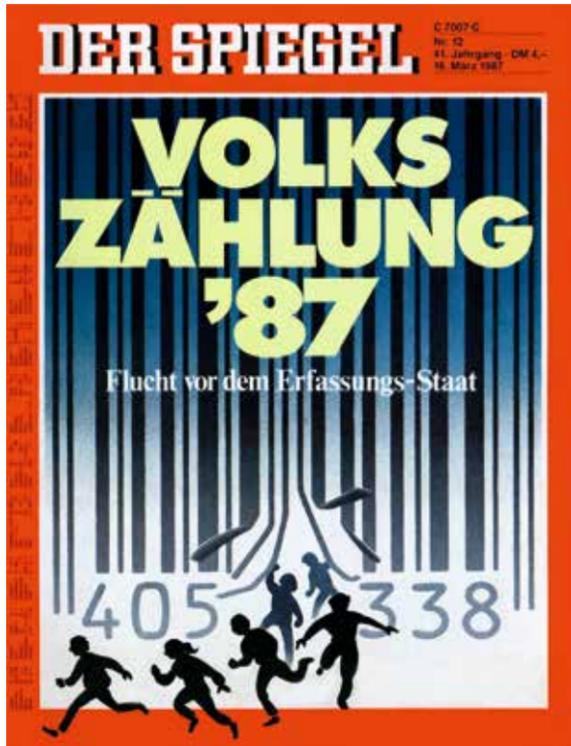
Abrüstung. Umweltschutz. Atomkraft-Stopp: Grüne Urthemen sind präsent. Zwei Drittel aller Deutschen sprechen sich nach Tschernobyl dafür aus, alle Atomkraftwerke sofort oder nach einer Übergangszeit stillzulegen. Union und SPD versuchen im Wahlkampf, die Grünen als undemokratisch und vorübergehende Erscheinung kleinzureden. Mit einem radikalen Wahlprogramm, das die „Fundis“ durchgesetzt hatten, ziehen die Grünen mit 8,3 Prozent im Januar erneut in den Bundestag ein.



Schon in den 70er-Jahren entsteht eine neue Frauenbewegung, die für das Recht auf Abtreibung kämpft und sich in Teilen den Grünen anschließt. Bald fordern die Frauen nicht nur das Ende von Paragraph 218 (oben), sondern auch deutlich mehr Einfluss. Bei den Grünen und in der Popmusik kommen im Lauf der 80er-Jahre starke Frauen an die Spitze. Cyndi Lauper, Nena und Whitney Houston stürmen die Charts. Vor allem eine junge Sängerin – Madonna (rechts) – wird zu einer der wichtigsten Antreiberinnen der sexuellen Befreiung von Frauen.



Berlin steht in Flammen: 1987 gibt es zum ersten Mal an einem 1. Mai Straßenkrawalle in Kreuzberg (unten). Die Bilanz listet Der Spiegel auf: 36 geplünderte Geschäfte, 35 Brände, hunderte Verletzte. Am Morgen hat die Polizei ein Büro durchsucht, das einen Volkszählungs-boikott organisiert – und als „Zentrum des linken Widerstands“ (Tagesspiegel) gilt.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Der 19-jährige Deutsche Mathias Rust landet mit seiner Cessna unweit des Roten Platzes mitten in Moskau. Eine Blamage für die sowjetische Flugabwehr, die Gorbatschow nutzt, um ranghohe Militärs und mit ihnen das „alte Denken“ auszutauschen.

„Mr. Gorbachev, open this gate, tear down this wall.“ Als US-Präsident Reagan diese Worte in Westberlin ruft, sorgt das für wenig Aufregung. Die Mauer niederreißen? Das klingt am 12. Juni 1987 reichlich illusorisch. Die Rede soll wohl die Rufe nach voller Anerkennung der DDR schwächen. Im September besucht mit Erich Honecker das erste und einzige Mal ein DDR-Staatschef die BRD.

Der Spiegel deckt im September die Barchel-Affäre auf. Ministerpräsident Uwe Barchel (CDU) gibt sein „Ehrenwort“, dass er Oppositionsführer Björn Engholm (SPD) nicht bespitzeln ließ. Barchel tritt zurück und wird im Oktober von einem Stern-Reporter tot in der Badewanne eines Genfer Hotels gefunden. Vermutlich ein Suizid.

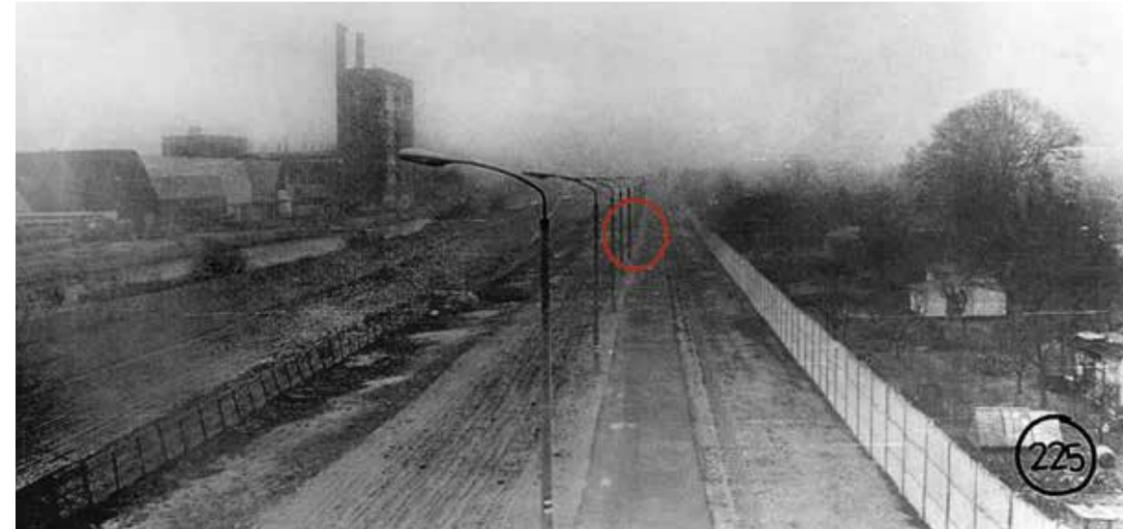


WESTEN: FRIEDEN GESCHAFFT

Im Dezember der Paukenschlag: Die USA gehen auf Gorbatschows Vorschlag ein, alle Mittelstreckenraketen in Europa abzubauen. War die Friedensbewegung, die größte soziale Bewegung der alten BRD, widerlegt? Im Gegenteil. Das Ende des Kalten Kriegs hieß nicht, „dass man hysterisch gewesen war“, sagt die Historikerin Bettina Hitzer, „sondern dass die Vorsorge Erfolg gehabt hat“ (Tagesspiegel). Ähnlich argumentiert Historiker Frank Biess: Erst die Massenproteste schufen das Bewusstsein für die drohende Gefahr eines Atomkriegs und erhöhten den Verhandlungsdruck. „Ebenso wirkte die Friedensbewegung über den Eisernen Vorhang hinweg. Sie unterminierte das östliche Bild eines aggressiven und militanten Westens und inspirierte eine ähnliche Protestbewegung.“ Die Regierungen, nicht die Völker sind verfeindet – auch das demonstrierten die Menschen auf beiden Seiten.

OSTEN: WIR KÖNNEN SIEGEN

Pfingsten. Ein legendäres Open-Air-Konzert. In Westberlin treten Popstars wie Eurythmics und Genesis auf. Unter den Linden kommen tausende junge Ostdeutsche zusammen, um auf der anderen Seite wenigstens mitzuhören. Auftritt David Bowie: „Heroes“, seine berühmte Hymne über die Mauer, wird nach drüben geweht, er singt auch auf Deutsch: „Niemand gibt uns eine Chance, doch wir können siegen für immer und immer.“ Auf der Ostseite marschiert die Staatsmacht auf. Die Stasi beginnt, Jugendliche festzunehmen. Spontan entsteht ein Massenprotest. Volkspolizisten prügeln die Menge auseinander. Die Sprechchöre werden lauter: „Die Mauer muss weg!“ Und: „Gorbi, Gorbi!“ Die Öffnungspolitik von Gorbatschow schürt Hoffnung. Jedes sozialistische Land, sagt der Sowjetchef, habe die Freiheit, den „eigenen Weg“ zu gehen, ohne dass der Kreml sich mit Gewalt einmischen wird. Die SED fürchtet den Machtverlust und will von Reformen nichts wissen.



Als die UdSSR mit dem Rückzug aus Afghanistan beginnt (unten), beläuft sich die Zahl der Kriegstoten je nach Quelle auf 100.000 bis zu einer Million. Doch das verwüstete Land kommt nicht zur Ruhe: Die radikalislamischen Taliban ergreifen in den 90er-Jahren die Macht. Auch an der innerdeutschen Grenze sterben weiterhin DDR-Bürger*innen, der letzte Grenzflüchtling wird im Februar 1989 erschossen (oben).

WESTEN: GEFAHR MENSCH

Waldsterben, Flusstotsterben, Artensterben – nun auch Robbensterben. Tausende Tiere verenden 1988 in der Nordsee, der Müllkippe Europas. Jedes Jahr schluckt das Meer über die Flüsse Unmengen an Stickstoff, Phosphor und Nitraten aus Wasch- und Düngemitteln, dazu Erdöl, Pestizide und radioaktive Partikel. Ein perfekter Nährboden für Algen,

die massenhaft wachsen und in riesigen Teppichen über die Nordsee treiben. Später stellt sich heraus, dass ein Virus die Seehunde getötet hat. Doch die Warnung von Hans Jonas, Philosoph und Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1987, lässt sich nicht mehr ignorieren: „Wir sind der Natur gefährlicher geworden, als sie uns jemals war.“

Machtfaktor Grün

Mit dem Ende des Kalten Kriegs haben die Grünen eines ihrer bisherigen Hauptziele verwirklicht: Die Abrüstung ist in vollem Gange. Der grüne Stimmen-gewinn bei der Bundestagswahl im Jahr zuvor lässt die etablierten Parteien ihre Strategie ändern: Sie versuchen nicht mehr, die Grünen zu diffamieren, sondern deren Ideen und Konzepte zu entwenden.

OSTEN: RÜCKZUG DER GEFAHR

Die DDR-Staatsführung fürchtet „Glasnost“ und „Perestrojka“. Die Menschen in der Republik würden Gorbatschows Reformkurs gern mit eigenem Leben füllen. Eine Inhaftierungswelle setzt ein, es ist der Versuch, die Opposition zu zermürben. Was die SED will: Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltbewegte sollen ihrer Abschiebung in den Westen zustimmen. Was sie erreicht: Abend für Abend strömen hunderte Ostdeutsche in die Kirchen, um für die Inhaftierten zu beten. Der Widerstand und der Wille, in Wahrheit zu leben, nimmt immer stärker zu.

ES BEGINNT IN POLEN

Die „Solidarność“ formiert sich im „politischen Tauwetter“ neu. Der Anführer der Gewerkschaft, Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa, will zwischen der Regierung und den Streikenden vermitteln und stellt eine Bedingung: Opposition und Regierung setzen sich ab Februar an einem „Runden Tisch“ gleichberechtigt zusammen. Das Ergebnis: In Polen soll es Wirtschaftsreformen geben – und teilweise freie Wahlen. Diese gewinnt im Juni 1989 die „Solidarność“.



1989

Keine Toten mehr

5. Februar: Im Kugelhagel der DDR-Grenzsoldaten stirbt Chris Gueffroy an der Berliner Mauer. Er ist gerade mal 20 Jahre alt und träumt von einem Leben in Freiheit. Gemeinsam mit einem Freund will er fliehen. 22 Schüsse fallen, einer trifft den Ostberliner mitten ins Herz. Der letzte Mauertote – wissen wir heute.

Am 4. Juni 1989 erleben die Chines*innen das brutale Ende des demokratischen Volksaufstands. Auf dem „Platz des Himmlichen Friedens“ in Peking rücken Panzer gegen die Demonstrant*innen vor. Tausende Menschen sterben. Brutal geht die Staatsmacht auch gegen Arbeiter*innen vor, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen. Die Grünen verstärken ihre Kritik am DDR-Staat und fordern demokratische Reformen. Als die Wiedervereinigung in greifbare Nähe rückt, ist die Partei skeptisch. Man fürchtet, zu viel Druck auf die SED-Führung könnte wie in China enden.

Was dann in der DDR passiert, ist auch noch im Rückblick unfassbar. „Nichts war zu erkennen damals, kein Wanken des Sozialismus, kein Nachgeben, nirgends“, erinnert sich Annette Ramelsberger, damals SZ-Korrespondentin in Ostberlin.

Horst Sindermann,
DDR-Spitzenfunktionär

„Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und auf Gebete.“

MONTAG FÜR MONTAG

Bestärkt unter anderem durch den Erfolg der „Solidarność“ beginnen im September die Montagsdemonstrationen in Leipzig. Tausende mutige DDR-Bürger*innen fordern mehr Freiheit und demokratische Reformen. Die Furcht vor einer „chinesischen Lösung“, einem blutigen Ende ihres Protests, stets im Rücken, riskieren sie alles. Montag für Montag schließen sich immer mehr Menschen den Protestzügen an: „Wir sind das Volk!“ – der Ruf, der die Mauer zum Einstürzen bringt. Enorm sind in der DDR die Umweltschäden. Auch Natur- und Klimaschutz sind ein wichtiges Erbe der friedlichen Revolution. Daran hat die Umweltbewegung mit ihrer Umweltbibliothek einen großen Anteil. Am 24. November gründet sich aus ihren Reihen in Halle die „Grüne Partei in der DDR“ – ökologisch, solidarisch, basisdemokratisch, ähnlich wie ihre Schwester im Westen.

AB SOFORT, UNVERZÜGLICH

1989 beantragen immer mehr DDR-Bürger*innen die Ausreise. Viele Ostdeutsche fliehen in den Westen: Bis zum Ende der ersten Novemberwoche 1989 sind es mehr als 220.000. Die DDR-Führung muss etwas gegen die Massenflucht tun. Eine neue Reiseregulierung soll es den DDR-Bürger*innen erlauben, ins Ausland zu fahren. In einer Pressekonferenz wird DDR-Regierungssprecher Günter Schabowski danach gefragt. Er holt einen Zettel aus seiner Hosentasche und liest vor, dass die Behörden angewiesen seien, Visa schnell und unbürokratisch auszustellen. Auf Nachfrage, ab wann die Regelung denn gelte, kommt der Pressesprecher ins Stottern: „... nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.“ Die Reiseregulierung war nur ein Entwurf. Doch Schabowskis „sofort“ führt zu einer Sensationsmeldung: Die DDR öffnet die Grenze!

TANZ AUF DER MAUER

Tausende Ostberliner*innen strömen zur Mauer. Weil die Wachposten nicht informiert sind und nicht wissen, was zu tun ist, entscheiden sie gegen 23 Uhr, die Grenzübergänge zu öffnen. Was jetzt passiert, geht um die Welt: Auf der Mauer, die Deutschland 28 Jahre geteilt hat, tanzen die Menschen. Es ist der 9. November 1989.

WAS NUN?

Den Keim zur friedlichen Revolution legen mutige Bürgerrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen wie „Initiative für Frieden und Menschenrechte“, „Demokratie jetzt“, „Unabhängiger Frauenverband“ und „Neues Forum“. Die Frage, die sich allen stellt: Reform der DDR oder Wiedervereinigung?



Es ist der letzte geteilte Sommer der Stadt: Am 1. Juli tanzen in Berlin 150 Leute um drei Wagen – die erste Love Parade (links unten). Bald machen sich viele Ostdeutsche auf den Weg zur Prager Botschaft (rechts unten). Doch nicht alle wollen raus, manche wollen die DDR reformieren. Dazu gehören Bärbel Bohley und ihre Mitstreiter*innen vom „Neuen Forum“, das sich am 9. September gründet (rechts oben). Dass die Zeit damals – das Ende der 80er-Jahre und die friedliche Revolution – auch ein Aufbruch ins Unbekannte ist, thematisiert die ostdeutsche Malerin Doris Ziegler in ihren Werken wie „Boot 2“ (links oben).

Marianne BIRTHLER,
DDR-Bürgerrechtlerin

„Wir sind hier,
weil wir Hoffnung
haben.“

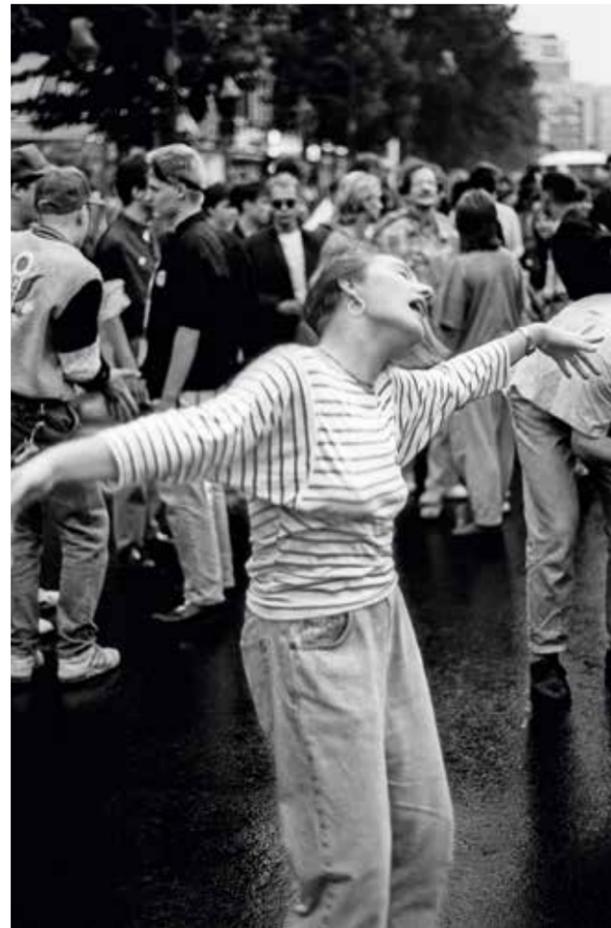


WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Die Grenzen lösen sich auf: Am 27. Juni durchtrennen die Außenminister von Österreich und Ungarn den Eisernen Vorhang. Dieser ist, sagt auch der ungarische Reformpolitiker Imre Pozsgay, „historisch, technisch und politisch überholt“. Zuvor hatte Gorbatschow versprochen, sich nicht einzumischen – und er hält Wort. Am 11. September ist die Grenze für DDR-Bürger*innen offen. Bis Ende September flüchten 25.000 über Ungarn nach Österreich. Das SED-Regime verbietet daraufhin Reisen nach Ungarn. Vergeblich.

Worte, die im Jubel untergehen: Am 30. September überbringt Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) den wartenden DDR-Bürger*innen auf dem Balkon der Prager Botschaft die frohe Kunde: „Wir sind heute zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“

Der November, Monat des Mauerfalls, gibt auch Anlass zu Bestürzung und Trauer. Am 30. November ermordet die RAF den Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, Alfred Herrhausen. Eine ferngezündete Bombe sprengt seinen Wagen in die Luft. Zwischen 1983 und 1993 haben die RAF-Terrorist*innen der dritten Generation immer wieder zugeschlagen. Ihre blutige Bilanz: zehn Tote, drei versuchte Mordanschläge, mehr als zwei Dutzend Verletzte.





EINIG DEUTSCHLAND



1990

Ignoranz verliert

Die Grünen sind geprägt von der Idee der deutschen Zweistaatlichkeit, ähnlich wie große Teile der DDR-Bürgerrechtsbewegung, die sich zum Bündnis 90 zusammenschließen. Beide unterschätzen den Wunsch der Mehrheit nach Wiedervereinigung. Die ostdeutschen Bürgerrechtler*innen erleiden einen Bedeutungsverlust, die West-Grünen die schlimmste Wahlniederlage ihrer Geschichte: „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“, schreiben sie vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl auf ihre Plakate. Die Wähler*innen bestrafen so viel Ignoranz und werfen die erfolgsverwöhnten West-Grünen aus dem Bundestag. Bündnis 90 und Ost-Grüne schaffen hingegen den Einzug – der Osten hält vier Jahre die grüne Fahne hoch und rettet damit das Gesamtprojekt. Darauf schließen sich West- und Ost-Grüne zusammen, später Grüne und Bündnis 90. Gemeinsam wollen sie bundespolitisch stark werden, aber der Weg dahin ist steinig.

10 Jahre Grüne

Ausgerechnet im Jubiläumsjahr stürzen die Grünen in ihre tiefste Krise. Den Bundestag hat die Partei zuvor mit vielen Debatten bereichert – nicht nur zu ihren Urthemen. Überraschend ist, wie häufig sie über die Stahlkrise und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sprachen, staunt die FAZ (2016) bei der Lektüre von Sitzungsprotokollen. Von Beginn an denken die Grünen Natur und Wirtschaft immer zusammen mit dem Menschen und der Gesellschaft.

Vertreten bleiben die Grünen 1990 in den Landtagen wie in Nordrhein-Westfalen (5 Prozent) – und Niedersachsen (5,5 Prozent), wo sie mit der SPD die schwarz-gelbe Koalition ablösen. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen schaffen Listenverbindungen zwischen Grünen und der Bürgerbewegung den Sprung über die Fünfprozenthürde. Bündnis 90 erhält in Brandenburg 6,4 Prozent und bildet mit SPD und FDP eine Ampelkoalition.



Am 15. Januar stürmen tausende DDR-Bürger*innen die Stasi-Zentrale in Ostberlin (rechts). Sie wollen verhindern, dass Akten vernichtet werden. Nicht alles, aber vieles können sie retten. Noch bei den Montagsdemonstrationen 1989 hatte die Stasi jede Woche zu hunderten Demonstrant*innen verhaftet. Jetzt machen die Menschen der Schreckensherrschaft gewaltlos ein Ende. Im Februar wird die ostdeutsche Grüne Partei in Halle auf ihrem ersten Parteitag formell gegründet (unten); sie fordert einen ökologischen Wandel in der DDR, verkennt aber, dass die meisten Menschen die Einheit wollen. Dort, wo die Mauer noch wenige Monate zuvor Deutschland teilte, findet am 21. Juli das größte Rockkonzert der deutschen Geschichte statt: Pink Floyd spielen ihren Song „The Wall“ (kleines Bild).



HISTORISCHE CHANCENVERWERTUNG

Mutige Menschen im Osten haben die friedliche Revolution erkämpft – und mit ihr eine historische Chance. Die erkennt Helmut Kohl und schreibt sich als „Kanzler der Einheit“ in die Geschichtsbücher ein: Er schafft es, den Siegermächten die Zustimmung zur deutschen Einheit abzurufen. Viele europäische Staaten befürchten, ein geeintes Deutschland könne die Stabilität in Europa gefährden. Der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ beendet die Nachkriegsgeschichte und gibt dem vereinten Deutschland nach 45 Jahren volle Souveränität zurück. Die politische Aufgabe ist gewaltig: Wie macht man aus zwei Ländern, die sich in den letzten 40 Jahren politisch und wirtschaftlich so unterschiedlich entwickelt hatten, einen neuen, gemeinsamen Staat?

DIE 173-TAGE-REGIERUNG

In der DDR steht die Wahl der Volkskammer an – zum ersten und letzten Mal unter demokratischen Bedingungen. 93,4 Prozent aller Wahlberechtigten geben am 18. März ihre Stimme ab. Die höchste Wahlbeteiligung, die es in Deutschland bei demokratischen Wahlen je gab. Ein Wahlverlierer ist das Bündnis 90, das für eine reformierte DDR einsteht. Die eindeutige Mehrheit will eine schnelle Wiedervereinigung. Lothar de Maizière (CDU), letzter ostdeutscher Ministerpräsident, handelt sie mit der BRD aus. Nach 173 Tagen im Amt wird seine Regierung nicht mehr gebraucht.

Claudia Roth, Grünen-Politikerin

„Mitten im Vereinigungsprozess hat uns die Stimme versagt.“



ZUSAMMENWACHSEN

3. Oktober: Wiedervereinigung. Die DDR existiert nicht mehr. Die BRD zählt jetzt fast 80 Millionen Menschen. Einander zu verstehen, ist und bleibt nicht leicht. Die einen sahen aus der Entfernung nur die Diktatur in der DDR, die anderen lebten hinter der Mauer auch ein Leben: liebten, arbeiteten, lachten. Für die Westdeutschen ändert sich im Alltag nicht viel, für die Ostdeutschen über Nacht alles. Sie erleben einen gewaltigen Umbruch, existenzielle

Verunsicherung. Dass Freiheit auch überfordern kann, sorgt für Enttäuschung. Vor der Bundestagswahl verspricht Kanzler Kohl „blühende Landschaften“. Was die Menschen im Osten zunächst erleben, ist die schwerste Wirtschaftskrise seit 1945. Rund 800.000 Menschen verlassen 1989 und 1990 den Osten.

WER GEHÖRT ZUM VOLK?

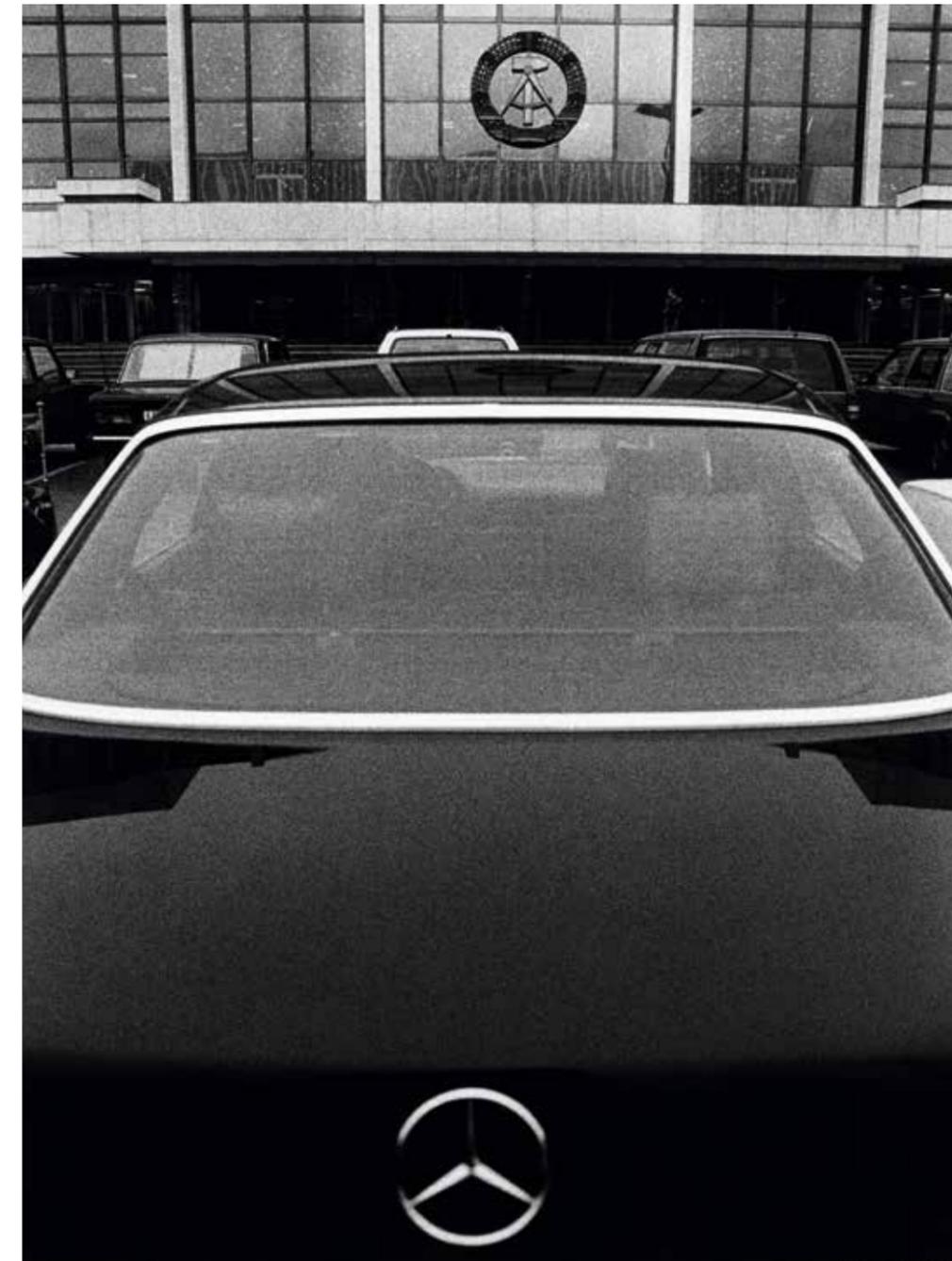
Migrant*innen erfahren bald eine „Zeit der Abwertung“, schreibt die Publizistin Ferda Ataman (Spiegel Online): „Aus ‚Wir sind das Volk‘ wurde ‚Wir sind ein Volk‘... Denn in diesem ‚Wir‘ hatten die Ausländer nichts verloren.“ Im nationalen Taumel geht unter, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland geworden ist. Nötige Reformen werden bis Ende der 90er-Jahre verzögert.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Wir sind Weltmeister! Den Sieg bei der Fußball-WM in Rom feiert das vereinte Deutschland am 8. Juli gemeinsam. Der Titel trägt zu einem neuen Wir-Gefühl bei, obwohl keine Spieler der DDR mit dabei sind. In den 30 Jahren nach der friedlichen Revolution laufen rund 40 Profis aus dem Osten für Deutschland auf.

Bei aller Freude über die Wiedervereinigung erschüttern zwei Attentate die Nation. Am 25. April sticht eine Frau, die an Schizophrenie leidet, den SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine in den Hals. Am 12. Oktober gibt ein geistig Verwirrter Schüsse auf Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ab, der als Architekt des Einheitsvertrags gilt. Er überlebt schwer verletzt und ist seither auf einen Rollstuhl angewiesen.

Die Republikaner scheitern Ende 1990 bei der ersten Gesamtberliner Wahl zum Abgeordnetenhaus mit 3,1 Prozent an der Fünfprozenthürde. Noch im Jahr zuvor holten sie in Westberlin 7,5 Prozent. Mit der Partei dringen neue Wörter ins Vokabular deutscher Politik ein: „Asylmissbrauch“, „Überfremdung“, „Flüchtlingsmassen“.



Sturm auf die Banken: Am 1. Juli tritt die Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Die Ostdeutschen tauschen ihre Ostmark in die D-Mark um (links unten). Groß ist der Wunschtraum, bald den Weststandard zu erreichen (rechts). Doch noch dominieren im Osten zerstörte statt blühender Landschaften (links oben). Smog, Giftmüllkippen, vergiftete Flüsse: Die katastrophale Umweltsituation in der DDR war auch ein wichtiger Beweggrund für die friedliche Revolution.

Neuorientierung

Das Ende der Grünen, voreilig von vielen prognostiziert, bleibt aus. In Hessen kommt es zur Neuaufgabe der rot-grünen Koalition. In Bremen erzielen die Grünen 11,4 Prozent und bilden mit SPD und FDP eine Ampelkoalition. Die Niederlage bei der Bundestagswahl 1990 leitet einen Erneuerungsprozess ein. Der radikale Flügel verlässt die Partei. Das System soll nicht mehr überwunden, es soll verändert werden. Die Grünen suchen einen „neuen stabilen Grundkonsens“ und definieren sich in der „Erklärung von Neumünster“ als „ökologische Reformpartei“ im linken Lager – „sofern links bedeutet, dass die großen sozialen und ökologischen Fragen solidarisch und nicht nach der Logik der Ellenbogengesellschaft gelöst werden sollen“.

25 an der Zahl

Zwischen dem Gründungsjahr 1980 und 1991 haben die Grünen 25 Parteitage, Bundesdelegiertenkonferenzen (BDK) genannt, abgehalten. Das macht etwa zwei pro Jahr, in den Jahren 1980, 1983, 1986 und 1990 sogar jeweils drei. Eine beeindruckende Zahl, die das basisdemokratische Selbstverständnis der Grünen belegt. Heute nutzt die Partei auch ihre digitale Plattform „Das Grüne Netz“, um möglichst viele Mitglieder an den Entscheidungen zu beteiligen. Stark heben sich die Parteitage von jenen der anderen Parteien ab: Es geht meist hoch her, es werden hunderte Anträge und Änderungsanträge diskutiert, der Anteil an weiblichen Delegierten ist deutlich höher. Auch das haben die Grünen mit Erfolg geschafft: die Gleichberechtigung der Frauen vorzuleben.



Am 10. April verlässt der letzte Wartburg das Automobilwerk Eisenach. Wenig später rollt der letzte Trabi vom Band (unten), tausende Menschen verlieren ihren Job. Der zweite Golfkrieg sorgt dafür, dass am 26. Januar mehr als 200.000 Menschen in Bonn demonstrieren (rechts). Nach sechs Wochen hat die von den USA angeführte Koalition das Ölscheichtum Kuwait befreit, das der Irak im Sommer 1990 überfallen hat. Der irakische Diktator Saddam Hussein bleibt aber an der Macht.

Grüne Erklärung zum Parteitag von Neumünster

„Positiv betrachtet haben wir von unseren Nicht-mehr-Wähler*innen den Auftrag erhalten, einen inhaltlichen und strukturellen Neubeginn einzuleiten, der uns zu einer handlungsfähigen Partei mit einem klaren Profil macht.“



WISSEN WOLLEN

111 Kilometer Akten, 41 Millionen Karteikarten, 1,85 Millionen Fotos, 23.250 Tonbänder – das alles trugen hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter*innen der Stasi zusammen. Im November 1991 beschließt der Bundestag: Privatpersonen, Forscher*innen und Medien können bei einer Bundesbehörde Akteneinsicht beantragen. Maßgeblichen Anteil an deren Gründung hat der Rostocker Pfarrer Joachim Gauck. Fast 3,3 Millionen Menschen haben bislang, Stand 2019, ihre Akten lesen wollen.

NICHT MEHR GEBRAUCHT

In den fünf Jahren nach der friedlichen Revolution, zitiert Die Zeit den Soziologen Paul Windolf, verloren geschätzt bis zu 80 Prozent der erwerbstätigen Ostdeutschen vorübergehend oder auf Dauer ihren Job. Die Menschen im Osten lernen die Schat-

tenseiten des Kapitalismus kennen. Lebensleistungen werden massiv abqualifiziert. Die Misere treibt am 25. März 80.000 Menschen in Leipzig auf die Straßen, die größte Montagsdemonstration seit der Wiedervereinigung. Auch in anderen ostdeutschen Städten kommt es zu Protesten gegen die Bundesregierung – und die Berliner Treuhandanstalt, die über 8.000 Betriebe der DDR privatisieren und in die Marktwirtschaft überführen soll.

FÜNF TAGE IN SACHSEN

Hoyerswerda, September: „Deutschland den Deutschen!“ Vor Wohnheimen, in denen Vertragsarbeiter*innen etwa aus Vietnam und aus verschiedenen afrikanischen Staaten leben sowie vor einer Unterkunft für Geflüchtete, gründen und randalieren Neonazis. Fünf Tage lang. Als sie Brandsät-

ze schleudern, jubeln auch hunderte Schaulustige – die Nachbarn von nebenan.

Nach der friedlichen Revolution bricht die Braunkohleförderung in der Lausitz ein. Die Wut fällt auf gut genährten Boden. In der DDR, schreibt die Historikerin Ann-Judith Rabenschlag (2016), baute die Presse ein Machtgefälle auf: da die überlegenen DDR-Bürger*innen, dort die Zugewanderten. Ehen zwischen beiden mussten genehmigt werden. Schwangere Vertragsarbeiterinnen wurden zur Abtreibung gezwungen. Gleichzeitig gab es die „ideologische Vorgabe, einer Gesellschaft anzugehören, die frei von Rassismus war“. Hoyerswerda ist heute eine andere Stadt. Ein Denkmal erinnert an das Geschehen. Als 2014 wieder Flüchtlinge in die Stadt kommen, organisieren Helfer*innen Möbelspenden und Patenschaften.



Der Wiedervereinigungsprozess ist mit vielen Härten verbunden. Während das Gros der Ostdeutschen friedlich gegen das Gefühl des Abgehängtseins demonstriert (oben), radikalisiert sich die Naziszene im Osten. Für eine Jugend, die „in ihren Körpern und ihren Elternhäusern, ihren Ängsten und Aggressionen gefangen“ (Rolling Stone) ist, wirkt das Album „Nevermind“ von Nirvana wie eine Befreiung. Die Band aus der Nähe von Seattle macht aus Musik wieder Gesellschaftskritik.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Bei seinem Besuch in Halle wird Kanzler Kohl im Mai von Demonstrant*innen mit Eiern, Tomaten und Farbbeuteln beworfen – und er wird selbst beinahe handgreiflich. Die Menschen protestieren, weil die vom Kanzler versprochenen „blühenden Landschaften“ noch ausbleiben.

Wer soll Hauptstadt im vereinten Deutschland sein? Bonn, bewährtes und beschauliches Provisorium? Oder Berlin, die zu lange geteilte Stadt? Elf Stunden dauert am 20. Juni die emotionale Debatte im Bonner Wasserwerk, Ausgang ungewiss. Dann trifft der Bundestag eine knappe Entscheidung:

338 Stimmen für Berlin, 320 für Bonn. Der Umzug nach Berlin ist erst 1999 vollzogen. Mit der Berliner Republik beginnt die Pendeldiplomatie. Bonn darf sechs Ministerien behalten. In Berlin wird von 1995 bis 1999 der Reichstag von Norman Foster grundlegend umgestaltet. Der Spatenstich für den Bau des Kanzleramts ist 1997.

Die Simpsons werden zum ersten Mal in Deutschland ausgestrahlt – und sagen im Jahr 2000 in einer Folge sogar Donald Trump als US-Präsidenten voraus. Damals lacht darüber die Welt.



Process in progress

Schon 1990 entscheiden die Grünen, dass sie als ihren „politischen Ansprechpartner“ im Osten die Gruppe von Menschen sehen, „deren jahrelang illegaler, risikoreicher und bewundernswerter Einsatz die Revolution erst möglich machte“.

Sie wollen die Reformbewegungen unterstützen, ohne sie „durch westliche Interessen zu vereinnahmen“. Im Mai 1992 beschließt die Delegiertenkonferenz von Bündnis 90, mit den Grünen zusammenzugehen. Über ein Jahr lang verhandeln die beiden Parteien über ihren Zusammenschluss – länger, als die beiden deutschen Staaten für ihre Vereinigung brauchten.

Liebe auf den zweiten Blick

Eigentlich sollte man denken, da kommen zwei zusammen, die wie füreinander geschaffen sind. Die inhaltlichen Schnittmengen sind groß. Doch damals treffen auch unterschiedliche Erfahrungswerte aufeinander. Es gab „viele Missverständnisse, Irrtümer und Machtdemonstrationen“, erinnert sich Katrin Göring-Eckardt. „Wir hatten in der DDR einen so starken gemeinsamen Gegner gehabt und es gelernt, zwischen den Zeilen zu lesen. Dagegen waren die Grünen für mein Gefühl sehr laut, sehr konfrontativ“, erzählt Marianne Birthler. „Und so mussten wir uns streitbar kennen- und verstehen-, stellenweise auch respektieren lernen in all unserer Vielfalt“, sagt Claudia Roth. „Dieser politische Neubeginn hat uns stark gemacht.“ Ohne den Zusammenschluss wären die Grünen vielleicht in der Versenkung verschwunden.

Kerzen gegen Flammen: Für die Würde des Menschen und gegen Rassismus bilden in vielen deutschen Städten hundertausende Bürger*innen kilometerlange Lichterketten, allein in München sind es am Nikolaustag 1992 fast eine halbe Million Menschen (unten). Sie setzen ein Zeichen gegen die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen (oben) – und auch gegen die menschenunwürdige Asylpolitik seit Anfang der 90er-Jahre.



Grüne Jugend, Gemeinsame Erklärung zum 20. Jahrestag Rostock-Lichtenhagen

„Rostock-Lichtenhagen wurde zum Symbol einer Gesellschaft, die rassistische Gewalt nicht bekämpft, sondern duldet, und die antifaschistische Gegendemonstrant*innen härter bestraft als zündelnde Nazis.“

EUROPA WIRD NEU GEBOREN

Am 7. Februar unterzeichnen die zwölf Außenminister der Europäischen Gemeinschaft den Vertrag von Maastricht. Es ist der Schritt von einer wirtschaftlichen hin zu einer politischen Gemeinschaft: die Geburtsstunde der Europäischen Union. Nicht nur das stark vergrößerte Deutschland, auch Europa soll nach dem Zerfall des Ostblocks zusammenwachsen: etwa durch einen gemeinsamen Binnenmarkt, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – und eine gemeinsame Währung. Die Entscheidung für den Euro wird in Deutschland heftig kritisiert. Viele Menschen wollen die D-Mark behalten.

DAS ENDE DER GESCHICHTE

Mit der Sowjetunion ist auch ein Gesellschaftsentwurf gescheitert. US-Politologe Francis Fukuyama verkündet das „Ende der Geschichte“: Der Siegeszug der liberalen Demokratie sei unausweichlich. Dass Demokratien Rückschritte machen können und Wohlstand nicht automatisch zu mehr Demokratie führen muss, realisiert er erst später. Eine andere These liefert John Lukacs. Der ungarisch-amerikanische Historiker prophezeit: Die „entscheidende politische Kraft“ der Zukunft ist der Nationalismus.

Kriegsfotograf Jim Marshall über die Hölle von Sarajevo (Der Spiegel)

„Die schlimmsten Wunden sind unsichtbar.“

BRENNENDER HASS

Nach Hoyerswerda bleibt die rechte Gewalt entfesselt. In Rostock-Lichtenhagen belagern Jugendliche ein überfülltes Asylbewerberheim in einer Plattenbausiedlung. Aus ganz Deutschland reisen Neonazis an, bald brennt ein Block, in dem viele Vietnames*innen wohnen. Die Flammen lodern, Anwohner*innen beklatschen den Mob. Die Menschen drinnen warten auf Hilfe, die nicht kommt. Die Polizei greift nicht ein. Wie durch ein Wunder wird niemand verletzt. Die Szene beginnt sich zu vernetzen, rechte Gewalt erreicht eine neue Dimension. Monate später sterben in Mölln, Schleswig-Holstein, zwei türkische Mädchen und eine Frau. Neonazis hatten ihre Häuser in Brand gesteckt. Neun weitere Menschen werden schwer verletzt. Rassismus zeigt sich als gesamtdeutsches Problem – angestachelt von rechtsextremen und konservativen Ideologen sowie der Boulevardpresse, die gegen „Wirtschaftsasyllanten“, „Asylbetrüger“ und „Sozialschmarotzer“ hetzen. Weltweit ist das Entsetzen groß.

Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens löst auf dem Balkan eine Serie von Kriegen aus – zuerst in Kroatien, dann mit dem Beschuss von Sarajevo (rechts) im April 1992 auch in Bosnien. Europa erlebt die größte Flüchtlingstragödie seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 2,4 Millionen Menschen sind laut UN-Angaben auf der Flucht, darunter auch viele Kinder. 1992 kommen etwa eine halbe Million Menschen in Deutschland an.





Abschiedsworte von Lukas Beckmann

„Liebe Petra
Lieber Gert
Warum jetzt
Warum so früh
Warum ohne Abschied
Warum ohne ein Wort
Ihr bleibt ja und
seid doch fort
seid fort und bleibt doch“

Am 19. Oktober werden in Bonn die beiden Grünen Petra Kelly und Gert Bastian (links) tot aufgefunden. Der Ex-Bundeswehrgeneral Bastian hat erst seine Lebensgefährtin Kelly und dann sich selbst erschossen. Die Partei ist erschüttert.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Im ersten der sogenannten „Mauer-schützenprozesse“ verurteilt das Landgericht Berlin im Januar jenen Grenzsoldaten zu dreieinhalb Jahren Haft, der im Jahr 1989 den 20-jährigen Chris Gueffroy erschoss – den letzten Toten an der Mauer.

Der „Vertrag über die Europäische Union“ von 1992 begründet die EU. Er ermöglicht etwa den Bürger*innen der Mitgliedsstaaten, sich innerhalb der EU frei zu bewegen und aufzuhalten. Die Schlagbäume in Europa gehen 1995 hoch – wie hier zwischen Belgien und Frankreich (rechts).

Die Fantastischen Vier landen den ersten Megahit mit deutschem Sprechgesang. „Die da!?!“ entsteht mit Hilfe eines selbst geschriebenen Musikprogramms, das auf einem Atari-Computer läuft. Die schwäbischen Rap-Pioniere füllen noch heute Konzerthallen.



Fusion auf Augenhöhe

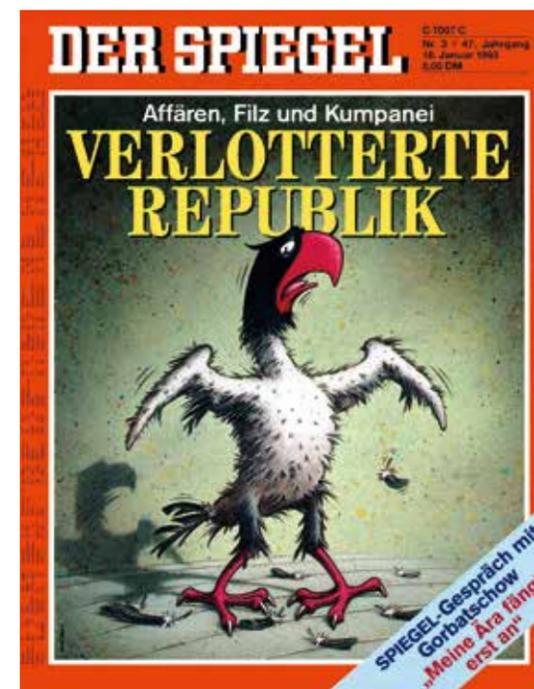
14. bis 16. Mai, Vereinigungspartei an historischem Ort: In Leipzig gründen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dass nach der friedlichen Revolution eine west- und eine ostdeutsche Partei erfolgreich fusionieren, ist einmalig in der bundesdeutschen Parteienlandschaft. Ein seltenes und kostbares Beispiel einer ost-westdeutschen Vereinigung auf Augenhöhe, aber kein einfacher Prozess. Es lohnt sich für beide: Die zahlenmäßig weit unterlegenen ostdeutschen Bürgerbewegten sichern ihren dauerhaften bundespolitischen Einfluss. Die West-Grünen entwickeln einen an Dialog und Konsens orientierten Politikstil. Heute gibt es in keiner anderen Partei eine so breite Repräsentanz Ostdeutscher in Führungspositionen.

VERDROSSEN STATT VERTRAUEN

Eine Reihe von Politskandalen lässt bei vielen Bürger*innen ein Gefühl der „Politikverdrossenheit“ bezeichnet wird. Der Begriff ist aus dem politischen Diskurs bald nicht mehr wegzudenken. Ob es sich um die Verfehlungen eines Jürgen Möllemann (FDP), eines Björn Engholm (SPD) oder die „Amigo-Affäre“ um Max Streibl (CSU) handelt, im Kern sind die Vorwürfe immer die gleichen: Vorteilsnahme, Mausehelei, Vertuschung, Falschaussage. Im Jahr darauf wird „Politikverdrossenheit“ in den Duden aufgenommen.

KEIN KONZEPT IM FREIZEITPARK

Deutschland erlebt die bis dahin schwerste Wirtschaftskrise. Die Krupp-Hoesch AG schließt in Duisburg ein Stahlwerk, 2.100 Menschen verlieren ihren Job. Die Saarstahl AG entlässt 2.000 Mitarbeiter*innen. Die Thyssen AG streicht 8.000 Stellen. Die Ruhrkohle AG legt mehrere Bergwerke still, 6.000 Betroffene. Daimler-Benz will weltweit 40.000 Stellen abbauen. Die Wirtschaft schrumpft um 1,1 Prozent. Kanzler Kohl kontert nicht mit einem Konzept zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, sondern mit einer Rede. Vor dem Bundestag sagt er, Deutschland lasse sich nicht als „kollektiver Freizeitpark“ organisieren. In Ostdeutschland hat die Existenzangst weitreichende Folgen: Von 1990 bis 1994 sinkt die Geburtenziffer fast um die Hälfte, schreibt Die Zeit (2019).



Marianne Birthler (oben), die Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gönnt sich beim Gründungsparteitag in Leipzig eine ruhige Minute. Die vereinte Partei will sich – in deutlichem Unterschied zu ihrer skandalumwitterten Konkurrenz (unten) – für eine Politik stark machen, die ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig ist.

SCHARF, SCHÄRFER, ASYLRECHT

Es ist ein Sieg der Straße und eine Niederlage des Rechtsstaats. So kommentiert die Organisation „Pro Asyl“ den sogenannten „Asylkompromiss“, der nach harten und bisweilen hetzerischen Auseinandersetzungen mit der für Verfassungsänderungen nötigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag beschlossen wird. Nur BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Linken stellen sich gegen die Abschaffung des Asylrechts. Die Aussage von Artikel 16 Grundgesetz, dass „politisch Verfolgte Asylrecht genießen“, ist nur noch eingeschränkt gültig. Wer zum Beispiel über einen „sicheren Drittstaat“ nach Deutschland einreisen will, muss nun dort Asyl beantragen. Heißt: Um politisch Verfolgte sollen sich die Länder am Rande Europas kümmern. Die Süddeutsche Zeitung schreibt von einer „Miniaturisierung des Asylrechts“.



Gregor Gysi (PDS/Linke Liste) im Bundestag

„Sagen Sie Nein zur Abschaffung des Asylrechts. Sagen Sie Nein zur Liquidierung einer der wichtigsten Konsequenzen aus dem mörderischen Nazi-Regime!“



Zwei Frauen und drei junge Mädchen sterben in Solingen (links oben), als Neonazis das Haus einer türkischstämmigen Familie in Brand setzen. Abgründe zeigt auch der Künstler Hans Haacke (links unten). Für die Biennale in Venedig lässt er den Boden des deutschen Pavillons mit Pressluftschlämmern aufstemmen. „Und nun stehen wir auf den Trümmern“, schreibt Die Zeit. Dass die ehemalige Zeche Zollverein in Essen, die als letzte noch aktive Zollverein-Produktionsanlage 1993 stillgelegt wurde, nicht abgerissen wird, erweist sich als Glück. Heute ist das Unesco-Weltkulturerbe ein beeindruckendes Denkmal der Industriekultur (oben).

Deutsche UNESCO-Kommission

„Der Industriekomplex Zeche Zollverein ist somit Ausdruck der Verbindung von schützenswertem Erbe und kreativer Gegenwart und Zukunft.“

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Das Zusammengehen von Grünen und Bündnis 90 wird in Hannover vorbereitet – bei zwei parallel stattfindenden Parteitagungen im Januar. Der Assoziationsvertrag steht zur Abstimmung und wird angenommen. Am Ende will man sich gemeinsam den Medien präsentieren. Auf der Bühne pinnt die Bühnentechnik noch schnell die beiden Banner zusammen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das Foto geht durch die Presse: das Zueinanderheften zweier Namen, die Geburt einer neuen Partei.

Ein Gefängnisneubau im hessischen Weiterstadt wird im März durch einen Bombenanschlag der RAF schwer beschädigt. Im Juni werden in Bad Kleinen das RAF-Mitglied Wolfgang Grams und der GSG-9-Beamte Michael Newrzella erschossen. RAF-Mitglied Birgit Hogefeld wird verhaftet.

WWW für alle: Das Internet wird sichtbar – im Wortsinn. Ende des Jahres wird der kostenlose Webbrowser „Mosaic“ veröffentlicht. Mit der wegweisenden Software lassen sich Informationen im Netz erstmals grafisch darstellen. Gleichzeitig bieten AOL und Telekom kostengünstige Internetzugänge an. Die Zahl der User*innen steigt ständig. Das Netz wird kommerziell. Was noch nicht sichtbar ist: die tiefgreifenden Auswirkungen auf die Kommunikationskultur weltweit.

Zurück im Bundestag

Zwei Wahlen beweisen: Die Partei ist zurück. Mit 10,1 Prozent ziehen die Bündnisgrünen im Juni ins Europäische Parlament ein. Im Oktober gelingt mit 7,3 Prozent der erneute Einzug in den Bundestag – als drittstärkste Kraft und vor der FDP. 49 Abgeordnete repräsentieren die grüne Stimme im deutschen Parlament. Die Bundespresse richtet ihr Augenmerk wieder verstärkt auf die Grünen.

Im Westen erfolgreich

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen am 13. März legen die Grünen auf 7,4 Prozent zu, die SPD kann aber allein regieren. In Sachsen-Anhalt bildet die Partei (5,1 Prozent) eine Koalition mit der SPD. Mit 5,5 Prozent gelingt im Saarland erstmals der Einzug in den Landtag. In Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern scheitern die Bündnisgrünen an der Fünfprozenthürde. Im Osten gestaltet es sich schwierig, eine Basis aufzubauen.

Jung, grün, stachelig

Eine grüne Jugendorganisation?! Diese Idee schien vielen Grünen zunächst überflüssig – war man sich doch selbst jung genug. Doch auch grünnahe Jugendliche waren lange auf Abstand zu den „Altgrünen“ bedacht. 1994 gründen sie das „Grün-Alternative Jugendbündnis“, das aber erst 2001 eine Teilorganisation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird. Heute ist die „Grüne Jugend“ nicht nur Nachwuchs einer Partei, die längst kein Eingenerationenprojekt mehr ist; sie ist unverzichtbarer Bestandteil der Partei.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

1994 kommt es zum größten rassistisch motivierten Genozid seit dem Zweiten Weltkrieg: In Ruanda ermorden Milizen des Mehrheitsvolks der Hutu 800.000 bis eine Million Menschen, zumeist Angehörige der Tutsi-Minderheit. „Die internationale Gemeinschaft hat in Ruanda versagt“, sagt 2004 UN-Generalsekretär Kofi Annan.

Das Bundesverfassungsgericht bekräftigt, dass die „Auschwitz-Lüge“ – das Leugnen der Ermordung von Millionen Menschen jüdischen Glaubens – strafbar ist. Für Empörung bei der Regierung sorgt eine andere Entscheidung der Karlsruher Richter: Das Zitat „Soldaten sind Mörder“ von Kurt Tucholsky wird als freie Meinungsäußerung bewertet.

Die Wirtschaftseliten geraten ins Zwielicht. Hilmar Kopper, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, nennt die offenen Rechnungen des Immobilienpleitiers Jürgen Schneider in Höhe von 50 Millionen D-Mark „Peanuts“. Es ist das Unwort des Jahres. Da überrascht es nicht, dass Günter Oggers „Nieten in Nadelstreifen“ Spiegel-Bestseller des Jahres wird: „Die Herren der deutschen Wirtschaft verfügen über alles und haften für nichts. Das verführt zu sorglosem Umgang mit den anvertrauten Ressourcen, also Menschen und Kapital.“



До свидания: Bis auf ein 3.000 Mann starkes Kommando verlassen die letzten Truppen der ehemaligen Sowjetarmee Deutschland. Geschichte schreibt auch Quentin Tarantino mit „Pulp Fiction“. Der episodenhafte und schwarzhumorige Film wird für sieben Oscars nominiert, der Soundtrack läuft auf fast jeder Party der Generation X (links unten), die mit der Populärkultur den starken Hang zur Ironie teilt, aber – hochgebildet – kaum Interesse an Politik zeigt. Auf den Straßen und Autobahnen nehmen viele Menschen indes den Fuß vom Gas – aus Angst vor hohen Ozonwerten.

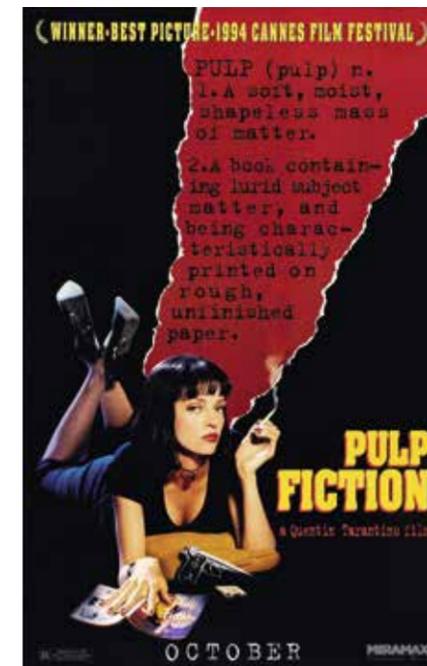
SCHLUSS MIT FRUSTIG

Generation X, Generation Ecstasy oder Generation Golf: Es fehlt nicht an Labels, um junge Erwachsene dieser Zeit mit dem Vorwurf des Hedonismus und Zynismus zu belegen. Das ist nicht ganz richtig, aber auch nicht ganz falsch: Tatsächlich gibt eine Mehrheit (56 Prozent) bei einer Gewis-Umfrage im Spiegel Selbstverwirklichung und Freizeit als Lebenszweck an. Der Party-Eskapismus ist verständlich. Mit fast vier Millionen erreicht die Zahl der Arbeitslosen einen neuen Rekord (Destatis). Erstmals sucht die Bundesregierung

die Hilfe privater Arbeitsvermittler*innen. Auch die politischen Verhältnisse ändern sich nicht wesentlich: Die Regierung Kohl sitzt nach zwölf Jahren fest im Sattel.

NO ZONE FOR OZONE

In der brütenden Hitze dieses Sommers tauchen an vielen Autobahnbrücken Hessens Banner mit der Aufschrift „Ozonalarm“ auf. Das ist keine Protestaktion von Umweltaktivist*innen, sondern ein amtlicher Warnhinweis. Hessen, Rot-Grün regiert, macht als erste Landesregierung überhaupt ernst und beschließt wegen dramatisch erhöhter Ozonwerte im Juli ein Tempolimit auf Autobahnen und Bundesstraßen.



Für Bundesumweltminister Klaus Töpfer ist Ozonalarm reine „Symbolpolitik“. Doch die Bevölkerung hält sich größtenteils an die Geschwindigkeitsbeschränkungen, denn die Sorge vor den schädlichen Auswirkungen des Reizgases ist groß.

HOFFNUNGSSCHIMMER

Wer hätte das gedacht? Israelis und Palästinenser haben 1993 einen Friedensprozess begonnen. Zum ersten Mal seit der Gründung des Staates Israel scheint der Konflikt lösbar. Für ihre Bemühungen erhalten Yitzhak Rabin, Schimon Peres und Jassir Arafat 1994 den Friedensnobelpreis. Und auch in anderen Teilen weht der Wind der Veränderung: In Südafrika gewinnt Nelson Mandela die ersten demokratischen Wahlen und wird der erste Präsident in Postapartheid-Südafrika, nachdem er zuvor insgesamt 27 Jahre als politischer Gefangener im Gefängnis gesessen hatte.

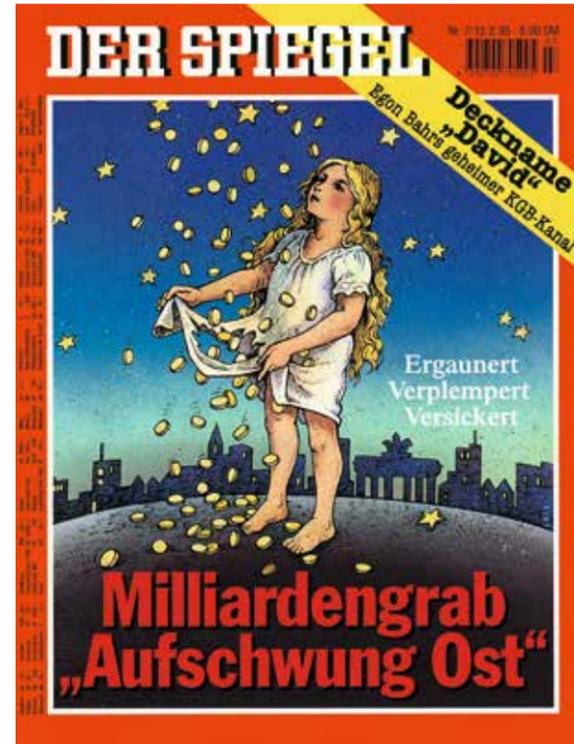
1995

15 Jahre Grüne

Die Bündnisgrünen setzen im Bund weiter Kurs in Richtung Regierungsverantwortung. Ob im Bundestagspräsidium oder in den Bundestagsausschüssen: Wie in ihrer „Leipziger Erklärung“ von 1993 fixiert, festigen sie „ein ausbalanciertes und unverkrampftes Verhältnis zur Macht“. Das neue Profil, verbunden mit einem pragmatischen Auftreten, zieht auch neue Unterstützung an. In einer Gesellschaft, die von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft wird, schärft sich das Umweltbewusstsein vieler Menschen, selbst in Milieus, die für die Grünen bislang nicht erreichbar waren. Der Sitzort der Grünen im Parlament – in der „Mitte der Mitte“ (Die Zeit) – wird immer mehr zum Sinnbild für ihre Verankerung in der Gesellschaft.

Frieden schaffen – auch mit Waffen?

Im Schatten der Balkankriege und einer deutschen Beteiligung am Nato-Militäreinsatz in Bosnien diskutieren die Grünen schon Ende 1993 auf der BDK in Bonn, ob man Menschenrechte mit Waffengewalt verteidigen kann und darf. Die Mehrheit stimmt damals dagegen. Stellvertretend für die Gesellschaft geht in dieser Frage ein Riss durch die Partei. Die Bündnisgrünen machen einen gemeinsamen schmerzhaften Prozess durch. Auf der BDK in Bremen 1995 fordern sie die Abschaffung der Wehrpflicht und lehnen Kampfeinsätze zur Friedenserzwingung im Rahmen der Vereinten Nationen noch ab. Vier Jahre später erzwingen neue Kriege eine erneute Entscheidung.



Aktivistinnen der Frauenbewegung demonstrieren für das Recht, über ihren Körper selbst bestimmen zu können (links unten). Hohe Wellen schlagen auch die Kosten der Wiedervereinigung (links oben) und die Pläne von Shell. Die Deutschen sind sich in diesem Punkt einig: Greenpeace muss im Kampf gegen die Brent Spar (oben) unterstützt werden.

„SHELL TO HELL“

Es sind Szenen wie aus einem Blockbuster: ein Schlauchboot von Greenpeace in aufgewühlter See, das von einer Ölbohrplattform aus mit Wasserkanonen beschossen wird. Es ist eine Wasser-schlacht um die mit Ölschlammern und radioaktivem Abfall gefüllte Brent Spar, die der Öl-Multi Shell in der Nordsee versenken will. Schließlich gelingt es den Aktivist*innen, die 40 Meter aus dem Wasser ragende Plattform zu besetzen. Die öffentliche Meinung ist auf ihrer Seite. Die Grünen rufen zur Ächtung von Shell-Produkten auf. Verbraucher*innen in ganz Europa demonstrieren und boykottieren Shell-Tankstellen. Schließlich lenkt der britische Konzern ein – ein Novum. Vergeblich hingegen sind die weltweiten Protestaktionen gegen die Atomtests Frankreichs im Südpazifik. Im September detoniert das erste Mal seit den 60er-Jahren wieder eine Bombe unter Mururoa. Das Meer schäumt, die Erde bebt.

OFFENE RECHNUNGEN

„Milliardengrab Aufschwung Ost“ titelt Der Spiegel im Juli. Die Einheits euphorie ist endgültig verflogen, die Debatte geht jetzt richtig los: Die Westdeutschen fühlen sich finanziell übervorteilt, die Ostdeutschen verkauft und verraten. Ende 1994 war die Treuhand aufgelöst worden. Die Behörde hat tausende von DDR-Betrieben privatisiert oder abgewickelt – und von 3,5 Millionen Arbeitsplätzen nicht mal die Hälfte gerettet. Zwei Millionen Arbeitsplätze wurden vernichtet. Von den Erlösen aus dem „Volksvermögen“ der DDR blieb den Ostdeutschen so gut wie nichts. Insgesamt machte die Treuhand 204 Milliarden D-Mark Verlust. Die einen lasten das der maroden DDR-Wirtschaft an, die anderen unterstellen der Behörde mangelnden Einsatz. Ein unabhängiges Fazit der Forschung fehlt bislang: Die Treuhandunterlagen sind bis 2020 unter Verschluss. Die Grünen im Bundestag fordern seit Langem eine Aufarbeitung der Treuhandarbeit.

WEM GEHÖRT DER BAUCH?

Kaum ein Thema polarisiert Gesellschaft und Politik stärker als der Paragraf 218. Die deutsche Einheit hatte eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts ermöglicht. In der DDR konnten Frauen innerhalb von zwölf Wochen eigenverantwortlich über den Abbruch ihrer Schwangerschaft entscheiden. Im Westen stand das unter Strafe. Ein Kompromiss, den das Parlament 1992 erzielt hatte, wurde vom Bundesverfassungsgericht 1993 verworfen. Zwei Jahre später einigt sich der Bundestag darauf, dass Abtreibung eine Straftat bleibt, Frauen aber nicht bestraft werden, wenn sie sich in den ersten zwölf Wochen staatlich beraten lassen. Zudem müssen Frauen begründen, warum sie ihr Kind nicht austragen möchten. Grüne kritisieren die „Indikationsregel“.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Tausende Polizist*innen sichern einen Zug. Der Castor-Transport, der im Vorjahr noch gestoppt werden konnte, rollt trotz massiver Proteste im Zwischenlager von Gorleben ein.

Da waren es schon 15: Zum ersten Januar treten Finnland, Schweden und Österreich der Europäischen Gemeinschaft bei. Nach außen wird Europa immer mehr abgeschottet, nach innen wird Europa immer offener: Im März wird Schengen Realität, die Grenzen zwischen sieben Staaten fallen.

Anschlag auf den Frieden: Im November wird der israelische Ministerpräsident Yitzhak Rabin von einem rechtsradikalen orthodoxen Juden ermordet. „Wann immer sich Rassismus und Antisemitismus unkontrolliert entwickeln, ist die Tragödie nicht nur eine jüdische. Es ist eine Tragödie für jedermann, wo immer sie geschieht“, sagte Rabin einst. Das Attentat hat verheerende Auswirkungen auf den Friedensprozess.

Süddeutsche Zeitung (2019) über das Dorf Schengen

„Schengen [ist] fast schon eine Pilgerstätte. Für den Traum eines Europas ohne Grenzen, Inbegriff der europäischen Ideale von Freiheit und einem zusammengewachsenen Kontinent.“



1996

Zweistellig in der Fläche

Die bündnisgrünen Erfolge gehen weiter. Schon 1995 zieht die Partei in Nordrhein-Westfalen mit 10 Prozent in den Landtag ein und bildet eine Koalition mit der SPD. Ein Jahr später holen die Grünen in Baden-Württemberg 12,1 Prozent – das beste Ergebnis bislang in einem Flächenstaat. In Regierungsverantwortung kommen sie in Schleswig-Holstein (8,1 Prozent), wo zum ersten Mal der Sprung über die Fünfprozenthürde gelingt. Auch hier gibt es eine rot-grüne Koalition.

Heinrich Böll verpflichtet

Die Partei beschließt, drei bereits bestehende Einzelstiftungen zu einer grünen politischen Stiftung in Berlin zusammenzuführen, die am 1. Juli 1997 ihre Arbeit aufnimmt. Ihr Namensgeber wird Heinrich Böll (1917–1985). Der Literaturnobelpreisträger steht für die Verteidigung der Freiheit, für Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur. Dieser Haltung fühlt sich die Heinrich-Böll-Stiftung verpflichtet. Heute steht sie unabhängig und eigenverantwortlich für grüne Ideen und Projekte im In- und Ausland. Sie leistet politische Bildungsarbeit, fördert begabte und engagierte Studierende, ist eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk.

Stephen Dorrell, britischer Gesundheitsminister

„Es lässt sich nicht mehr ausschließen, dass der Rinderwahnsinn auch Menschen befallen kann.“



Die Männer-Nationalmannschaft wird 1996 zum dritten Mal Fußball-europameister – durch ein „Golden Goal“ von Oliver Bierhoff. Noch erfolgreicher sind die Fußballfrauen. Zwischen 1995 und 2013 gewinnen sie sechs Europameisterschaften in Folge. Rekordnationalspielerin Birgit Prinz (rechts unten) jubelt 1997 über ihren Siegtreffer im EM-Finale gegen Italien. Wenig erfreulich sind hingegen die Sparpläne der Regierung, gegen die hunderttausende Menschen 1996 demonstrieren (unten). Auch ein Klon im Schafspelz sorgt für Aufregung: Dolly ist das erste Säugetier, das in einem Labor gezüchtet und von einer Schafsliehmutter (im schottischen Edinburgh) geboren wird (rechts oben).



SCHMALHANS IST KÜCHENMEISTER

Sparpaket ist das Wort des Jahres. Das Loch im Haushalt ist groß – und die Bundesregierung will es mit eingesparten Sozialleistungen stopfen. Währenddessen steigt die Zahl der Arbeitslosen weiter. Im Januar hatten sich die Bundesregierung, die Gewerkschaften und die Wirtschaft auf ein „Bündnis für Arbeit“ geeinigt, das im März schon wieder Geschichte ist. Die Nerven liegen blank. Im Juni protestieren 350.000 Menschen in Berlin gegen die Sparpläne der Bundesregierung.

WENN RINDER WAHNSINNICHER WERDEN

Wenn Rinder zucken, torkeln und die Augen verdrehen, ist das unheimlich genug. Aber im März muss die britische Regierung zugeben, dass zwischen der Rinderseuche BSE und der menschlichen Variante, der Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung, ein Zusammenhang bestehen könnte. Die EU verhängt daraufhin ein Exportverbot für britisches Rindfleisch. Tiermehl wird als Futter für Wiederkäuer verboten. Es war der Auslöser der Seuche, wegen der in dem Jahr allein über vier Millionen Rinder in Großbritannien notgeschlachtet werden. Die Krise dauert an. Noch 2001 treten in Deutschland zwei Minister zurück, weil zehn Rinder an BSE erkrankt sind.



Birgit Prinz, mehrfache Weltfußballerin, über Vorurteile

„Wir brauchen nicht, dass jeder uns toll findet.“



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Daniel Goldhagen stößt mit seinem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ eine breite Debatte über den Holocaust an. „Sie nehmen an, dass es zum Widerstand den Willen, aber keinen Weg gab“, sagt er. „Ich aber belege, dass es nicht einmal einen weitverbreiteten Willen zum Protest gab.“

Begleitet von einer gigantischen Werbekampagne geht die Deutsche Telekom am 18. November in Deutschland und den USA an die Börse. Es ist die größte Aktienaussage in der europäischen Wirtschaftsgeschichte. Groß ist die Euphorie, später auch die Ernüchterung. Die „Volksaktie“ hält nicht, was sie verspricht. Der Kurs bricht mit dem Platzen der Internetblase im Jahr 2000 rapide ein.

Schweiß und Feuer: Der US-amerikanische Kultregisseur David Lynch wählt zwei Songs der ostdeutschen Band Rammstein für seinen Kinofilm „Lost Highway“ aus. Mit ihrer selten martialischen Ästhetik, den knallharten Riffs und kontroversen Texten wird sie in den Folgejahren die wichtigste deutsche Rockband. Bis heute ist Rammstein einzigartig in der Musikszene hierzulande.

Ein Bauer im Wendland zu den Polizeieinsätzen gegen die Castorgegner*innen (Die Zeit)

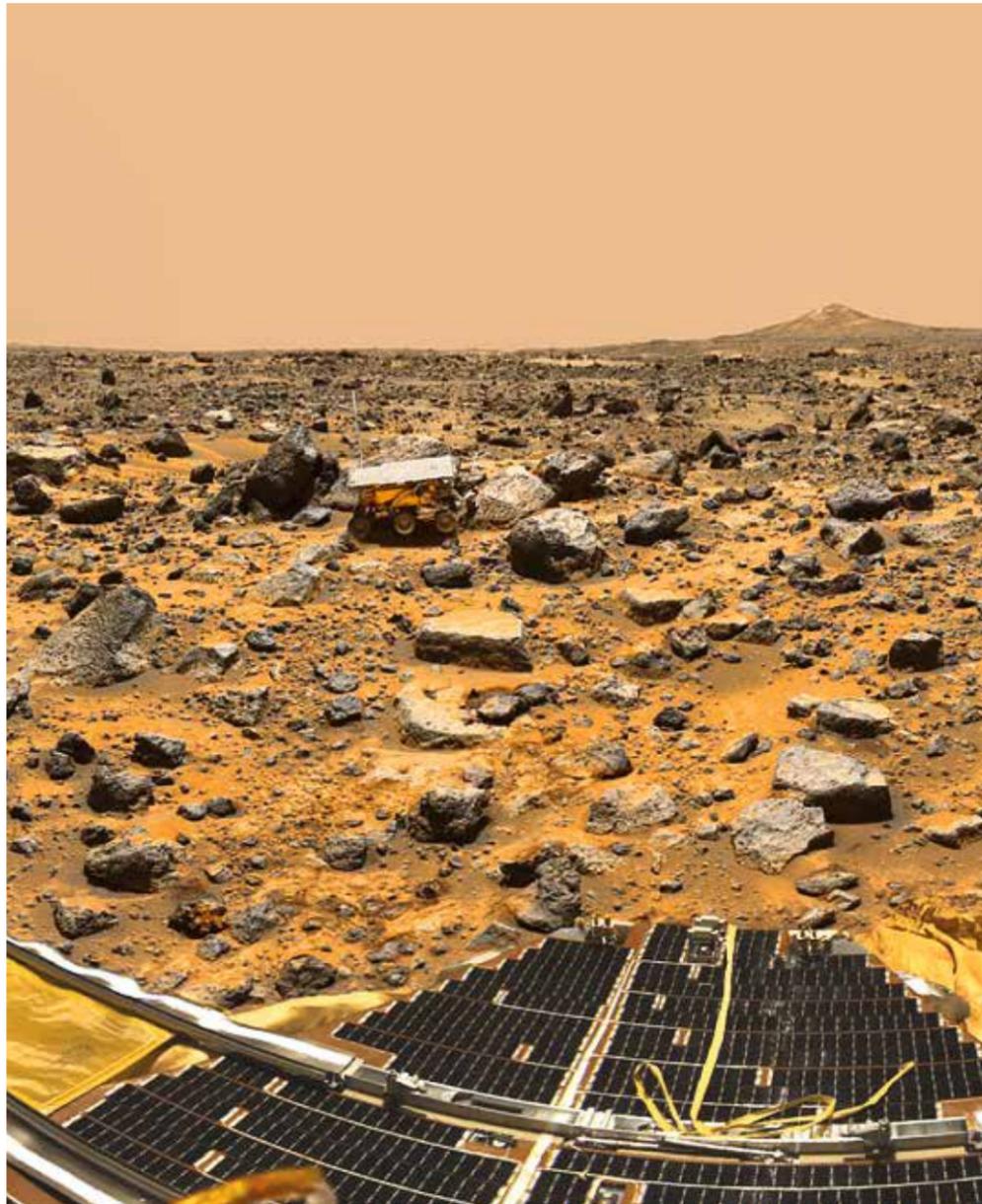
„So kriegen die unseren Widerstand nicht kaputt.“

Noch ein Erfolg

Die Grünen gewinnen weiter. Nach den Wahlen in Hamburg, wo die Partei einen Spitzenwert von 13,9 Prozent erreicht, kommt es im November zur Bildung der fünften rot-grünen Landesregierung.

Partei der Vielfalt

Als Cem Özdemir 1994 als erster Abgeordneter mit türkischen Wurzeln in den Bundestag gewählt wird, ist das eine Sensation. Parlamentskolleg*innen hören nicht auf, ihn nach seiner Identität zu fragen, also schreibt er seine Geschichte 1997 auf: „Ich bin Inländer. Ein anatolischer Schwabe im Bundestag.“ Die Grünen haben in die erste Reihe der Politik Vielfalt gebracht. In keiner anderen Partei gibt es mehr Frauen und mehr Menschen mit unterschiedlichen Biografien und Geschichten. Auch der erste Mensch im Rollstuhl, Christian Schmidt, der 1985 im Bundestag eine Rede hält, war ein Grüner. Gemeinsam kämpfen sie für eine offene Gesellschaft. 25 Jahre nach dem Einzug des ersten türkischstämmigen Abgeordneten in den Bundestag wird der Grüne Belit Onay Oberbürgermeister von Hannover. Ein Gastarbeiterkind an der Spitze einer Großstadt, das ist 2019 auch dank der Grünen neue Normalität.



Der Spiegel

„56 Millionen Mal wurde die Homepage der Pathfinder-Mission im ersten Monat abgefragt.“

DIE GROSSE ODERFLUT

Es ist keine Jahrhundert-, sondern eine Jahrtausendflut. Mitte Juli tritt die Oder über die Ufer. Ein Deich nach dem anderen weicht auf und bricht. Die Bundeswehr eilt zu Hilfe – wie zuletzt 1962 bei der Sturmflut in Hamburg. Noch schlimmer betroffen als Dörfer, Städte und Menschen in Ostdeutschland sind die Menschen in Polen und Tschechien. Expert*innen warnen, dass Extremwetterereignisse durch die drohende Klimakatastrophe wahrscheinlicher werden. Der Handlungsdruck auf die Politik steigt: Auf dem Klimagipfel in Kyoto im Dezember werden nach zähem Ringen erstmals völkerrechtlich bindende Ziele vereinbart, um den CO₂-Ausstoß in den Industrieländern zu reduzieren.

NICHTS GEHT MEHR

Reformstau ist das Wort des Jahres. Zu Recht, denn die Luft ist raus aus der Regierung Kohl. Drängende Probleme wie die maroden Staatsfinanzen, eine lahmen Konjunktur und hohe Arbeitslosigkeit treffen auf die politische Ideen- und Antriebslosigkeit der schwarz-gelben Koalitionäre. Die Steuerreform, als „Jahrhundertwerk“ geplant, scheitert am Veto der SPD im Bundesrat. Bei der dringend nötigen Rentenreform kann man sich gerade noch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner – die Senkung des Rentenniveaus – einigen. Die Ankündigung des Kanzlers, die Arbeitslosigkeit halbieren zu wollen, erntet Spott. „Eher werden Sie sich halbieren als die Arbeitslosigkeit“, sagt Joschka Fischer.

DER KRIEG, DER KEINEN LOSLÄSST

Wieder einmal verhandeln die Deutschen ihre Vergangenheit. Anlass ist die Ausstellung über die Kriegsverbrechen der Wehrmacht während des Dritten Reichs. Ein Tabu, denn viele wollen glauben, die Wehrmacht sei „sauber“ geblieben. Als die Ausstellung in München Station macht, kommt es zum Eklat: Lautstarke Proteste bei der Eröffnung, die CSU-Fraktion boykottiert die Veranstaltung, der CSU-Landtagsabgeordnete Peter Gauweiler wendet sich in einer Postwurfung an 300.000 Münchener Haushalte, in der er die Ausstellungsmacher scharf kritisiert. Im Bundestag kommt es zu einer Aussprache, die als Sternstunde des Parlamentarismus gilt. Abgeordnete berichten von ihren eigenen Erfahrungen als Wehrmachtsoldaten oder von Erfahrungen ihrer nächsten Angehörigen. „Ich glaube, das Beste, das uns passieren könnte“, sagt die Grünen-Abgeordnete Christa

Nickels, „wäre, wenn wir ein Klima in Deutschland bekämen, in dem die Väter und Mütter und ihre Kinder – ich bin ein Nachkriegskind und mittlerweile 45 Jahre alt – endlich einmal in aller Ruhe miteinander darüber reden könnten, was mit ihnen passiert ist.“

Live dabei: Der Rover „Sojourner“ rollt als erstes Fahrzeug über den Mars und liefert für die Pathfinder-Mission der NASA Aufnahmen des Planeten (links oben), die damals im noch relativ neuen World Wide Web veröffentlicht werden. Millionen Menschen informieren sich online über alle Details der Mission. Ähnlich viele verfolgen die Berichterstattung über die Oderflut (unten). 1997 wissen wir zwar, wie es auf dem Mars aussieht, wir sind aber noch Lichtjahre davon entfernt, dass gilt, wofür die Grünen kämpfen: „Gleiche Rechte für alle“ (rechts).



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Krieg, Besatzung, Vertreibung – das Verhältnis zwischen Deutschland und Tschechien ist belastet. Am 21. Januar unterzeichnen Kanzler Kohl und Staatspräsident Václav Havel in Prag den deutsch-tschechischen Versöhnungsvertrag. „Die Vergangenheit darf nicht länger die gemeinsame Gegenwart und Zukunft belasten“, erklärt Tomáš Jelínek, Direktor des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds (Deutschlandfunk). Die bilateralen Beziehungen beginnen sich zu entspannen.

„Zum Mitschreiben: Die Rente ist sicher“ – Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wiederholt seinen berühmten Satz aus dem Wahlkampf 1986 im Bundestag. Es ist der 10. Oktober 1997, im Parlament wird heftig über die umstrittene Rentenreform von Schwarz-Gelb diskutiert. „Die bloße Absenkung des Rentenniveaus, ohne gleichzeitig die Spielregeln für die Rentenberechnung zu ändern“, prophezeit damals die Grüne Andrea Fischer, „wird viele Menschen in die Altersarmut treiben.“ Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die meisten Bürger*innen im Ruhestand nicht ausreichend finanziell abgesichert sein, sofern sie nicht selbst mehr für ihre Altersvorsorge tun. Am stärksten betroffen sind Frauen.



Ein Blick in die Zukunft: Der Schachweltmeister Garri Kasparow verliert gegen den Schachcomputer „Deep Blue“ (links). Für viele geht nicht nur das Turnier, sondern gleich die „Ehre der Menschen“ verloren. Künstliche Intelligenz wird im 21. Jahrhundert zur Schlüsseltechnologie. Ein Blick in die Vergangenheit: Die Wehrmachtsausstellung bewegt unzählige Menschen und löst eine wichtige Debatte aus (unten).



Grüne Erfolge an der Macht
Nach 16 Jahren Helmut Kohl startet Rot-Grün 1998 als sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt. In der Regierung zeigen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wie aus visionären Ideen erfolgreiche Reformgesetze werden: Deutschland beginnt aus der Atomenergie auszusteigen – 2003 wird das erste AKW abgeschaltet. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz legt den Grundstein für ein grünes Wirtschaftswunder. Ein neues Staatsbürgerschaftsrecht, die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare und das erste Einwanderungsgesetz machen Deutschland offener nach innen und außen. Verbraucherschutz, Tierschutz und Ökolandbau haben plötzlich eine Lobby. Trotz Fehlern und Enttäuschungen: Die Grünen prägen von 1998 bis 2005 deutlicher die Regierungspolitik als je zuvor ein Juniorpartner in einer Koalition.



Rot-Grün an der Macht: Kanzler Gerhard Schröder (oben) und Außenminister Joschka Fischer, hier bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags am 20. Oktober, sind das Gesicht einer Regierung, die sich in Inhalt und Stil von ihren Vorgängern deutlich abhebt. Gemeinsam lösen beide Parteien den Reformstau auf.

LAND IN WECHSELSTIMMUNG

Die Menschen haben genug von 16 Jahren schwarz-gelber Politik. Die Protestgeneration des Jahres 1968 schickt sich an, hohe Staatsämter zu erreichen. „Handelt es sich dabei um einen ganz normalen Generationswechsel an der Spitze des Staates – oder um die verspätete Rache der 68er für die Demütigung durch die schier endlose Ära Kohl?“, fragt Der Spiegel schon im März. Wahrscheinlich beides. Mit der Bundestagswahl am 27. September gelingt es erstmals in der Geschichte der BRD, einen amtierenden Regierungschef aus der Oppo-

sition heraus abzulösen. Die Regierungswahl davor waren beide durch (Koalitions-)Partnerwechsel der FDP herbeigeführt worden. Noch am Wahlabend trifft sich die SPD-Führung mit der Spitze der Grünen. In einer Rekordzeit steht der rot-grüne Koalitionsvertrag.

RAGE AGAINST ABSCHIEBUNG

Deutschland ist ein Einwanderungsland, will aber keines sein. Die schon seit geraumer Zeit schwelende Debatte entzündet sich erneut an dem 14-jährigen

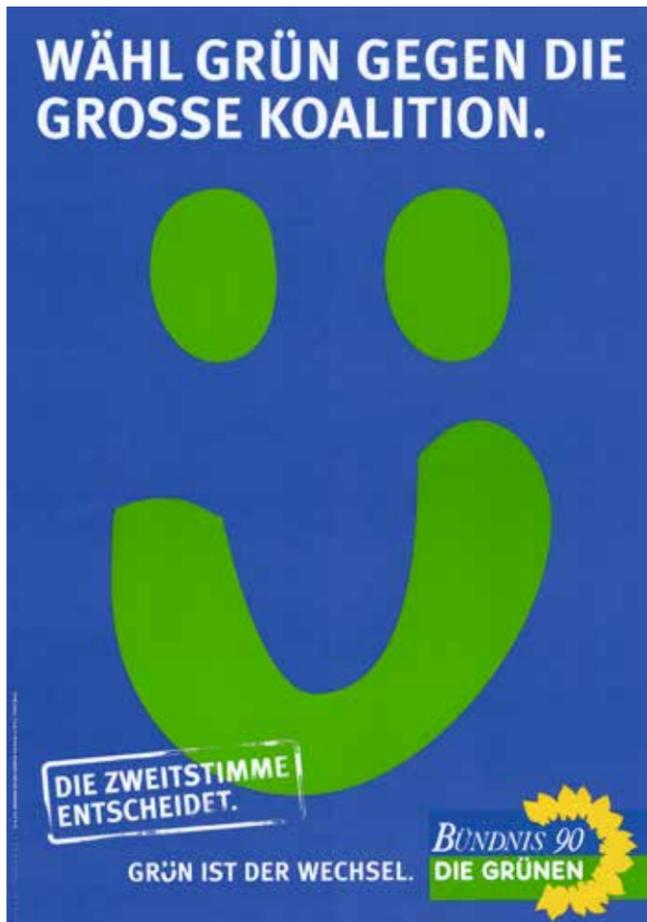
„Mehmet“ aus München-Neuperlach. Der türkischstämmige Junge hat mehr als 60 Straftaten begangen – darunter Raub, Körperverletzung und Erpressung. Nach intensiven, aber letztlich gescheiterten Bemühungen des Jugendamts wird der Jugendliche im November ohne seine Eltern in die Türkei abgeschoben. Ein Land, das er kaum kennt. Der schwierige Fall ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Migration und Kriminalität für ihre politischen Zwecke in Zusammenhang bringen. Auch deshalb sind die Reaktionen so heftig: Während progressive politische Kräfte die Reaktion des Staates für skandalös halten und kritisieren, dass an „Mehmet“ ein Exempel statuiert werde, bejubelt das rechte Lager die Abschiebung des kriminellen Jugendlichen als notwendigen Präzedenzfall.

GANZ OHR: DER GROSSE LAUSCHANGRIFF

My home is my castle? Viele Menschen fürchten zu Recht um ihr Grundrecht auf Privatsphäre, als der Bundestag im Januar den Grundstein für die „akustische Wohnraumüberwachung“ zum Zweck der Strafverfolgung legt. Dafür muss Artikel 13 des Grundgesetzes geändert werden, wonach die Wohnung eigentlich „unverletzlich“ ist. Die Grünen stimmen im Januar 1998 im Bundestag gegen das Gesetz. Es landet beim Bundesverfassungsgericht, das viele Bestimmungen tatsächlich für nicht verfassungskonform hält. Die Karlsruher Richter, hält der damalige grüne parlamentarische Geschäftsführer Volker Beck fest, haben die von der CDU/CSU und der Mehrheit der Abgeordneten von SPD und FDP beschlossenen Vorschriften „geradezu zertrümmert“ und die Bedenken der Grünen in vollem Umfang bestätigt. 2005, noch in der rot-grünen Regierungszeit, beschließt der Bundestag ein Gesetz zur Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils.



Die Grünen gehen mit einer klaren Wechselbotschaft in die Bundestagswahl (unten). Unübersehbar bringt sich die Partei auch gegen den Lauschangriff in Stellung. Hans-Christian Ströbele (oben) ist stets ganz Ohr, wenn Bürgerrechte in Gefahr sind.



Auszug aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Großen Lauschangriff (2005)

„Dem Einzelnen soll das Recht, in Ruhe gelassen zu werden, gerade in seinen privaten Wohnräumen gesichert sein.“

Grüne Zerreißproben

Bosnien, Kosovo, Afghanistan. Drei Auslandseinsätze der Bundeswehr zwingen die Bündnisgrünen zu heftigen Debatten über Frieden, Gewaltfreiheit und Menschenrechte. Spätestens seit dem Massaker von Srebrenica 1995 diskutiert die Partei immer wieder, ob und wann militärische Gewalt legitim und verantwortbar sein kann, um die Zivilbevölkerung vor Massengewalt zu schützen und schwerste Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. In der Regierung müssen die Grünen sich dann zweimal entscheiden. 1999 beim Kosovo-Krieg, 2001 – nach den Anschlägen von 9/11 – beim Militäreinsatz gegen Al-Qaida und die Taliban. Beide Male ringen die Grünen auf Sonderparteitagen erbittert um eine Position. Beide Male überzeugen die Befürworter der Militäreinsätze – darunter auch Außenminister Joschka Fischer – die Mehrheit in der Partei.

Die Grünen kosten diese Entscheidungen etliche Mitglieder. Doch selbst Kritiker*innen erkennen an: Grüne debattieren stellvertretend immer wieder die Frage zwischen Gewaltfreiheit und Menschenrechten.

Doppelt bitter

In Bremen (9 Prozent), in Berlin (9,9 Prozent) und bei der Europawahl (6,4 Prozent) sind die Grünen erfolgreich. Die hessischen Grünen holen 7,2 Prozent, die rot-grüne Landesregierung hat aber keine Mehrheit mehr. Die CDU in Hessen gewinnt die bereits verloren geglaubte Wahl mit einer Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Einen Entwurf dazu hatte zuvor die rot-grüne Bundesregierung eingebracht. Damit verliert Rot-Grün auch die Mehrheit im Bundesrat.



Am 22. Januar wird in Berlin das Jüdische Museum eröffnet (unten links). Der Grundriss des Libeskind-Baus erinnert an einen geborstenen Davidstern. Es will ein Forum für Diskussionen sein, auch über ein geeintes Europa (oben). In den letzten Monaten des alten Jahrtausends kommt „Matrix“ in die Kinos: der Kultfilm über eine Zukunft, in der Maschinen die Menschheit versklaven (unten).



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Wie schreibt man richtig? Eigentlich sollte die Rechtschreibreform alles einfacher machen und die Zahl der Regeln deutlich verkleinern. Doch darüber bricht ein Sturm der Entrüstung los. 84 Prozent der Deutschen lehnen die Reform ab. Es hilft alles nichts, im August treten die neuen, deutlich reduzierten Regeln in Kraft.

Guter Tag für Nordirland: Am 10. April unterzeichnen Vertreter*innen der britischen und irischen Regierung sowie der Parteien in Nordirland das sogenannte „Good Friday Agreement“. Darin ist neben dem Verzicht auf Gewalt auch die Bildung eines nordirischen Parlamentes festgelegt. Das Karfreitagsabkommen wird durch zwei Referenden in Nordirland und Irland im Mai 1998 bestätigt. Die Grenze zwischen beiden Ländern ist seitdem unsichtbar, es herrscht ein fragiler Friede zwischen Protestant*innen und Katholik*innen. Das wird, Jahre später, eine wichtige Rolle beim Brexit spielen.

Das neue Normal: Nach Fluten, Dürre und Bränden fegt im November Hurrikan „Mitch“ über Mittelamerika. Er kostet tausende Menschen das Leben und gilt als tödlichster Hurrikan seit 1780.

BOMBEN AUF BELGRAD

Zum ersten Mal seit 1945 nimmt Deutschland an einem Kriegeinsatz teil. Am 24. März beginnt die Nato – ohne UN-Mandat –, serbische Ziele zu bombardieren. Es sollen weitere „ethnische Säuberungen“ im überwiegend von Albanern bewohnten Kosovo verhindert werden. Deutsche Tornados haben die Aufgabe, serbische Radarstationen auszuschalten. Bei den Nato-Angriffen werden auch Krankenhäuser, Fernsehstationen und die chinesische Botschaft getroffen. Heftig diskutiert die Öffentlichkeit, ob das Eingreifen des Westens rechtmäßig war.

Als der jugoslawische Präsident Slobodan Milošević nach 78 Tagen einlenkt und seine Truppen aus dem Kosovo zurückzieht, hat der Krieg zahlreiche Opfer gekostet und die serbische Bevölkerung zusammengeschweißt. Das Internationale Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag stellt Milošević als erstes Staatsoberhaupt noch während seiner Amtsausübung wegen Kriegsverbrechen unter Anklage.

Im Juni schickt der UN-Sicherheitsrat 50.000 Nato-Soldaten zur Sicherung der Ordnung in den Kosovo. Unter diesen KFOR-Truppen sind auch 5.000 deutsche Soldaten. Für die Bundeswehr stellt die Entsendung von Bodentruppen in den Kosovo den größten und gefährlichsten Einsatz ihrer bisherigen Geschichte dar. Eine Zäsur, die besonders bei den Grünen heftig debattiert wird.

WECHSEL IM KABINETT

Eine Neuorientierung der rot-grünen Regierung steht an, als SPD-Finanzminister Oskar Lafontaine verärgert das Handtuch wirft und auch als Parteichef zurücktritt. Der neue Finanzminister Hans Eichel läutet seine Steuerreform mit zahlreichen Sparmaßnahmen ein. Seine Forderung an die Bürger*innen, „das Anspruchsdenken zurückzuschrauben“, bringt ihm den Spitznamen „Sparkommissar“ ein. Gleichzeitig macht sich Gerhard Schröder mit Modefotos unbeliebt und muss sich fortan mit dem Label „Kaschmir- und Cohiba-Kanzler“ herumärgern.



Auf der grünen BDK in Bielefeld trifft ein Farbbeutel Außenminister Joschka Fischer (links). Die Entscheidung für den Militäreinsatz zerreißt fast die Partei. Vor Krieg und Verwüstung fliehen Frauen und Kinder aus dem Kosovo (oben).

Joschka Fischer, grüner Außenminister

„Ich war bei Milošević, ich hab mit ihm zweieinhalb Stunden diskutiert, ich habe ihn angefleht, drauf zu verzichten, dass die Gewalt eingesetzt wird im Kosovo. Es ist jetzt Krieg, ja, und ich hätte mir nie träumen lassen, dass Rot-Grün mit im Krieg ist. Aber dieser Krieg geht nicht erst seit 51 Tagen, sondern seit 1992.“

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Im Januar startet das „100.000-Dächer-Programm“. Es ist das weltweit größte Förderprogramm für Solarstromerzeugung. Bereits Ende des Jahres 2000 sind in Deutschland 8.000 Solarstromanlagen installiert.

Am 15. März, nach einem vernichtenden Bericht unabhängiger Expert*innen, tritt die Europäische Kommission geschlossen zurück. Ihr wird Betrug vorgeworfen, das Parlament hatte mit einem Misstrauensvotum gedroht. Aus der Krise geht das Europaparla-

ment gestärkt hervor; es wird ihm auch in den Folgejahren gelingen, seine Macht weiter auszubauen.

Im Sommer 1999 staunen viele Menschen über eine totale Sonnenfinsternis. Der Mond schiebt sich am 11. August zwischen Sonne und Erde und wirft einen Schatten auf unseren Heimatplaneten: Der Tag wird für einige Minuten zur Nacht.

Angeheizt von Katastrophen wie dem Lawinenglück von Galtür, dem Brand im Montblanc-Tunnel und der Massenkarambolage im Tauern-

Tunnel sehen manche Menschen den Weltuntergang nahen. Andere prophezeien einen globalen Computer-Gau an Silvester und zittern vor dem „Y2K-Bug“. Lebensmittel werden gehortet, Unsummen für die Überprüfung von Computeranlagen ausgegeben. Die Katastrophe bleibt dann doch aus.

2000

20 Jahre Grüne: alles neu

Der grüne Start in der Koalition gestaltet sich nicht einfach. Die Erwartungen sind so immens wie die Anforderungen, die der Wechsel von der Opposition in die Regierung mit sich bringt. In den Medien wird anfänglich die „mangelnde Koordination in der Regierungsarbeit“ kritisiert. Die Grünen verlieren an Zustimmung bei den Wähler*innen. Der Verlust der Mehrheit im Bundesrat ab 1999 macht das Regieren nicht leichter: Rot-Grün muss Kompromisse mit der Opposition eingehen. Schon unken Medien, die Grünen könnten in der Regierung verwelken. Doch die Partei stellt sich auf die neue Rolle ein und setzt deutliche Akzente – sogar in Politikfeldern, in denen sie keine Minister*innen stellen. So wird zum Beispiel die Finanz- und Steuerpolitik auf mehr Nachhaltigkeit getrimmt.

Ökosteuerreform

Die Bild-Zeitung fährt eine „Benzin-Wut“-Kampagne gegen die Ökosteuer, deren zweite Stufe im Jahr 2000 in Kraft tritt. Die Steuern auf Benzin, Strom und Gas werden in fünf Stufen moderat erhöht und mit den Einnahmen werden die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt. Die Kampagne läuft allmählich leer, der ökologische Gedanke verankert sich im deutschen Steuersystem. Erstmals werden in den Energiepreisen Umweltkosten berücksichtigt. Am Ende schafft die Ökosteuerreform eine Viertelmillion Arbeitsplätze und spart 20 Millionen Tonnen CO₂, errechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

Rot-Grün im Land

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein erreichen die Grünen 6,2 Prozent der Stimmen. Die rot-grüne Koalition wird fortgesetzt. Gleiches gilt für Nordrhein-Westfalen (7,1 Prozent).



SPÄTE ENTSCHÄDIGUNG

Auf Initiative der grünen Bundestagsfraktion und anderer Gruppen wird nach langwierigen Verhandlungen endlich die Entschädigung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen (oben) besiegelt. Regierung und Wirtschaft verständigen sich darauf, in eine Stiftung 10,1 Milliarden D-Mark einzuzahlen. Diese sollen den rund 1,7 Millionen Überlebenden zugutekommen. Rechtlich handelt es sich nicht um eine Entschädigung. Es ist eine Geste, mit der sich die Bundesregierung zu ihrer moralischen Verantwortung bekennt und Wiedergutmachungspolitik betreibt.



Kommentar im Tagesspiegel, 8. September

„Rot-Grün tut auch diesmal gut daran, bei der Ökosteuer konsequent zu bleiben. Der Sprit ist hier zu Lande, im europäischen Vergleich, noch immer eher billig. Und: Dass Benzin sparende Autos hergestellt und gekauft werden, erreicht man nicht durch gutes Zureden und Warnungen vor dem Klimakollaps, sondern durch Druck auf den Geldbeutel.“



Die Welt dreht sich ums Geld, der Aktienhype erfasst weite Teile der Gesellschaft. Im April geht die Deutsche Telekom mit T-Online an die Börse (oben das Frankfurter Parkett). Ökonomische Superlative sind an der Tagesordnung. In der größten Fusion der deutschen Industriegeschichte werden Veba AG und Viag AG zu E.ON. Die Mannesmann AG wird von Vodafone für unglaubliche 370 Milliarden D-Mark übernommen. Moderat ist hingegen der Anstieg der Benzinpreise im Zuge der Ökosteuer (links unten).

SCHWARZE KASSEN

Die Parteipendenaftäre um Ex-Kanzler Kohl weitet sich dramatisch aus. Zahlreiche hochrangige Mitglieder der CDU, unter ihnen der Bundesvorsitzende Wolfgang Schäuble, sind in die Machenschaften verwickelt. Immer deutlicher tritt zutage, dass die Partei jahrelang ein System geheimer Kassen betrieben hat. Im Mittelpunkt der Ermittlungen steht der Waffenlobbyist Karlheinz Schreiber, der über Tarnkonten und Briefkastenfirmen Gelder in Millionenhöhe an Entscheidungsträger verteilte. Es kommt zu Verhaftungen, Anhörungen, Rücktritten. Wegen der Affäre, einer der größten in der Bundesgeschichte, verlieren viele Bürger*innen massiv Vertrauen – nicht nur in die CDU, sondern ins ganze Parteiensystem.

ZEHN JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

Der Einheitsprozess hat Fortschritte gemacht. Das Wohlstandsniveau im Osten ist gestiegen. Noch aber ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern doppelt so hoch wie in den alten. Die Mehrheit der Menschen im Osten fühlt sich als Bürger*innen zweiter Klasse. Das liegt auch daran, dass die von Westdeutschen dominierten Leitmedien über den Osten ausschließlich entlang ihrer Identitätsbedürfnisse berichten, schreibt der Sozialwissenschaftler Thomas Ahbe. Der finanzielle Beitrag, den die Ostdeutschen über Steuern, Sozialausgaben und Solidaritätszuschläge leisten, verblasst neben dem oft gezeichneten Bild der westdeutschen „Zahlmeister“. Dass auch die Firmen im Westen vom Aufbau Ost profitieren, ist nicht so häufig

Thema. Die rassistischen Töne sind im Osten deutlich lauter als im Westen (Shell-Studie 2000). Obwohl in den neuen Ländern der Anteil der Nichtdeutschen nur bei 2,2 Prozent liegt (Westen 10,4 Prozent), finden mehr als zwei Drittel der Jugendlichen, das sei schon viel zu viel.

2000

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Dem CDU-Skandal folgt der Versuch einer Erneuerung: Im April wird Angela Merkel zur neuen Vorsitzenden der CDU gewählt. Weiblich, ostdeutsch, unter 50. Die Ära Merkel hat begonnen.

UMTS: Hinter diesem Kürzel versteckt sich der Mobilfunkstandard, der das Internet aufs Handy bringen soll. Im Hype der Nullerjahre lassen sich Unternehmen dazu hinreißen, die sechs UMTS-Lizenzen für fast 100 Milliarden D-Mark zu ersteigern. Der Bund freut sich und nutzt die „unerwarteten Mehreinnahmen zur Tilgung von Staatsschulden“.

Die Green Card wird am 1. August eingeführt. Fortan dürfen ausländische IT-Expert*innen ins Land geholt werden. Das Ende der Abschottungspolitik hier, dumpfer Rassismus dort: In Düsseldorf zünden Rechtsextreme am 27. Juli eine Handgranate am S-Bahnhof Wehrhahn. Zehn Menschen, die meisten jüdischen Glaubens, werden teilweise schwer verletzt. Rassistische Übergriffe häufen sich auch im Osten Deutschlands.

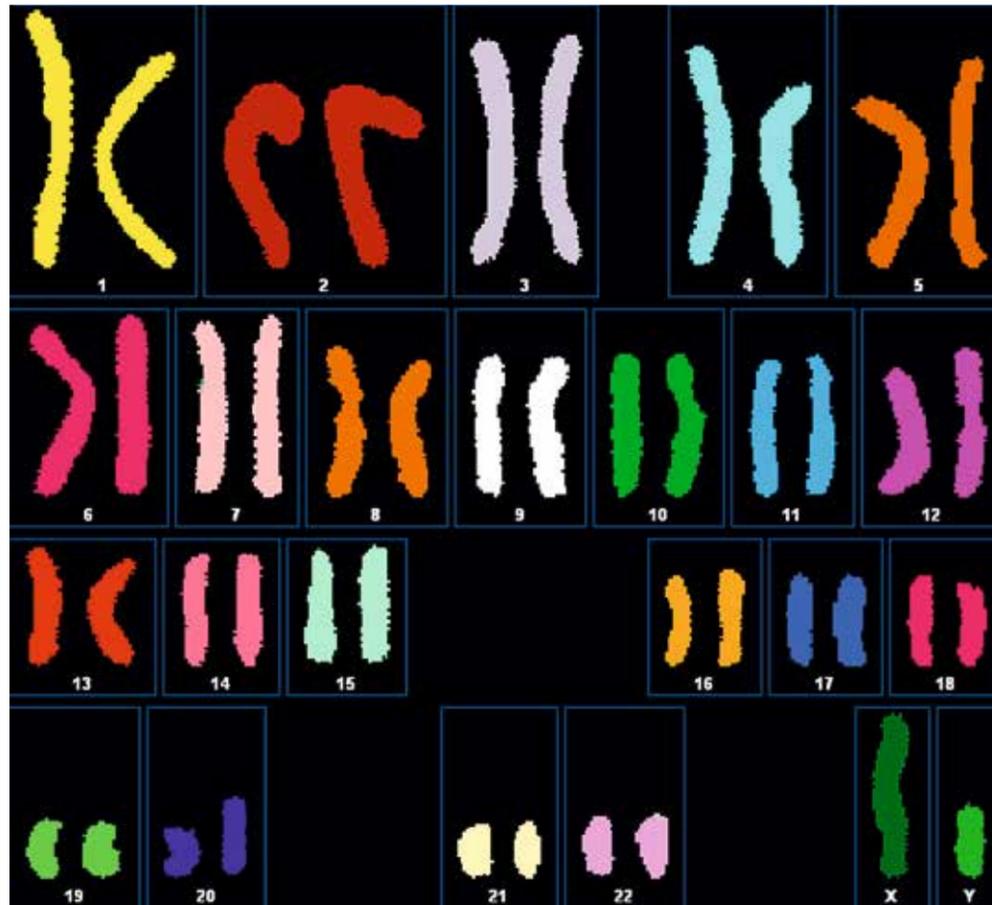
Zum bislang einzigen Mal kommt die Weltausstellung nach Deutschland. 55 Nationen und 27 internationale Organisationen präsentieren in Hannover ihre Zukunftsvisionen zum Thema „Mensch, Natur und Technik – Eine neue Welt entsteht“. Ökonomisch wird die Expo 2000 ein Flop.

Diese bunten Würmchen sind eine wissenschaftliche Revolution. Im Jahr 2000 gelingt es nach einer Dekade intensiver Forschung, das menschliche Genom zu entschlüsseln: Es besteht aus 23.686 Genen. Die Entdeckung ist die Grundlage für eine personalisierte Medizin, angepasst an die individuellen Bedürfnisse der Patient*innen. „Jetzt lernen wir die Sprache, mit der Gott das Leben erschuf“, schwärmt der damalige US-Präsident Bill Clinton. Heute erschaffen Forscher*innen Wesen aus künstlicher DNA.



PRAGMATISCHE JUGEND

Die digitale Revolution ist in vollem Gange. Am schnellsten erkennen die jungen Menschen, welche Herausforderungen in einer globalisierten, postmodernen Welt auf sie zukommen. Weil viele Start-ups, die um die Jahrtausendwende entstehen, nur auf dem Papier Milliarden wert sind, platzt die Dotcom-Blase an der Börse. Die Wirtschaftslage verschlechtert sich. Insgesamt aber schaut die pragmatische Generation zuversichtlich, wenn auch unpolitisch in die Zukunft. „Von Weltverbesserung ist nichts zu sehen, auch nichts von revolutionären Utopien“ (Shell-Studie 2000). Die Grünen hingegen glauben auch im Jahr 2000 an das vielfältige Potenzial junger Menschen (links).



Frauen lieben Frauen (unten), Männer kümmern sich um Kinder (oben). Was heute breit akzeptiert ist, dafür stellt Rot-Grün 2001 wichtige Weichen. Auch parteiintern gelten für alle gleiche Rechte: „Die Pazifist*innen und die Christ*innen, die Radikalökolog*innen und die Marktwirtschaftler*innen, die Asylpolitiker*innen, die Gentechnikexpert*innen und die Feminist*innen – wir brauchen sie alle [...], streitbar und offen“, sagt Claudia Roth in Rostock. „Denn sie halten uns lebendig, sie schärfen unser Profil, so unterscheiden wir uns von anderen Parteien, so sind wir zukunftsfähig.“



2001

Familien entlasten

Viele Väter wünschen sich mehr Zeit für die Familie. Ein Ziel, das die rot-grüne Bundesregierung fördert. Jede und jeder Arbeitnehmer*in hat ab 2001 das Recht, Teilzeit zu arbeiten. Erziehungsurlaub heißt ab sofort Elternzeit und soll beide Eltern ansprechen. In den ersten drei Jahren können sich Mutter und Vater Familien- und Erwerbstätigkeit teilen. Zudem hebt Rot-Grün die Einkommensgrenze für das Erziehungsgeld deutlich an. Auch die erste Stufe der rot-grünen Steuerreform, die am 1. Januar in Kraft tritt, soll vor allem Familien, Arbeitnehmer*innen und den Mittelstand entlasten.

Coming-out, Coming-in

Für ein paar Jahre wird Deutschland zum Vorreiter in Sachen Gleichstellung. Am 1. August tritt das Gesetz zur Verpartnerung von gleichgeschlechtlichen Paaren in Kraft. Politischer Vater dieser Initiative ist der Grüne Volker Beck. Gegen heftige Widerstände aus Bayern, Sachsen und Thüringen setzt sich die eingetragene Lebenspartnerschaft durch, ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur „Ehe für alle“.

Verbraucher schützen

Erste Fälle der Rinderseuche BSE werden in Deutschland bekannt. Die Bevölkerung ist extrem verunsichert. Anders als in Großbritannien in den 80er-Jahren bleibt die Katastrophe aber aus. Im Zuge der Krise wird ein neues Ministerium für „Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft“ geschaffen, das die Grüne Renate Künast übernimmt. Sie beginnt eine Agrarwende mit dem Ziel einer verbraucher-, umwelt- und tiergerechten Produktion gesunder Lebensmittel und der Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Grün im Land

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erzielen die Grünen 7,7 Prozent bzw. 5,2 Prozent der Stimmen. Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg erzielt die Grün-Alternative Liste 8,5 Prozent.

GROUND ZERO

Am 11. September erschüttert eine Serie von Anschlägen die USA, deren epochale Bedeutung sofort feststeht. 19 Terroristen entführen vier Flugzeuge. Zwei steuern sie in die Zwillingstürme des World Trade Center in New York. Ein weiteres Flugzeug kracht ins Pentagon, ein viertes stürzt ab, weil die Passagiere sich gegen die Entführer zur Wehr setzten. Die Welt hält den Atem an. Viele Menschen sitzen zusammen vor den Bildschirmen und verfolgen die Berichterstattung in Echtzeit. Die schockierenden, fast surrealen Bilder der einstürzenden Twin Towers werden live übertragen. Sie brennen sich in das kollektive Gedächtnis der Menschen ein wie kaum ein anderes Ereignis zuvor. Als Folge von 9/11 entwickeln TV-Sender neue Formate und redaktionelle Abläufe, um bei Krisensituationen in Echtzeit besser reagieren zu können. Die Anschläge führen außerdem erstmals zu einer massiven Nutzung von Online-Medien.

„THIS CHANGES EVERYTHING“

US-Präsident George W. Bush ruft den „War on Terror“ aus, eine Reihe von politischen, militärischen und juristischen Schritten, die eilig beschlossen werden. Sie richten sich nicht nur gegen terroristische Organisationen, sondern gegen Staaten wie Afghanistan, die nach amerikanischer Ansicht Terrornetzwerke unterstützen. „This changes everything“, das ändert alles, wird wie ein Mantra wiederholt. Innenpolitisch muss die Einmaligkeit der Bedrohungslage auch für eine Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten herhalten. „Der Terrorist wird zum Gesetzgeber“, kommentiert Heribert Prantl (SZ).

TRUPPEN FÜR DEN HINDUKUSCH

Im Oktober beginnen die USA und Großbritannien, Kräfte von Al-Qaida und den Taliban in Afghanistan zu bombardieren. Kanzler Schröder sichert Bush die „uneingeschränkte Solidarität“ zu. Die Frage, ob deutsche Soldaten in den Kampf gegen den Terrorismus ziehen sollen, führt zu einer Zerreißprobe für Rot-Grün. Schröder stellt im Bundestag die Vertrauensfrage und gewinnt sie mit knapper Mehrheit. Zuvor diskutieren die Grünen erneut über das Thema Auslandseinsätze. Nicht uneingeschränkt, sondern „kritisch“ muss die Solidarität sein. Eine große Mehrheit der Grünen stimmt auf der BDK in Rostock für eine UN-mandatierte Mission, die nach dem Sturz der Taliban das kriegszerstörte Afghanistan wieder aufbauen soll. Die Herausforderung und die Risiken dieser Aufbauunterstützung werden allerdings massiv unterschätzt. Die friedens- und sicherheitspolitische Kommission der Grünen legt 2008 eine selbstkritische Aufarbeitung der grünen Außenpolitik unter Rot-Grün vor.

Box-Legende
Muhammad Ali im
September 2001

„Wer immer die terroristischen Attacken gegen die USA unterstützt oder dahintersteht, repräsentiert nicht den Islam. Gott steht nicht hinter Mördern.“



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Der „PISA-Schock“ ereilt Deutschland. Bei einer OECD-Studie schneiden die deutschen Schüler*innen überraschend schlecht ab. Unter 32 Ländern rangiert Deutschland auf Platz 25. In Schlüsselkompetenzen wie Leseverstehen sowie Grundbildung in Mathematik und

Naturwissenschaften sind die meisten anderen Teilnehmerländer besser. Alarmierend ist auch, dass das Bildungsniveau in keinem anderen Land so stark von der sozialen Herkunft abhängt wie hierzulande.

Der iPod kommt auf den Markt – und revolutioniert die Musikszene. Apple nutzt dazu eine Technik, die das Fraunhofer Institut in Erlangen entwickelt hat: MP3. Musikdaten lassen sich damit komprimieren, auf mobilen Geräten speichern und abspielen. Nach der Ära der Musikkassetten endet nun auch jene der CDs.

Eine Vielzahl unterschiedlicher Öko-Kennzeichen macht es den Verbraucher*innen schwer, den Überblick zu behalten. Darum wird 2001 das staatliche Bio-Siegel eingeführt, damit Bioprodukte auf einen Blick zu erkennen sind.

„Die Zukunft ist Grün“

Inmitten der schwierigen rot-grünen Regierungszeit schaffen die Bündnisgrünen die programmatische Erneuerung. Das 20 Jahre alte Grundsatzprogramm ist zu Beginn des neuen Jahrtausends dringend überarbeitungsbedürftig. Im März wird nach einer intensiven Debatte über grüne Grundwerte „Die Zukunft ist Grün“ in Berlin verabschiedet. Die in Turbulenzen gerautete Partei nimmt ihren „grünen Faden“ wieder auf und geht programmatisch gestärkt in die zweite rot-grüne Wahlperiode. Die Partei rückt den Klimaschutz in den Mittelpunkt, reagiert auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse und entwirft Wege, um die Klimakrise zu verhindern.

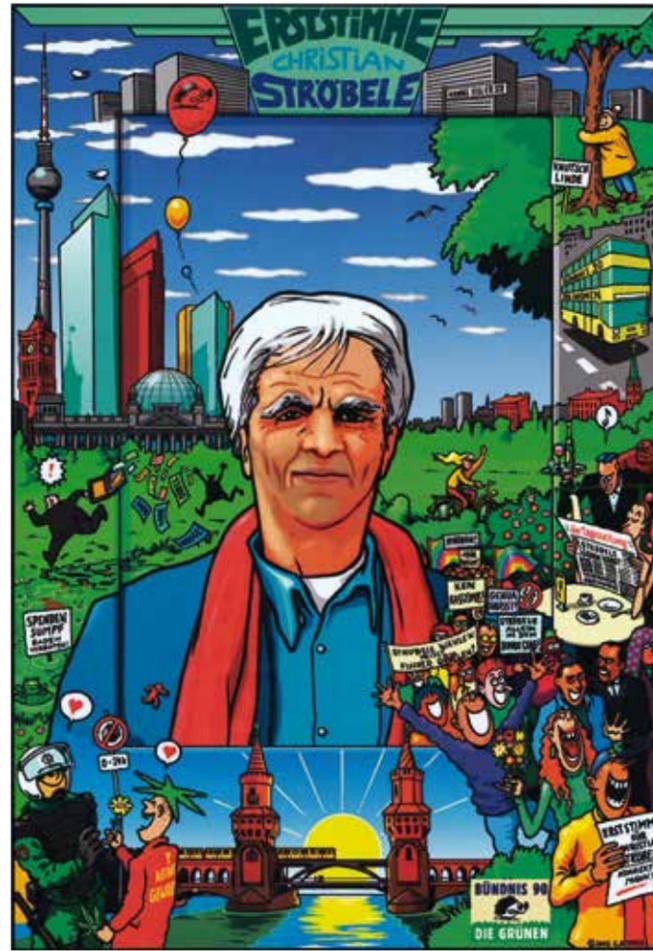
Kompetenzzuwachs

Bei der Bundestagswahl holen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 8,6 Prozent – das bis dahin beste bundesweite Ergebnis. Nur dank der grünen Stärke kommt es zu einer Wiederauflage von Rot-Grün. Mit ihrem Kurs punktet die Partei vor allem in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen. „So reflektiert der Wandel der Grünen die veränderten Bedürfnislagen ihrer Wähler“, folgert der Politikwissenschaftler Markus Klein. Nicht nur in ihrem Urthema Ökologie gilt die Partei für 53 Prozent der Wähler*innen als besonders kompetent; auch im Feld der Friedens- und Außenpolitik steigt das Vertrauen der

Bürger*innen in die Partei, wie die Politikwissenschaftlerin Judith Hufnagel hervorhebt. Das Signal: Die Grünen können Verantwortung. Die neue Geschlossenheit der Partei hat sich auszahlt.

Kommunal total

Sie kämpfen gegen Haushaltslöcher und Flächenfraß, für Kindertagesstätten und freie Theater: Mehr als 8.000 Kommunalpolitiker*innen bestehen in Rathäusern, Kreistagen und Gemeinderäten den täglichen Praxistext für grüne Ideen. Vor Ort werden auch die größten Wahlerfolge gefeiert: 2002 wählt Freiburg Dieter Salomon zum ersten grünen Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt und macht damit den Auftakt in grünen urbanen Hochburgen, aber auch viele kleine und mittlere Kommunen und Landkreise werden mittlerweile von Grünen regiert.



Richard Hilmer und Rita Müller-Hilmer, Zeitschrift für Parlamentsfragen (2005)

„Nach der gewonnenen Bundestagswahl 2002 setzten die Grünen im Kabinett auf Kontinuität, in der Koalition übernahmen sie – nicht immer zur Freude des Koalitionspartners – die Rolle des ‚Reformmotors‘“.

JAHRHUNDERTFLUT

Die sogenannte „Jahrhundertflut“ löst im Spätsommer eine Mobilisierung unzähliger freiwilliger Helfer*innen und eine Solidaritätswelle aus. An Elbe, Mulde, Havel und Donau steigt das Hochwasser auf Rekordhöhen und überschwemmt große Regionen. 20 Menschen sterben allein in Deutschland, Zehntausende werden obdachlos. Der Gesamtschaden beträgt mehr als neun Milliarden Euro. Allein in Deutschland gehen 350 Millionen Euro private Spenden ein. Die Regierung zeigt sich zupackend und wird wiedergewählt. Der Ausgang der Bundestagswahl ist denkbar knapp. SPD und CDU/CSU erreichen jeweils 38,5 Prozent und liegen lediglich 6.000 Zweitstimmen auseinander.

EUROPA IN DER TASCHÉ

Die BRD und elf weitere Mitgliedsstaaten der EU führen am 1. Januar den Euro ein. 320 Millionen Menschen verwenden von nun an Münzen und Scheine der gemeinsamen Währung – und tragen so ein sichtbares Stück Europa in ihren Brieftaschen. In Deutschland wird das neue Geld „Teuro“ getauft, die Zufriedenheit mit dem Euro hält sich zunächst in Grenzen. Viele trennen sich nur ungern von der D-Mark, die jahrzehntelang als Garant von Stabilität und Wohlstand galt.

2002 holt Hans-Christian Ströbele das erste Direktmandat für die Grünen überhaupt. Ein Hit ist auch das Plakat von Comiczeichner Gerhard Seyfried, mit dem Ströbele in Berlin für sich wirbt (links oben). Kaum ist die rot-grüne Wahlparty vorbei (links unten), müssen wichtige Entscheidungen getroffen werden. Die Bundesregierung verweigert den USA blinde Gefolgschaft im „Krieg gegen den Terrorismus“ – unterstützt von einer klaren Mehrheit der Deutschen. Zur Entfremdung trägt auch Guantánamo bei: Seit 2002 betreiben die USA auf Kuba ein Internierungslager für mutmaßliche Terroristen (rechts oben), denen der Rechtsstatus als Kriegsgefangene oder zivile Gefangene verwehrt wird. Auch die Verhörmethoden in Guantánamo verstoßen gegen Menschenrechte.

HOCHKULTURBEFLISSEN

Rot-Grün gründet die Bundeskulturstiftung – eine der größten von öffentlicher Hand geförderten Kulturstiftungen Europas. Der Kulturstaatsminister im Kanzleramt bekommt einen gut gefüllten Fördertopf an die Hand. Pro Jahr stehen der Stiftung mit Sitz in Halle rund 35 Millionen Euro zur Verfügung. Jetzt können Kunst und Kultur umfassend unterstützt werden – und Deutschland kann zu Kulturnationen wie Frankreich aufschließen.

VERSPIELTE SOLIDARITÄT

US-Präsident Bush beginnt die Alliierten der USA auf einen Krieg mit dem Irak vorzubereiten. „Ich bin nicht überzeugt“, sagt Joschka Fischer auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2003. Die USA reagieren verschnupft. George W. Bushs Politik gerät immer stärker in die Kritik. Sein Staatsbesuch in Berlin wird von massiven Protesten begleitet. SPD-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin vergleicht Bushs Methoden auf einer Wahlkampfveranstaltung mit denen Hitlers und muss daraufhin zurücktreten.

Präambel des neuen grünen Grundsatzprogramms

„Uns eint, uns verbindet ein Kreis an Grundwerten, nicht eine Ideologie.“



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Die internationale Allianz gegen den Terrorismus verbucht nur geringe Erfolge. Die militärischen Versuche, die Al-Qaida-Führung auszuschalten, bleiben erfolglos. Stattdessen werden schwere Anschläge in Tunesien, Bali und Kenia verübt – mit einem bestimmten Ziel: „Terrorismus ist eindeutig eine Strategie der Schwäche, die ein Mehrstufenkalkül verfolgt“, sagt der Extremismusforscher Peter Waldmann, „den Gegner reizen, in der Hoffnung, dass er überreagiert, zurückschlägt und dadurch die Mobilisierung der Massen auslöst.“

Am 26. April tötet der 19-jährige ehemalige Schüler Robert Steinhäuser am Erfurter Gutenberg-Gymnasium 16 Menschen und anschließend sich selbst. Zehn Minuten dauert der Amoklauf, 71 Schüsse gibt der Täter ab. Es sterben zwei Schüler*innen, eine Sekretärin, ein Polizist, eine Referendarin, elf Lehrer*innen.

„Geiz ist geil“: Eine Elektronikhandelskette wirbt mit einem Spruch, der zum Synonym für die Sparmentalität in der Wirtschaftskrise und für die Wegwerfgesellschaft wird.



Kunst und Kultur brauchen Freiräume. Diese will Rot-Grün mit der Bundeskulturstiftung schaffen. Manche unken, es werde langweilige „Staatskunst“ entstehen. Von wegen: „Das meiste, was die Stiftung fördert oder selbst initiiert, wird höchsten Ansprüchen gerecht“, schreibt Die Zeit zum zehnjährigen Jubiläum. Unterstützt wird auch digitale Kunst (oben ein Titelmotiv des Magazins „Schnittstellen“ von 2019). Die Grünen denken nicht nur bei der Förderung von Kultur, sondern generell „bis übermorgen“ (unten). Für eine friedliche Zukunft und gegen US-Präsident Bush demonstrieren in Berlin tausende Menschen (links).



Was ist gerecht?

Als Gerhard Schröder das Land im März 2003 mit der „Agenda 2010“ überrumpelt, sind die Reaktionen der Grünen gemischt: Die meisten sehen, dass der Sozialstaat reformiert werden muss, um auch für kommende Generationen bezahlbar zu bleiben und um allen Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. So werden mit Hartz IV Langzeitarbeitslose endlich aus der Sozialhilfe in die Arbeitsvermittlung geholt. Heftige Kritik üben die Grünen aber an den zu niedrigen ALG-II-Sätzen und vielen weiteren von der CDU im Bundesrat durchgesetzten Verschärfungen. Trotzdem tragen sie die Hartz-Reform mit – ein schmerzhafter Kompromiss. Gleichzeitig legen die Grünen ein sozialpolitisches Programm vor, das die Qualität öffentlicher Institutionen ins Zentrum rückt: gute und bezahlbare Bildung für alle, eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Einführung des Mindestlohns, eine solidarische Finanzierung von Rente, Gesundheit und Pflege durch alle Bürger*innen und Einkommensarten.

Der Bau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas beginnt. Das „Holocaust-Mahnmal“ (rechts) wird 2005 eröffnet und an einer Stelle stehen, an der bis November 1989 der „Todesstreifen“ verlief. Der Rechtsterrorismus aber bleibt in Deutschland virulent: Die Polizei hebt im September 2003 in München die „Kameradschaft Süd“ aus. 14 Kilogramm Sprengstoff werden sichergestellt, 14 Personen verhaftet. Sie werden verdächtigt, einen Anschlag auf das neue jüdische Kulturzentrum in München geplant zu haben.

Amt und Mandat

Im Frühjahr sprechen sich fast 67 Prozent der Grünen in einer Urabstimmung für eine Lockerung der Trennung von Amt und Mandat aus: Künftig dürfen zwei der sechs Mitglieder des Bundesvorstandes gleichzeitig Abgeordnete in einem Parlament sein. Ein gleichzeitiges Amt als Fraktionsvorsitzende*r, Minister*in oder Mitglied der Europäischen Kommission bleibt jedoch weiterhin ausgeschlossen.

Grün im Land

Mehrmals in Folge verbessern die Grünen ihr Wahlergebnis: in Hessen (10,1 Prozent), Bremen (12,8 Prozent) und Bayern (7,7 Prozent).



Die Deutsche Umwelthilfe zieht 2018 Bilanz nach „15 Jahren Dosenpfand“

„Das Pflichtpfand auf Getränkeverpackungen hat in Deutschland das größte noch intakte Mehrwegsystem der Welt mit über 150.000 grünen Arbeitsplätzen erhalten.“

GLOBAL FATAL?

Die Globalisierung beschleunigt sich. Angst kommt auf, dass Deutschland im internationalen und technologischen Wettbewerb abgehängt werden könnte und ganze Industriezweige abwandern. Die hohe Arbeitslosigkeit überschattet alle anderen Themen. Der wirtschaftsliberale britische Economist erklärt Deutschland gegen Anfang der Nullerjahre zum „kranken Mann Europas“ (Cover linke Seite). Die „Warn- und Alarmpublizistik“ (Joachim Radkau) jener Zeit schreit nach unternehmerfreundlicher Deregulierung und einer Senkung der Lohnkosten. Die „Agenda 2010“ ist auch eine Antwort auf die alarmistischen Prognosen und auf die schlechte Wirtschaftslage.

AGENDA ERFOLGREICH?

Wenige Jahre später klettert die Zahl der Erwerbstätigen auf ein Rekordhoch, das deutsche Jobwunder wird gefeiert, die Agenda gilt vielen Ländern als Vorbild. Auch die Finanzkrise 2009 übersteht Deutschland besser als andere. Bis heute ist umstritten, ob das ein Verdienst der Agenda war – und ob die „Katastrophenliteratur“ (Edgar Wolfrum) richtiglag. Was damals in vielen Analysen nicht berücksichtigt wird, ist etwa die Geldpolitik der EZB. Weil die D-Mark nicht mehr Leitwährung war, stiegen die Zinsen: Das machte Investitionen teurer und verlangsamt das Wachstum. Der Euro trägt aber wenig später auch zum deutschen Exportboom bei: Produkte „made in Germany“ werden am Weltmarkt günstiger. Was sicher ist: Die Reform spaltet die SPD und führt zur Gründung der Linkspartei. Niedriglohnsektor und Leiharbeit breiten sich aus. Aus der alten

Konfliktlinie „Arbeit und Kapital“ wird der Streit zwischen Sozialstaatsverfechtern und Marktliberalen.

PFAND UND MAUT

Am 1. Januar führt Umweltminister Jürgen Trittin ein Pfand auf umweltschädliche Dosen und Plastikflaschen ein, um der Wegwerfgesellschaft etwas entgegenzusetzen. 95 Prozent aller Dosen und Einwegflaschen landen Schätzungen zufolge heute in den Rücknahmeautomaten der Supermärkte – und nicht in der Natur. 2003 billigen Bundestag und Bundesrat auch die Einführung einer LKW-Maut auf Autobahnen, um die Wegekosten gerechter zu verteilen. Der Starttermin wird mehrmals verschoben, weil das satellitengestützte System der Betreibergesellschaft Toll Collect Probleme und Pannen verursacht.



Die Hartz-IV-Reform treibt hunderttausende Menschen auf die Straßen. Sie protestieren gegen Sozialabbau und auch gegen die „Ein-Euro-Jobs“, die Langzeitarbeitslosen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Dass Menschen für einen Euro die Stunde arbeiten müssen, sorgt für Empörung (oben).

Kanzler Schröder in seinem Buch „Klare Worte“ über die Möglichkeit, die Agenda 2010 zu korrigieren

„Die Agenda 2010 sind nicht die zehn Gebote, und ich bin nicht Moses.“

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Weil sich Deutschland und Frankreich nicht Hals über Kopf in die Irakkriegskoalition der „Willigen“ einreihen, redet US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hämisch vom eigenwilligen „alten Europa“. Was er nicht begreift, versucht die FAZ zu erklären: „Das ‚alte Europa‘ besteht aus den Erfahrungen unzähliger Generationen, die ohne Ausnahme Erfahrungen des Krieges gewesen sind.“ Hinter Rumsfelds Ausspruch versteckt sich vielleicht auch die Sorge, ein starkes Europa könnte die globale Führungsrolle der USA einhegen.

Bund und Länder vereinbaren am 12. Mai ein Programm zum Ausbau der Ganztagschulen. Verteilt über fünf Jahre stellt der Bund vier Milliarden Euro für den Auf- und Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung.

Ein Jahrhundertssommer! Aber kein Grund zur Freude. Auf bis zu 47,5 Grad steigen die Temperaturen in manchen europäischen Ländern. Flüsse trocknen aus, Wälder stehen in Flammen. Die Hitzewelle zählt zu den schwersten Naturkatastrophen der vergangenen 100 Jahre in Europa. Sie kostet tausende Menschen das Leben.



Der islamistische Terrorismus kommt nach Europa. Vor dem Madrider Bahnhof Atocha erinnert ein Mahnmal an Europas 9/11 (oben). Die spanische Regierung reagiert anders als von den Terroristen erhofft: besonnen. Sie verstärkt den Dialog mit Muslim*innen. Die Täter von Madrid waren im Internet zu ihrer Tat inspiriert worden. Soziale Netzwerke breiten sich allmählich aus. Handys schieben sich wie ein Fenster zwischen die Menschen und die Welt (unten).



Europa ergrünt

25 Jahre ist es her, dass die „Sons-tige politische Vereinigung“ als Vorläufer der grünen Bundespartei bei der Europawahl einen Achtungserfolg erzielt hat. Jetzt sind die Grünen in Europa fest verankert. Im Februar gründen in Rom 32 grüne Mitgliedsparteien aus 29 europäischen Ländern die Europäische Grüne Partei (EGP). Die grünen Parteien der EU-Staaten bestreiten mit einem gemeinsamen Manifest, einem europäischen Spitzenteam und einer gemeinsamen Kampagne den Europawahlkampf. Bei den Europawahlen im Juni können BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit 11,9 Prozent das Ergebnis von 1999 fast verdoppeln und erringen 13 der 99 deutschen Sitze im Europäischen Parlament.

Grün im Land

Auch auf Länderebene sind die Bündnisgrünen erfolgreich: in Hamburg (12,3 Prozent), im Saarland (5,6 Prozent) – und in Sachsen (5,1 Prozent). Dort zieht die Partei erstmals in den Landtag ein. Bei der Landtagswahl in Thüringen verbessern sich die Grünen gegenüber 1999 um 2,6 Prozentpunkte, verpassen

aber mit 4,5 Prozent knapp den Einzug in den Landtag. Bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen schaffen indes die rechts-extremen Parteien DVU und NPD den Sprung in die Parlamente.

Farbe bekannt

Nach einer vierjährigen Debatte, nicht zuletzt mit den heftig opponierenden unionsgeführten Ländern im Bundesrat, einigen sich die rot-grüne Regierung und die Opposition auf einen Entwurf für das Zuwanderungsgesetz. Am 1. Juli stimmt der Bundestag dem Gesetz zu. Auch wenn das Gesetz nicht allen grünen Vorstellungen entspricht, ist doch ein längst überfälliger Modernisierungsschritt gelungen und ein Paradigmenwechsel eingeleitet: Erstmals wird damit anerkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Es werden Integrationskurse für Einwandernde gesetzlich eingeführt. Wichtig für Geflüchtete: Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung wurden gesetzlich anerkannt. Nach der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahr 2000 ist das ein weiterer Schritt hin zu einer offenen und vielfältigen Gesellschaft. Wäre es damals nach den Grünen gegangen, wäre Fachkräften die Einwanderung deutlich mehr erleichtert worden. Die Partei wollte nach dem Vorbild Kanadas ein Punktemodell etablieren. Die Pläne scheitern im Vermittlungsverfahren mit dem Bundesrat an der Union.



Deutschland ist ein Einwanderungsland: Mit dem rot-grünen Zuwanderungsgesetz ist das endlich gesetzlich anerkannt. Damals wie heute streiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine offene und inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können. Alles scheint im Fluss, nur einer steht beharrlich an der Spitze. 2004 wird der gebürtige Dresdner Gerhard Richter im „Kunstkompass“-Ranking erstmals zum wichtigsten zeitgenössischen Künstler gewählt. Diese Position hält er bis heute, seine Werke (im Bild rechts „Tante Marianne“) erzielen Höchstpreise.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Nach Polen, Tschechien und Ungarn (1999) treten aus Sorge vor russischen Aggressionen auch Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien der nordatlantischen Militärallianz bei. Der Westen habe um das Jahr 1989 das Versprechen gegeben, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, sagt fortan die verärgerte russische Seite.

Ein angeketteter Gefangener, der einen Sack über dem Kopf trägt: Die Skandalbilder aus dem Gefängnis Abu Ghraib in Bagdad entsetzen Menschen in aller Welt. Eine Gruppe von US-Soldat*innen foltert, vergewaltigt, demütigt – und tötet irakische Häftlinge aufs Brutalste. Die Folterbilder fügen dem Ansehen der USA schweren Schaden zu.

Ein Seebeben löst am zweiten Weihnachtsfeiertag an den Küsten Süd- und Südostasiens eine gewaltige Flutkatastrophe aus. Über 200.000 Menschen kommen in Indonesien, Thailand, Indien und Sri Lanka ums Leben. Auch viele Deutsche sind unter den Tsunami-Opfern.

EUROPA WÄCHST

Zehn ost- und mitteleuropäische Staaten treten der EU bei. Zwei Jahre später folgen Rumänien und Bulgarien. Durch die Osterweiterung hat die Europäische Union 27 Mitglieder und 450 Millionen Bürger*innen. Die neuen EU-Länder gehörten vorher alle zum „Warschauer Pakt“. 365,2 Milliarden Euro fließen von 2004 bis 2020 nach Osteuropa – inflationsbereinigt ist das mehr, als die USA nach dem Zweiten Weltkrieg über den Marshallplan in die Stabilität Westeuropas investierten.

9/11 IN EUROPA

Der 11. März beginnt wie jeder andere Tag in Madrid. Rushhour im Berufsverkehr. Tausende Pendler*innen steigen in ihre Vorortzüge. Um 7:39 Uhr der Knall: In vier S-Bahnen explodieren Bomben. Abteile zerbersten. Überall liegen tote, sterbende und verwundete Menschen. Die verheerende Bilanz: 191 Todesopfer und 1.800 Verletzte. Nur ein Zufall verhindert ein noch schlimmeres Massaker: Die Terroristen von Al-Qaida wollten alle Züge gleichzeitig im Umsteigebahnhof Atocha explodieren lassen. Tausen-

de Menschen halten sich dort auf. Drei Züge aber fahren leicht verspätet ein, einige Sprengsätze detonieren nicht. Sonst hätte der 11. März „die Dimension des 11. September 2001 noch übertroffen“ (Der Spiegel). Ein Jahr später töten in London Selbstmordattentäter 56 Menschen bei vier Anschlägen auf den öffentlichen Nahverkehr.

ONCE UPON A LIKE

Noch nie hat sich ein Medium so schnell verbreitet wie das Internet. 830 Millionen Menschen nutzen es im Jahr 2004 weltweit. Zehn Jahre zuvor waren es gerade mal 16 Millionen. In Deutschland sind rund 47 Millionen Menschen online. Einen eigenen Internetzugang haben aber nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen (57,1 Prozent). Das Internet verändert bald alles: die Art, wie wir miteinander kommunizieren, wie wir denken, wie wir arbeiten. Wikipedia (2001), Facebook (2004), YouTube (2005), Twitter (2006) und WhatsApp (2009) machen aus Konsument*innen User*innen. Es wird normal, Seiten im Netz selbst zu gestalten, zu kommentieren, zu liken

und zu bloggen, Fotos und Videos online zu stellen. Datenschutz ist damals kein Thema, wohl aber Computerviren. Ein 18-jähriger Schüler aus Niedersachsen richtet mit dem Wurm „Sasser“ global immensen Schaden an. Millionen Computer sind befallen, Großunternehmen zeitweise lahmgelegt. Die Welt wird abhängig vom Internet.

Marieluise Beck, grüne Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

„Wir haben mit dem neuen Zuwanderungsgesetz eine Schneise geschlagen in dem Sinne, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und sich auch den integrationspolitischen Herausforderungen stellt.“

2005

Grün im Land

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein erreichen die Grünen 6,2 Prozent der Stimmen. Für die Fortsetzung von Rot-Grün fehlt die Mehrheit. Das gilt auch für das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen. Die Partei erhält dort 6,2 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig fährt die SPD eine gravierende Wahlkampfstrategie ein. Der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering kündigt Neuwahlen an, die über eine verlorene Vertrauensfrage von Kanzler Schröder ausgelöst werden.

25 Jahre Grüne

Rot-Grün wird am 18. September abgewählt. Die Bündnisgrünen behaupten sich knapp mit 8,1 Prozent, werden aber nach FDP (9,2 Prozent) und Die Linke (8,7 Prozent) nur noch die kleinste Fraktion im Bundestag. Atomausstieg, gesellschaftliche Modernisierung, ökologische Reformen: In sieben Regierungsjahren hat Rot-Grün – trotz aller Krisen wie 9/11 oder der Flutkatastrophe von 2002 – das Gesicht der Republik nachhaltig verändert. Rot-Grün hat auch Fehler gemacht. Mehr Mut zu Reformen, um Veränderungen zu gestalten, bringt aber keine der folgenden Bundesregierungen auf.

Zeichen der Zeit: Die zerstörerische Kraft von Wirbelstürmen nimmt zu. Hurrikan „Katrina“ wütet etwa in Louisiana und Mississippi. New Orleans wird überschwemmt (rechte Seite), eine Katastrophe für die Stadtbewohner*innen. Eine Zeitenwende kündigt sich politisch an: Mit Angela Merkel (links unten) wird 2005 erstmals eine Frau Regierungschefin in Deutschland. „Mama, kann auch ein Mann Kanzler werden?“, zitieren Medien 14 Jahre später Kinder, die noch Babys waren, als Merkel an die Macht kam.



VOLKSPARTEIEN UNTER DRUCK

Nach der Bundestagswahl reicht es weder für Rot-Grün noch für Schwarz-Gelb. Es kommt zur Großen Koalition. Schon bei den fünf Landtagswahlen und bei der Europawahl im Jahr zuvor verlor die SPD durchschnittlich 9,5 Prozentpunkte, auch die CDU musste erhebliche Einbußen hinnehmen. Den Trend, dass die Bindungskraft der Volksparteien nachlässt, belegt auch die Bundestagswahl: Gaben 1976 noch 82,1 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme einer der großen Parteien, sind es 2005 noch 53 Prozent. Das liegt zum Teil an der gesunkenen Wahlbeteiligung und an neuen Parteien, aber auch daran, dass sich die Wähler*innen zunehmend fragen, für welche Werte die Volksparteien einstehen. Die neue Wissensgesellschaft, analysiert der Parteienforscher

Franz Walter, habe zudem die Kluft zwischen Gewinner*innen und Verlierer*innen größer gemacht. Den großen Parteien droht ihre Verwurzelung in der Gesellschaft verloren zu gehen.

„FISCHER-TV“

Erstmals in der deutschen Geschichte wird im April ein Untersuchungsausschuss in Teilen live im Fernsehen übertragen. Als Zeuge ist Joschka Fischer geladen. Zur Anklage steht die Visa-Praxis der vergangenen Jahre. 2000 hatte das Außenministerium den Ermessensspielraum der deutschen Vertretungen im Ausland bei der Visa-Vergabe erweitert. Im Zweifel sollten sie für die Reisefreiheit entscheiden. Schleuser in Osteuropa missbrauchen die Einreiseerleichterungen. Im „Fischer-TV“ (Die Zeit), bei der im Fernsehen ausgestrahlten Sitzung, gelingt es

dem Außenminister, die versuchte Skandalisierung des Vorgangs durch die Opposition auf Normalmaß zu stützen. „Für die Versäumnisse während seiner Amtszeit übernahm Fischer die Verantwortung“, analysieren die Meinungsforscher Richard Hilmer und Rita Müller-Hilmer, „er sah darin – ebenso wie die Mehrheit der Bevölkerung – aber keinen Grund für den von der Opposition geforderten Rücktritt.“

Hans-Christian Ströbele, Grünen-Politiker, über die Visa-Affäre

„Diese Fehler sind korrigiert worden zu einer Zeit, als der öffentliche Druck, die öffentliche Aufmerksamkeit noch nicht da waren.“

2005

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Gemeinsame „Lustreisen“ und Korruption: Die VW-Affäre beschädigt das Image des größten europäischen Autobauers schwer. Es geht um Finanzmanipulation, Schmiergelder und die systematische Begünstigung von Betriebsräten. Im Juli muss VW-Personalvorstand Peter Hartz, der Architekt der Hartz-Gesetze, zurücktreten.

„Wir sind Papst“ (Bild-Zeitung): Nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. wird der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger zu seinem Nachfolger gewählt. Benedikt XVI. wird das erste Oberhaupt der katholischen Kirche sein, das (aus gesundheitlichen Gründen) zurücktritt.

Sie war Wahrzeichen und Mahnmal, jetzt ist sie wieder ein schmuckes Gotteshaus: 60 Jahre nach ihrer Zerstörung ist der Wiederaufbau der evangelisch-lutherischen Dresdner Frauenkirche im Herbst 2005 abgeschlossen.

Die Vogelgrippe erreicht über Fernost und Russland Europa: Deutschland verhängt eine Stallpflicht für Geflügel. In Vietnam sterben 2005 zwei Menschen an dem Virus H5N1.



Die documenta, die bedeutendste Kunstschau weltweit, feiert 2005 ihr 50. Jubiläum. Anlass genug, auf starke Aktionen zurückzublicken, etwa auf „Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung“ von Joseph Beuys (oben): 1982 lässt er 7.000 Eichen pflanzen – und macht so eine urgrüne Idee zu Kunst. 2005 ist aber auch ein Jahr der Skandale. Der amerikanische Geheimdienst (unten die CIA-Zentrale in Langley) soll aus Europa Gefangene in sogenannte Folterstaaten transportiert haben, darunter den deutschen Staatsbürger Murat Kurnaz.

2006

KARIKATUREN UND BOMBEN

Am Anfang stehen zwölf Zeichnungen. Am Ende Tote und Bomben. Nachdem die dänische Zeitung Jyllands-Posten Karikaturen des Propheten Mohammed gedruckt hatte, protestieren Muslim*innen in aller Welt (unten), manche gewaltsam: Im Nahen Osten werden dänische und norwegische Botschaften angegriffen, über 100 Menschen sterben. Zwei deutsche Zeitungen hatten die Mohammed-Karikaturen nachgedruckt, die meisten Medien hatten darauf aber verzichtet. Im Juli deponieren zwei Libanesen, die als Kofferbomber von Köln bekannt werden, Sprengsätze in zwei Regionalzügen. Die Anschläge misslingen, doch antimuslimische Ressentiments nehmen zu.

WAS DARF SATIRE?

Der Karikaturenstreit setzt eine Debatte in Gang: Muss man alles, was man in der Demokratie darf, auch tun? Die Meinungen gehen auseinander. Viele Muslim*innen glauben, dass man Mohammed nicht zeigen darf; der Koran aber kennt kein Abbildungsverbot. In den Karikaturen ist er etwa als finsterner Terrorist mit Bombe im Turban dargestellt. Im Leitartikel zu den Zeichnungen, sagt der dänische Journalist Rune Engelbreth Larsen, wird über Muslim*innen „sehr verallgemeinernd und herablassend“ geschrieben, für ihn passt das zu rechtspopulistischen Tendenzen in Dänemark (Deutschlandfunk). Im September schüttet Papst Benedikt XVI. bei seinem Deutschlandbesuch Öl ins Feuer: „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden...“, zitiert er einen byzantinischen Kaiser.

Die Zukunft ist grün

Nach dem Ende der rot-grünen Regierung suchen die Bündnis-grünen Perspektiven für die Oppositionsrolle. Auf Regional-konferenzen in Bayern und Nordrhein-Westfalen eröffnet die Partei eine grüne Zukunftsdebatte, die im September in den Zukunftskongress in Berlin mündet. Drei Tage lang debattieren 1.700 Mitglieder. Am Ende beschließen die Grünen eine breit angelegte Klimakampagne, die von 2007 bis 2009 auf allen Ebenen durchgeführt werden soll.

Grün im Land

In Baden-Württemberg holen die Grünen im März 11,7 Prozent der Stimmen und legen gegenüber 2001 um vier Prozentpunkte zu. Gleiches gilt für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (13,1 Prozent). In Sachsen-Anhalt (3,8 Prozent) verbessert die Partei ihr Ergebnis, schafft aber nicht den Sprung über die Fünf-prozenthürde. Auch in Rheinland-Pfalz (4,6 Prozent) wird der Einzug in den Landtag knapp verpasst.

Rune Engelbreth Larsen, dänischer Journalist

„Ja, Jyllands-Posten durfte diese Karikaturen veröffentlichen, das ist überhaupt kein Problem, jedenfalls im rechtlichen Sinne. Aber war das wirklich eine gute Idee? Ging es wirklich um die Meinungsfreiheit? Oder ging es nur oder zumindest auch darum, Muslime zu verteu-feln? Ich glaube, Letzteres ist der Fall.“



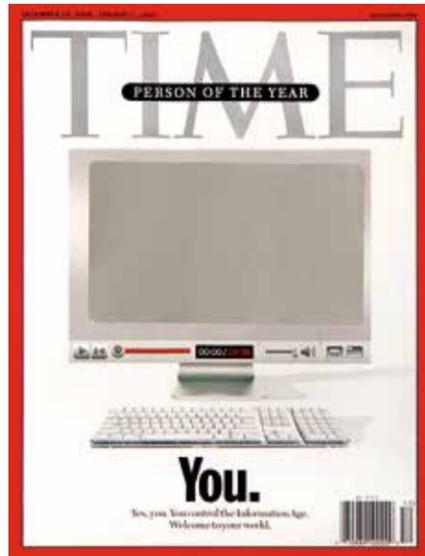
2006

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Die Föderalismusreform wird verabschiedet, sie soll die bundesstaatliche Ordnung modernisieren. Die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat sinkt. Im Gegenzug erhalten die Länder zusätzliche Kompetenzen, etwa in der Bildung.

Deutschland ist das erste Land in Europa, das auf höchster Staatsebene einen offenen, langfristigen Dialog mit Muslim*innen anschiebt. Neben Vertreter*innen muslimischer Verbände sind auch säkulare Muslime zur ersten deutschen Islamkonferenz eingeladen. Am Ende bleibt ein Satz von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Erinnerung: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas.“ Das wird noch für viel Aufregung in seiner Partei sorgen.

Berlin kippt das 50 Jahre alte Ladenschlussgesetz, kurz darauf beschließen weitere Bundesländer die weitgehende Freigabe der Ladenschlusszeiten.



„Die Welt zu Gast bei Freunden“: Deutschland richtet die Fußball-WM aus. Millionen feiern auf Fanfesten mit Besucher*innen aus aller Welt (rechts). Deutschland wird Dritter, aber „Weltmeister der Herzen“. Auch für das Time Magazine ist 2006 ein Jahr der Gemeinschaft – im Internet (oben). Der und die Einzelne haben sich das Netz in einem Ausmaß zu eigen gemacht, wie man es nicht für möglich gehalten hat.



2007

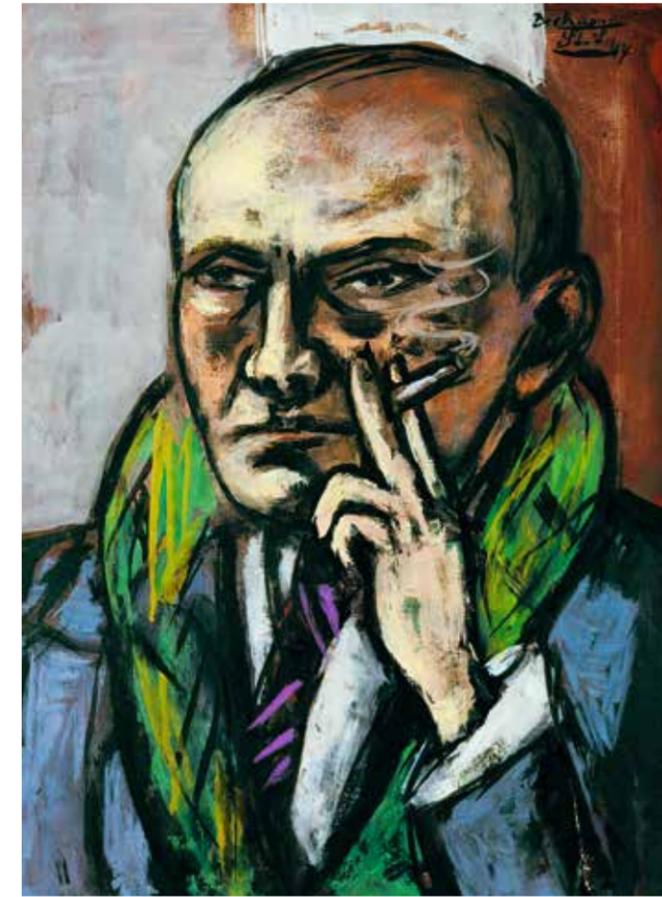
Es grünt so grün

Frühjahr 2007: „Green is the new red, white and blue“, schreibt Thomas Friedman in der New York Times und malt die US-Flagge grün an. Al Gore tourt mit der „Unbequemen Wahrheit“ durch die Welt, und Sir Nicholas Stern hat erstmals die Kosten des Klimawandels errechnet. In Deutschland schießen die Öko-Lifestyle-Ratgeber wie Pilze aus dem Boden. Dank aufsehenerregender wissenschaftlicher Studien hat der Klimaschutz den publizistischen Durchbruch geschafft. Plötzlich wollen alle grün sein – sogar Siemens, VW, McDonald's, die Bild-Zeitung und Kanzlerin Angela Merkel. Nur an den Taten hapert es gewaltig – vor allem bei der Bundesregierung. Für die Grünen ist der Ökohype eine Chance: Endlich stehen ihre Themen nicht mehr am Rand, sondern in der Mitte der Debatte. Am 26. April, dem Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl, starten die Grünen bundesweit die im Vorjahr beschlossene Klimakampagne.

Am 13. Mai erzielt die Partei in Bremen mit 16,4 Prozent der Stimmen ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl. In der Folge vereinbaren SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine rot-grüne Koalition.



Grün sein ist in. Grünes Denken auch in Handeln umzusetzen, gelingt den G8-Regierungen aber kaum, wie die grüne Klimakampagne illustriert (links oben). Dabei weht schon ein anderer, heftiger Wind. Orkan „Kyrill“ hinterlässt eine Spur der Verwüstung (rechts unten). In dieser aufgeheizten Atmosphäre wird das Eisbärenbaby Knut im Berliner Zoo geboren – und zu einem Symbol der nahenden Klimakatastrophe. In der Krise wännen sich auch viele Kneipen nach dem Rauchverbot (rechts „Selbstbildnis mit Zigarette“ von Max Beckmann) – unbegründet, wie sich zeigen wird.



DAS WETTER SPIELT VERRÜCKT

Im Januar fegt das Orkantief „Kyrill“ über Deutschland und Mitteleuropa, deckt Häuser ab, knickt Bäume um, legt Bahnen lahm und tötet 47 Menschen. Auf den wärmsten Winter seit Beginn der Aufzeichnungen folgt einer der trockensten und heißesten Frühlinge aller Zeiten, der Sommer wird ungewöhnlich warm und nass und bringt Hagelstürme und Überschwemmungen. Süd- und Südosteuropa werden von einer Hitzewelle überrollt, rund um das Mittelmeer wüten Waldbrände. Alles nur Zufall, fragen sich viele Menschen, oder eine Folge der Klimakrise?



Al Gore, amerikanischer Politiker und Unternehmer, anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises

„Die Erde hat Fieber – und das Fieber steigt.“



HITZIGES KLIMA

Intensiv wie nie zuvor diskutieren die Deutschen über die Erderwärmung. Der vierte UN-Klimabericht erklärt den Einfluss des Menschen auf das Klima zum wissenschaftlichen Fakt. Die Folge: ein weltweites Umdenken. Die EU-Kommission legt ein umfassendes Energie- und Klimapaket vor. Al Gore erhält für seine Klima-Doku, gemeinsam mit dem Uno-Klimarat, den Friedensnobelpreis. „Klimakatastrophe“ wird zum Wort des Jahres 2007. „Ein ‚weiter so‘“ dürfe es nicht geben, sagt die Kanzlerin beim Energiegipfel im Juli. „Der Klimaschutz sei die „Herausforderung des 21. Jahrhunderts“. Das Bundeskabinett beschließt ein milliardenschweres Klimaschutz-Paket: Bis 2020 sollen 40 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen eingespart werden, der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien soll im selben Zeitraum auf 25 bis 30 Prozent steigen. Das ehrgeizige Ziel der CO₂-Reduzierung wird später verfehlt.

Glaciar Upsala - 1931



Glaciar Upsala – Nov. 2006



Zwei Bilder, zwischen denen 75 Jahre liegen: Wo 1931 majestätische Eismassen zu sehen sind, ist 2006 fast nichts mehr übrig. Der Upsala-Gletscher in Patagonien schmilzt wie viele andere Gletscher weltweit. Das Eis, auf dem die Menschheit sich bewegt, wird immer dünner. „Die Erderwärmung bedroht nicht nur den menschlichen Lebensraum“, sagt Lester Brown, Leiter des Earth Policy Institute in Washington. „Sie bedroht auch Freiheit und Demokratie“ (Die Zeit).

2007

ZEIT UND GELD FÜRS BABY

Das Elterngeld wird eingeführt – und verändert das Familienleben in Deutschland. Mütter kehren schneller wieder ins Berufsleben zurück und immer mehr Väter nehmen zumindest eine kurze Elternzeit. Zwischen 300 und 1.800 Euro monatlich erhalten Mütter und Väter für bis zu 14 Monate, wenn sie nach der Geburt eines Kindes ihren Job ganz oder teilweise ruhen lassen. Die Höhe des Elterngeldes orientiert sich am durchschnittlichen monatlich verfügbaren Erwerbseinkommen, das der betreuende Elternteil im Jahr vor der Geburt hatte. Das führt zur Kritik, dass das Elterngeld vor allem Besserverdienenden hilft. Wenig profitieren hingegen Selbstständige, Arbeitslose und Geringverdiener*innen.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Der Bundestag beschließt die Rente mit 67. Damit soll langfristig der Anstieg des Rentenbeitrags gedämpft werden. Das Rentenalter wird ab dem Jahr 2012 schrittweise angehoben.

Nach einer hitzigen Debatte verabschiedet der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Der rechtspolitische Sprecher der Grünen, Jerzy Montag, spricht von einem „tiefschwarzen Tag für die Bürgerrechte“. Sicherheitsbehörden sollen speichern dürfen, wer mit wem wann telefoniert hat. Das Bundesverfassungsgericht kippt das Gesetz im Jahr 2010.

Zum Rauchverbot in Gaststätten, öffentlichen Gebäuden und an Bahnhöfen kommen Werbeverbote für Tabak und Krebsbilder auf Zigarettenpackungen. Die Zahl der Raucher*innen geht in den Folgejahren zurück.

Ein Oscar für die deutsch-deutsche Geschichte: Der Film „Das Leben der Anderen“ von Florian Henckel von Donnersmarck wird als bester nicht englischsprachiger Film ausgezeichnet. Die Stasi (oben eine Filmszene) ist da längst Vergangenheit. 2007 freuen sich die Geheimdienste aber über eine Neuerung, die unser Leben nachhaltig verändert – und die als Spionagewerkzeug missbraucht werden kann: Das erste iPhone kommt auf den Markt und revolutioniert die Art, wie wir kommunizieren (unten).

DER GLÄSERNE MENSCH

Der Stern deckt auf, dass der Discounter Lidl seine Angestellten in mehr als 500 Filialen mit „Stasi-Methoden“ bespitzeln ließ. Die nächste Bombe platzt bei der Telekom: Das Unternehmen hat Telefonanschlüsse überwacht und dabei nicht nur Daten von Mitarbeiter*innen ausgespäht, sondern auch die von Journalist*innen, Aufsichts- und Betriebsrät*innen und Gewerkschafter*innen. Als Folge dieser Ausspäh-Skandale wird ein Jahr später das Bundesdatenschutzgesetz geändert: Personenbezogene Daten dürfen nur noch erhoben werden, wenn begründeter Verdacht auf eine Straftat besteht. Trotzdem bleibt der Eindruck, dass unsere Daten vor niemandem mehr sicher sind. In der digitalen Dekade werden wir tatsächlich gläsern. Die Grünen starten im Juni die Bürgerrechtskampagne „Keine Macht dem Schnüffelstaat“. Sie richtet sich gegen staatliche Überwachungsphantasien und den Abbau von Bürgerrechten.

Atomanlagen STILLEGEN! SOFORT!



Demo in Gorleben 8. November 2008 13 Uhr

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg & Widerstandsgruppen
www.castor.de – www.ag-schacht-konrad.de – www.asse2.de – www.contratom.de
Castor-Infotelefon ab Mitte Oktober: 01805 252769 (12 ct./Min)

Die Gletscher schmelzen, die Arten sterben. Auf Spitzbergen errichtet ein internationaler Fonds eine Samenanarchie, die unter der Erde das Saatgut von 4,5 Millionen Samenproben aus aller Welt konserviert (unten). Ein Comeback der unheimlichen Art (oben) wollen die Grünen indes verhindern.



2008

Grün im Land

In Hamburg wird die erste schwarz-grüne Landesregierung gebildet – von der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt und begleitet von kontroversen Diskussionen. Zuvor hatte die Grün-Alternative Liste ein Ergebnis von 9,6 Prozent erzielt. Auch bei den Landtagswahlen in Hessen (7,5 Prozent), Niedersachsen (8 Prozent) und Bayern (9,4 Prozent) sind die Grünen erfolgreich.

Kein Ausstieg aus dem Ausstieg

Die Grünen verteidigen den von Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg und rufen zur Demonstration auf. Tausende Parteimitglieder und Sympathisant*innen kommen am 8. November nach Gorleben, wo wieder ein Castor-Transport rollt. Es ist die größte Demonstration gegen Atomkraft seit 30 Jahren, weitere folgen bald.



GEWALTIG VERZOCKT

Was mit einer Krise am US-Immobilienmarkt begann, weitet sich zur größten globalen Finanzkrise seit 1929 aus: Am 15. September meldet die Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz an, die Börse an der Wall Street ist im freien Fall. Um den Kollaps der Banken zu verhindern, schnürt die Bundesregierung ein Rettungspaket von unvorstellbaren 480 Milliarden Euro – während manche Kleinanleger ihre gesamten Ersparnisse verlieren. Viele heben ihr Geld vom Konto ab, weil es auf der Bank nicht mehr sicher scheint, 500-Euro-Scheine werden knapp. Der totale Kollaps wird verhindert, doch das Vertrauen in das Finanzsystem ist tief erschüttert. Und woher, fragen viele, nimmt die Bundesregierung plötzlich so viel Geld? „Finanzkrise“ wird das Wort des Jahres, „verzockt“ landet auf Platz zwei; Unwort des Jahres wird der Begriff „notleidende Banken“:

Er stelle, so die Jury, „das Verhältnis von Ursachen und Folgen der Weltwirtschaftskrise auf den Kopf, weil die Krise auslösenden Banken zu Opfern stilisiert werden“.

ZUMWINKEL UND DIE STEUER-CDS

Staatsanwälte und Steuerfahnder nehmen Postchef Klaus Zumwinkel in seiner Kölner Villa fest; er hat rund eine Million Euro Steuern hinterzogen. Auf Steuer-CDS, die Fahnder aus geheimen Quellen angekauft hatten, befanden sich neben Zumwinkels Daten auch die hunderter anderer Großverdiener*innen, die ihr Geld auf Liechtensteiner Konten versteckten. In der Öffentlichkeit löst der Fall große Empörung aus. Kanzlerin Angela Merkel spricht von einem „Skandal jenseits des Vorstellbaren“.

Berlin in heller Aufregung: Der demokratische US-Präsidentschaftskandidat Barack Obama spricht vor der Siegessäule (unten). 200.000 Fans feiern den jungen Senator – noch vor seiner Wahl zum ersten afroamerikanischen US-Präsidenten. In den USA zeigt man derweil mit dem Finger auf die Banker an der Wall Street (links). Später bestätigt eine Kommission, die der neue Präsident Obama einsetzt: „Untätige Politiker, laxer Finanzaufseher, zockende Banker“ (Welt) haben die Finanzkrise verursacht.



Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) am 25. September in seiner Regierungserklärung über die Finanzkrise

„Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise.“

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Zum 1. Januar richten Berlin, Hannover und Köln als erste Städte Umweltzonen ein. Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß werden aus den Innenstädten verbannt.

Selten hat der Ölpreis ein solches Auf und Ab erlebt: Zwischen Juli und Dezember gibt der Preis pro Barrel Rohöl um zirka 100 Dollar nach. Das

Rekordhoch im Sommer übersteigt das der letzten Ölkrise von 1981 um ein Vielfaches und bringt viele Autofahrer*innen dazu, ihren Wagen stehen zu lassen.

Mit jeder Verlängerung des Mobilfunkvertrags lockt ein neues Handy. In jedem von ihnen steckt das Rohmaterial Coltan, das in der Demokratischen Republik Kongo einfach abzubauen ist. Es wird mit dem einsetzenden

Handy- und Elektronik-Boom im Westen zum „Conflict Coltan“. An den Machtkämpfen um den Ressourcenreichtum beteiligen sich Armee-Einheiten aus sieben afrikanischen Staaten und viele Rebellengruppen, weshalb der Krieg im Kongo als „Erster afrikanischer Weltkrieg“ (1996–2003) bezeichnet wird. Im August 2008 entflammt im Osten des Kongo ein Bürgerkrieg zwischen der Regierung und Tutsi-Rebellengruppen.

2009

Grün wächst

Im Superwahljahr 2009 brechen die Grünen reihenweise die eigenen Rekorde. Ausgerechnet in einer schweren Wirtschaftskrise schafft die Partei nacheinander das beste Europawahlergebnis (12,1 Prozent) und das beste Bundestagswahlergebnis (10,7 Prozent), stellt erstmals die größte Ratsfraktion in einer Großstadt (Stuttgart) und zieht nach jahrelanger Durststrecke in die Landtage von Thüringen und Brandenburg ein. Außerdem markiert das Jahr den Beginn eines beispiellosen Mitgliederzuwachses: Von Anfang 2009 bis Ende 2013 wächst die Partei um mehr als 16.000 Mitglieder. Trotzdem bleibt ein bitterer Beigeschmack nach der Bundestagswahl: Die schwarz-gelbe Mehrheit kann nicht verhindert werden. Auf dem Rostocker Parteitag schwören sich die Grünen auf einen konsequent eigenständigen Kurs und harte Opposition ein.

Grün im Land

Nach der Wahl im Saarland bilden Grüne, CDU und FDP die erste „Jamaika-Koalition“ auf Landesebene. Bei den wiederholten Landtagswahlen in Hessen erreichen die Grünen 13,7 Prozent. Die Landesregierung wird allerdings von CDU und FDP gebildet. Im August schaffen die Bündnisgrünen den Wiedereinzug in den Landtag von Sachsen.



Krisenjahr 2009: Die Wirtschaft schwächelt, der Arbeitsmarkt bricht ein. Die Grünen möchten auf die Kraft des Neuen setzen und Jobs in nachhaltigen Branchen schaffen (links oben). Die Bundesregierung greift stattdessen der Autoindustrie unter die Arme und beschließt die „Abwrackprämie“ für alte Autos (links unten). Ökologisch betrachtet ist auch die Kryptowährung Bitcoin, die eine dezentrale, unabhängige Währung sein will, irrsinnig. Das digitale „Schürfen“ des virtuellen Gelds mit Hochleistungsrechnern (unten) verbraucht Unmengen an Energie.



Renate Künast,
Grünen-Fraktionschefin,
zur Abwrackprämie

„Jetzt werden hunderttausende Autos mit alter Technik aus der Überproduktion gefördert, statt die fünf Milliarden für neue Antriebstechnik auszugeben.“

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Am 1. September tritt das Glühlampenverbot der EU in Kraft – es beginnt die Zeit der Energiesparlampen. EU-Expert*innen erhoffen sich eine jährliche Einsparung von 40 Terawattstunden und eine Verringerung der CO₂-Emissionen um 15 bis 28 Millionen Tonnen. Weil viele sich nicht mit dem Flackern beim Einschalten und dem kühlen Licht von Energiesparlampen anfreunden können, beginnen sie im Frühjahr 2009 mit Glühlampenhamsterkäufen. Bei aller Kritik an der ersten Generation von Energiesparlampen: Das Verbot ebnet neuen Technologien wie LEDs den Weg.

Der Fußballspieler und Nationaltorwart Robert Enke nimmt sich im Alter von 32 Jahren das Leben. Er litt seit Jahren an Depressionen. Die Veröffentlichung seines Leidensweges führt zu einer breiten Diskussion über den Umgang mit Depressionen in der deutschen Gesellschaft.

Bei einem Amoklauf in Winnenden erschießt ein 17-jähriger Schüler mit der Waffe seines Vaters 15 Menschen und sich selbst. Als Folge beschließt der Deutsche Bundestag ein strengeres Waffenrecht. Im September prügeln zwei Heranwachsende am Münchener S-Bahnhof Solln den 50-jährigen Dominik Brunner zu Tode, weil er Jugendliche vor Angriffen schützen wollte. Eine Debatte über Jugendgewalt beginnt.

KONJUNKTUR ANKURBELN

Die globale Finanzkrise ist überall spürbar. Um die schwächelnde Wirtschaft anzukurbeln, beschließt die Bundesregierung das größte Konjunkturpaket seit Bestehen der Bundesrepublik: 50 Milliarden Euro für Investitionen, Wirtschaftshilfen sowie Steuer- und Abgabensenkungen für 2009 und 2010. Für viele Unternehmen kommt die Hilfe zu spät, Traditionshäuser wie Quelle, Karstadt, Rosenthal und Schiesser melden Insolvenz an, tausende Arbeitsplätze gehen verloren.

KRISE ABWRACKEN

Um den Autobauern auf die Beine zu helfen, ersinnt die Bundesregierung eine beispiellose Maßnahme: Käufer*innen eines Neuwagens erhalten bis zu 2.500 Euro für die Verschrottung ihres alten Autos. Die Nachfrage nach der „Abwrackprämie“ ist riesig, Anfang April wird das Budget von 1,5 auf 5 Milliarden Euro aufgestockt. Die GroKo feiert sich für den Coup, Gewerkschaften nennen die Prämie die wirksamste Maßnahme des Konjunkturprogramms II. Doch das Problem wird dadurch nur vertagt: Das Geschäft wird im Jahr darauf umso stärker einbrechen. Die größten Profiteure sind am Ende ausländische Kleinwagenanbieter; die deutschen Autobauer hal-

ten sich mit Kurzarbeit über Wasser. Ökologisch ist die „Umweltprämie“, wie sie eigentlich heißt, von Anfang an Irrsinn: Statt die Autoindustrie zum Umdenken zu bewegen und strukturelle Änderungen einzuleiten, werden Verbrennungsmotoren subventioniert, unabhängig von ihrem Schadstoffausstoß. Zwei Millionen funktionstüchtige Autos, längst noch keine Wracks, landen in der Schrottpresse – Hochkonjunktur in der Wegwerfgesellschaft.

KUNDUS-AFFÄRE

Am 4. September gibt Oberst Georg Klein den Befehl für einen Nato-Luftangriff auf zwei von Taliban entführte Tanklastwagen nahe der afghanischen Stadt Kundus. Mehr als 100 Menschen sterben – darunter auch viele Zivilist*innen und Kinder. Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) muss zurücktreten, sein Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) erklärt den Luftangriff zunächst als „militärisch angemessen“ und kommt im Untersuchungsausschuss in Bedrängnis.

Motto der Proteste gegen die deutsche Atompolitik

„Mal richtig abschalten.“

Traktor gegen Castor: Ende August startet der erste AntiAtomTreck mit 36 Traktoren von Gorleben in Richtung Berlin. Dort findet am 5. September die größte Demonstration von Atomkraftgegner*innen seit Langem statt, Grüne waren an der Mobilisierung erheblich beteiligt. 50.000 Menschen fordern die Stilllegung aller Atomkraftwerke. Bald werden es noch viel mehr...



30 Jahre Grüne

Die Grünen feiern: 30 Jahre liegt ihre Gründung nun zurück, und Deutschland ist grün wie nie, schreibt Die Zeit: „Die Menschen trennen ihren Müll, sammeln ihre Dosen, pflastern ihre Dächer mit Solaranlagen. Sie sagen Nein zu Atomkraft und Genmais, Ja zu erneuerbaren Energien und Fair Trade und Vielleicht zu weniger Konsum.“

Atomkraft? Nein danke!

Sie stehen dicht an dicht, mehr als 120.000 Protestierende. Auf einer Strecke von über 120 Kilometern bilden sie zwischen den AKWs Brunsbüttel und Krümmel eine Menschenkette gegen Atomkraft. Es ist April, die entscheidende Auseinandersetzung um die deutsche Atompolitik hat begonnen, initiiert von der Anti-Atom-Bewegung und den Grünen. Im September umzingeln über 100.000 Menschen mit grünen und gelben Fahnen den Bundestag, auf ihnen steht: „Atomkraft? Nein danke!“ Doch die schwarz-gelbe Regierung verschließt die Augen vor dem Willen der Mehrheit: Ende Oktober nimmt sie den rot-grünen Atomausstieg von 2001 zurück und beschließt die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Es ist ein Protest wie zuletzt in den 80ern, es regt sich etwas im Land!

Grün im Land

12,1 Prozent! Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gelingt den Bündnisgrünen nahezu eine Verdoppelung des vorherigen Wahlergebnisses. In der Folge kommt es zu einer rot-grünen Minderheitsregierung (2010–2012) – es fehlt ein einziges Mandat für eine absolute Mehrheit im Landtag.



Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, im schrägstrich 3/2010

„Die Menschen in Deutschland wollen keine Atomenergie.“



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Am 27. April wird vor der Nordseeinsel Borkum der erste deutsche Offshore-Windpark eingeweiht. Die zwölf Anlagen liefern Strom für rund 50.000 Haushalte.

Missbrauchsskandale erschüttern Deutschland: Jahrzehntlang wurden in der katholischen Kirche Kinder und Jugendliche missbraucht. Zuerst gerät das Canisius-Kolleg Berlin des deutschen Jesuitenordens in die Schlagzeilen. Später wird aufgedeckt, dass in der Odenwaldschule, einem Privatinternat der Reformpädagogik, Schüler*innen fast drei Jahrzehnte lang systematisch sexuell ausgebeutet wurden. Hinweise gab es dort bereits seit dem Jahr 1965 – sie wurden intern alle ignoriert.

„Es blüht etwas im Osten“ (SZ). Die Unterschiede zwischen Ost und West gleichen sich 20 Jahre nach der Einheit immer mehr an. Eine neue Generation, die nichts anderes kennt als ein vereinigt Deutschland, erobert Arbeitsmarkt und Universitäten. Auch die viel zitierte „Mauer in den Köpfen“ bröckelt. „Meine Wahrnehmung ist eigentlich, dass gerade junge Leute damit wenig anfangen können, dass ‚Ossi‘ oder ‚Wessi‘ wenn überhaupt, dann nur noch ironisch gebraucht wird“, sagt die Grüne Katrin Göring-Eckardt. „Diese jungen Leute leben in einer Gesellschaft, die sich rasant verändert – in Halle (Saale) genauso wie in Halle (Westfalen).“

Der isländische Vulkan Eyjafjallajökull bricht im April aus (oben) – und legt den Flugverkehr in Europa lahm. Menschengemacht ist indes, was sich im Golf von Mexiko ereignet: Die BP-Bohrinsel „Deepwater Horizon“ explodiert. Elf Menschen sterben. BP, so erzählt es der damalige Cheftechniker Mike Williams, wusste über den schlechten Zustand der Ölplattform Bescheid. Täglich sprudeln 800.000 Liter Rohöl ins Meer (links). Gegen die Gefahren der Atomkraft begehren 2010 viele Menschen auf. 120 Kilometer lang ist ihr Widerstand (rechts).

STAATS- ODER MARKTVERSAGEN?

Die Wirtschaft in Deutschland hat sich von der Finanzkrise erholt und wächst so stark wie seit 20 Jahren nicht. Doch der Wohlstand wird bedroht. Erst steht Griechenland vor dem Staatsbankrott, dann Irland, Spanien, Portugal. Aus der Finanzkrise wird die Euro- und Staatsschuldenkrise. Darin aber sehen Wirtschaftsforscher*innen einen Etikettentausch, der verdeckt, wer große Verantwortung trägt: die Banken und die Finanzwirtschaft, deren „Scherben“ die Regierungen „auf-sammeln“ mussten, wie es der belgische Ökonom Paul De Grauwe formuliert. „Die wahren Hauptschuldigen waren die großen Kapitalflüsse innerhalb der Eurozone, die im Jahrzehnt vor der Krise entstanden sind“, lautet die „Konsenssicht“ namhafter Ökonom*innen. Die Staaten mussten die Banken retten und obendrein mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft stützen. Hinzu kommen die Kosten steigender Arbeitslosigkeit und sinkende Steuereinnahmen. Eine unsolide Haushaltspolitik, analysiert die deutsche Wirtschaftsprofessorin Renate Neubäumer, „lässt sich bei den finanzschwachen Ländern – mit Ausnahme von Griechenland – nicht nachweisen“.

DER ISLAM UND DEUTSCHLAND

„Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ 2006 hatte das ähnlich schon Wolfgang Schäuble formuliert. Bundespräsident Christian Wulff wiederholt den Satz 2010 – in dem Jahr, in dem ein Buch zum Bestseller wird, das Migrant*innen und Muslim*innen diffamiert und rassistisch herabwürdigt. Geschrieben hat „Deutschland schafft sich ab“ Thilo Sarrazin, Bundesbank-Vorstand und Mitglied der SPD, den diese trotz mehrmaliger Versuche nicht aus ihren Reihen ausschließen kann. Auf Wulffs Satz folgt ein Streit in der Union, viele seiner Kolleg*innen lehnen die Aussage ab und graben „die verstaubte Leitkultur-Debatte“ wieder aus. „Wer so redet, benötigt einen Integrationskurs für die Gegenwart“, schreibt Die Zeit. Vier Millionen Muslim*innen in Deutschland erleben erneut Ausgrenzung.

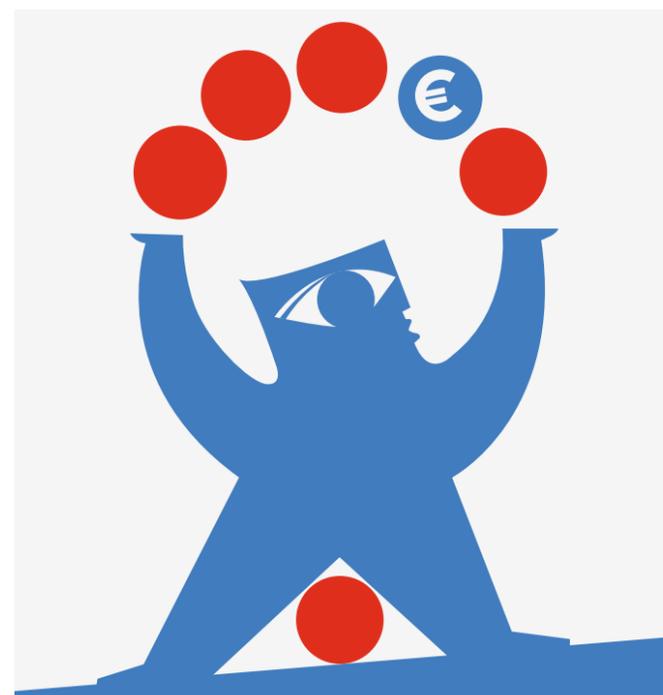


EURO IN NOT

Die Krise deckt auch die Konstruktionsfehler des gemeinsamen Währungssystems auf: die uneinheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnungen der Euroländer. Um den Euro zu retten, werden gigantische Hilfskredite und Rettungspakete geschnürt. 110 Milliarden Euro für Griechenland, 750 Milliarden Euro für den Rettungsschirm. Trotz Schuldenbremse wachsen die deutschen Verbindlichkeiten so schnell wie selten zuvor; das Bundeskabinett beschließt, in den kommenden

Jahren 80 Milliarden Euro zu sparen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Euro-Rettung, kritisieren aber das viel zu späte Eingreifen der Bundesregierung. Im Bundestag fordert Fraktionschef Jürgen Trittin die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, um „endlich dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen, die mit Spekulationen Geschäfte machen, künftig auch für die Folgen dieser Spekulationen in Haftung genommen werden“.

Im Zuge der Finanzkrise entsteht in New York die „Occupy Wall Street“-Bewegung (im Bild oben eine Szene aus dem Zuccotti Park). „Wir sind die 99 Prozent“, ist der Ruf der Revolution. Die ökonomische und politische Macht liegt bei einem Prozent der Bevölkerung, hat zuvor der US-Ökonom Joseph Stiglitz in einem Aufsatz geschrieben. In Stuttgart wird indes gegen „Stuttgart 21“ demonstriert. Der Hauptbahnhof soll unter die Erde verlegt werden – ein Mammutprojekt, das nicht nur die Grünen verkehrspolitisch für unsinnig halten. Aggressiv geht die Polizei gegen die Demonstrant*innen vor (rechts).





2011

Grün schreibt Geschichte

Die Katastrophe von Fukushima treibt hunderttausende Menschen auf die Straße und die Atomlobby in die Flucht. Am 30. Juni 2011 beschließt der Bundestag endlich mit breiter Mehrheit den Atomausstieg. „Eine Demokratiewende“ (Ulrich Beck), ein historischer Sieg für die Grünen, doch noch lange kein endgültiger: Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Quellen bleibt eine Jahrhundertaufgabe. Historisch ist auch die Abschaffung der Wehrpflicht – „Abschluss und Höhepunkt einer dreißigjährigen Kampagne für Gewaltlosigkeit und Frieden“, schreiben die US-Politikwissenschaftler Andrei S. Markovits und Joseph Klaver. Im Januar 2011 werden zum letzten Mal junge Männer in die Bundeswehr eingezogen.

Die neue deutsche Volkspartei

Ein grüner Ministerpräsident? Im bisher tiefschwarzen „Ländle“ Baden-Württemberg gelingt die Sensation im Frühjahr 2011. Die Grünen holen mit Winfried Kretschmann 24,2 Prozent. Zuvor erreichen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hamburg 11,2 Prozent. Auf der Protestwelle gegen Atomkraft erklimmen auch andere grüne Landesverbände nie erreichte Höhen: Rheinland-Pfalz verdreifacht sein Wahlergebnis auf 15,4 Prozent, es kommt zu einer rot-grünen Regierungskoalition. Bremen schafft über 22,5 Prozent. Im Osten gelingt der Einzug in die Landtage von Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In Berlin erzielt die Partei 17,6 Prozent. Zum ersten Mal in der Geschichte sind die Grünen nun in allen 16 Ländern parlamentarisch verankert und können in immer mehr Ländern regieren. Der Spiegel titelt: „Die neue deutsche Volkspartei“. Dies wird dabei helfen, sich auch in schwierigen Zeiten zu behaupten.



Andrei S. Markovits und Joseph Klaver, US-Politikwissenschaftler, zum Atomausstieg

„Wenn das kein grandioser Sieg der grünen Bewegung war, dann wissen wir nicht, wie ein solcher Sieg aussehen könnte.“



Weht der „Wind of change“ jetzt auch in Ägypten? Ein Paar (links) ist in Kairo unterwegs zur ersten freien Parlamentswahl. In Syrien endet der arabische Frühling hingegen in einem Bürgerkrieg und mit der Flucht von Millionen von Menschen. Verzweiflung herrscht auch bei den Angehörigen der NSU-Opfer. Die Fotografin Paula Markert begibt sich ab 2014 auf Spurensuche an die Handlungsorte dieses tiefdunklen Kapitels deutscher Geschichte. In dieser Garage in Jena (oben), sagt sie, lagerte der NSU unter anderem Sprengstoff.

NSU: NEONAZIS MORDEN IM GANZEN LAND

Am 4. November rauben im thüringischen Eisenach zwei Männer eine Bank aus. Später werden ihre Leichen in einem brennenden Wohnmobil gefunden. Ein paar Stunden darauf steht ein Haus in Zwickau in Flammen. In den Trümmern findet man elf Pistolen – und das zynische Bekennervideo des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Was darauf zu sehen ist, scheint unfassbar und ist doch wahr. Eine rechtsextreme Terrorzelle zog jahrelang mordend durch Deutschland – ob

allein oder durch ein rechtsextremes Netzwerk unterstützt, ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Täter töteten neun Menschen türkischer und griechischer Herkunft, erschossen eine junge Polizistin, zündeten Bomben. Sie überfielen mehr als ein Dutzend Banken und Geschäfte. Die Täter, alle aus Jena, hatten sich Anfang der 90er kennengelernt und in der Neonazi-Szene der Nachwendezeit unter den Augen der Sicherheitsbehörden radikalisiert.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Nicht nur die rassistische Mordserie des NSU verstört Europa. Am 22. Juli erschießt der Rechtsextreme Anders Breivik auf der Ferieninsel Utøya in Norwegen 68 Menschen, viele sind junge Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Die Ideologien von Breivik und NSU ähneln sich. In den Folgejahren wird klar: Rechtsextremisten sind europa- und sogar weltweit immer stärker vernetzt.

Eine Warnung macht die Runde: Wir alle stecken in digitalen „Filterblasen“ fest. Anhand unseres Nutzerverhaltens bestimmen Algorithmen, was wir im Internet zu sehen bekommen – und was nicht. Wie in einer Echokammer werden wir nur mit der immer gleichen Meinung konfrontiert. Heute sagt die Internetforschung, die Filterblasen seien viel durchlässiger als damals gedacht. Auch eine umfangreiche SZ-Analyse kommt 2017 zu dem Ergebnis: In Deutschland gibt es keine Filterblasen. Einzige Ausnahme: „Die AfD ist in ihrer Echokammer weitgehend isoliert.“



Markenzeichen Mitmachpartei

Der Basisdemokratie verpflichtet, profilieren sich die Grünen als Pioniere neuer Beteiligungsformen. Sie machen, was keine andere Partei in Deutschland wagt: Sie lassen ihre Mitglieder erst über die Spitzenkandidat*innen und dann über die Themenschwerpunkte zur Bundestagswahl 2013 entscheiden. Per Urwahl küren sie im November Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin zum Spitzenduo. Danach stimmen die Mitglieder über die Projekte ab, die nach der Wahl als erste angepackt werden sollen. Schließlich wagen die Grünen auch in Europa ein Experiment: Das Spitzenduo für den europaweiten Wahlkampf 2014 wird in einer Online-Abstimmung gekürt, bei der alle in der EU wohnhaften Menschen über 16 mitmachen dürfen. Als Belohnung für die Chance, sich aktiv in die Politik einmischen zu können, wird im Februar 2013 die 60.000-Mitglieder-Marke überschritten.

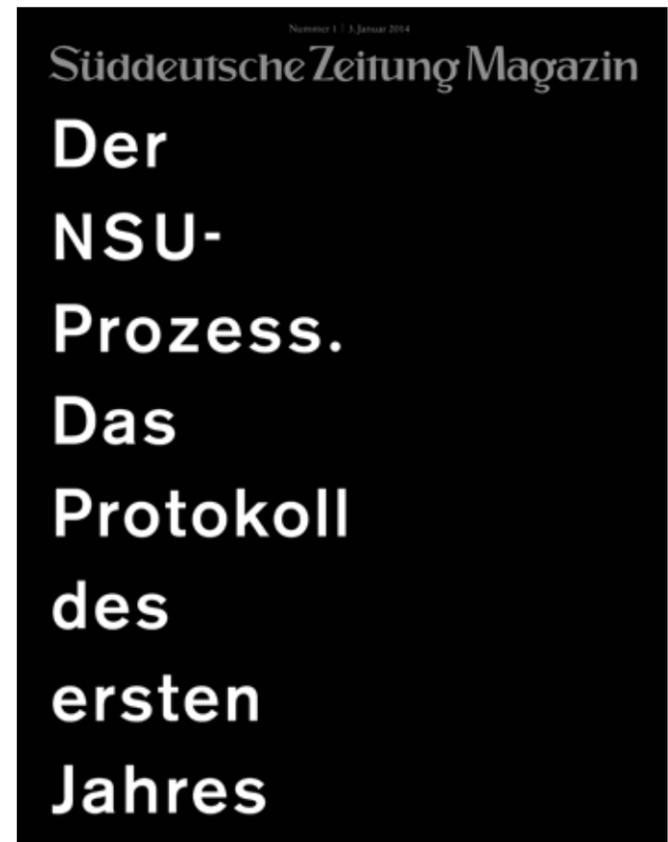
Grün im Land

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schaffen im Saarland mit fünf Prozent nur knapp den Einzug in den Landtag. Es kommt zu einer Großen Koalition. Bei der vorgezogenen Landtagswahl erreichen die Grünen mit 13,2 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis in Schleswig-Holstein. Die Minderheitskoalition in NRW geht vorzeitig zu Ende. Die Neuwahlen bringen der Partei 11,3 Prozent der Stimmen. Die rot-grüne Koalition setzt ihre Arbeit mit nun komfortabler Mehrheit fort.



NSU: NOCH NICHT VORBEI
 Rückblick, 9. September 2000:
 Der Blumenhändler Enver Şimşek parkt seinen Verkaufsladen an einer Ausfallstraße in Nürnberg-Langwasser. Stunden später findet man ihn, er liegt zwischen Sonnenblumen und Chrysanthemen. Sein Körper ist durchsiebt von acht Kugeln, abgefeuert aus nächster Nähe. Zwei Tage später ist Enver Şimşek tot, das erste Opfer des NSU. Zwei Augenzeugen berichten damals, sie hätten zwei junge Männer vom Tatort weglaufen sehen. Die Ermittler folgen anderen Spuren. Der Witwe zeigen sie das Foto einer blonden Frau, angeblich die langjährige Geliebte ihres Mannes, mit der er zwei Kinder habe. Eine Lüge, die helfen sollte, die vermeintliche Wahrheit – Drogendealer? Geldwäsche? – zu enthüllen und die der Familie den Vater ein zweites Mal nimmt. Das aber erfährt Adile Şimşek, verzweifelte Witwe

und Mutter zweier Kinder, erst Monate später. Als weitere Männer mit derselben Waffe ermordet werden wie Enver Şimşek, schreibt die Presse von den „Döner-Morden“ und der Türkenmafia. Es kämen nur Täter in Frage, heißt es in einem Ermittlerbericht von 2007, die sich „den hiesigen Normen und Werten nicht im Entferntesten verpflichtet fühlen“, zitiert Der Spiegel. In Zwickau, wo die NSU-Mörder lange wohnten, pflanzen Menschen im September 2019 im Gedenken an Enver Şimşek eine junge Eiche. Sie wird nur einen Monat später von Unbekannten abgesägt. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“ (Bertolt Brecht).



Die deutsche Solarindustrie war, gefördert von Rot-Grün, Mitte der Nullerjahre Weltspitze. Ab 2012 gerät die Branche in die Krise, zehntausende Arbeitsplätze gehen verloren. Es kommt zu Protesten (links oben) gegen die Bundesregierung. 2012 wird auch der NSU-Prozess vorbereitet. Fünf Jahre lang steht die Terroristin Beate Zschäpe wegen Mittäterschaft vor dem Münchener Oberlandesgericht (unten), sie wird 2018 zu lebenslanger Haft verurteilt. Weil es kein offizielles Protokoll gibt, dokumentieren vier SZ-Autor*innen alle 438 Prozesstage (oben).



taz-Kommentar über die NSU-Aufarbeitung

„Die Ermittlungen und der Prozess sind auch eine Geschichte der deutschen Einheit, eine Einheit im Versagen, im Wegschauen und im Anklagen der eigentlichen Opfer.“

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Das Bundesverfassungsgericht trifft im März eine Entscheidung zum EU-„Rettungsschirm“. 2011 hatten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf einen Europäischen Stabilitätsmechanismus geeinigt, der finanziell in Not geratene Euro-Länder unterstützen soll. Sein Gesamtvolumen beträgt 700 Milliarden Euro. Die deutsche Haftungssumme muss nach dem Urteil des obersten deutschen Gerichts auf 190 Milliarden Euro begrenzt bleiben und darf nicht ohne Zustimmung des Bundestages erhöht werden.

„Was für ein schöner Sonntag!“ Am 18. März wählt die Bundesversammlung den 72-jährigen Joachim Gauck zum neuen Staatsoberhaupt. In seiner Dankesrede erinnert sich der neue Bundespräsident an die einzigen freien Wahlen in der DDR, die vor 22 Jahren, ebenfalls an einem 18. März, stattfanden. „Aus dem Glück der Befreiung“, sagt Gauck, müsse „auch das Glück der Verantwortung erwachsen.“ Der gebürtige Rostocker hat von 1990 bis 2000 die Stasi-Unterlagenbehörde geleitet.

Ein Protestzug von Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen macht sich im Herbst auf den Weg von Würzburg nach Berlin. Vor dem Brandenburger Tor wird ein Protestcamp errichtet, ein Hungerstreik beginnt. Die Forderungen der Protestierenden: die Anerkennung aller Asylsuchenden als politisch Geflüchtete, der Stopp der Abschiebungen, die Aufhebung der Residenzpflicht sowie die Abschaffung der Lagerunterbringung. Das Camp wird von der Polizei geräumt.



In der digitalen Realität etablieren sich sogenannte Influencer*innen. Ihre Postings, oft Produktempfehlungen, erzielen enorme, werbewirksame Reichweiten. Wächst in der schönen neuen Bilderwelt auch der Narzissmus (links)? In einer Welt des Elends landen indes zahlreiche Griech*innen. Durch das von der EU verordnete Sparpaket verlieren viele ihren Job – oder sogar ihr Dach über dem Kopf (oben).

EZB-Chef Mario Draghi verspricht 2012, alles zu tun, um den Euro zu schützen.

„Whatever it takes.“



Wachsam in der Opposition

Nach vielen Landtagswahlen endet die Bundestagswahl 2013 mit einer Enttäuschung: 8,4 Prozent, wieder nicht dritte Kraft. Im Wahlkampf wurden die Grünen für eine ambitioniertere Steuerpolitik gescholten und als Verbotsparterie diffamiert. Zudem wurde starke Kritik an der in den Anfangsjahren der Partei geführten Debatte über die Straffreiheit pädosexueller Handlungen laut. Die Grünen hatten dies lange ausgeblendet, jetzt wird umso intensiver aufgearbeitet – zum einen durch ein wissenschaftliches Gutachten von Franz Walter, zum anderen durch eine parteiinterne Kommission, die einen ausführlichen Bericht vorlegt. Auch die Schwäche der SPD machte dem auf Rot-Grün ausgerichteten Wahlkampf zu schaffen. Doch die Grünen wissen, nun seit 30 Jahren im Bundestag, die Instrumente der Opposition zu nutzen.

Grüner Aufbruch

Nach der Wahl folgt der Generationenwechsel. Jürgen Trittin, Claudia Roth und Renate Künast ziehen sich aus der ersten Reihe zurück. Simone Peter, ehemalige Umweltministerin aus dem Saarland, und Cem Özdemir führen die Partei. Die neue Führung ebnet den Weg aus den Gräben für die Befürworter*innen von Schwarz-Grün und Rot-Rot-Grün und erreicht Akzeptanz für neue Konstellationen. Das ist dringend notwendig, weil sich die politische Landkarte in Deutschland wandelt, bunter und unübersichtlicher wird. In den Folgejahren regieren die Grünen in sieben verschiedenen Konstellationen. Aber der Maßstab dabei ist immer klar: Wie und gemeinsam mit wem können wir grüne Inhalte umsetzen? Nach wie vor kämpft die Partei für ein lebenswertes Morgen nach dem Motto der Gründerjahre: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.“

Grün im Land

Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen erzielen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Januar mit 13,7 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis in Niedersachsen. Am 18. Februar wird der rot-grüne Koalitionsvertrag für Niedersachsen unterzeichnet. Von nun an haben die rot-grün regierten Länder eine Mehrheit im Bundesrat. Im September holt die Partei in Bayern 8,6 Prozent, in Hessen 11,1 Prozent der Wählerstimmen.

Edward Snowden in einem Brief an die Bundesregierung

„Die Wahrheit auszusprechen ist kein Verbrechen.“

Edward Snowden (unten) sieht es als seine Pflicht an, die Welt über die US-Abhörpraxis zu informieren. Des „Landesverrats“ bezichtigt, flieht er nach Moskau, wo er Besuch von Hans-Christian Ströbele bekommt. Die Grünen fordern, Whistleblower gesetzlich zu schützen. Unvermittelt gerät hingegen Kunsterbe Cornelius Gurlitt ins mediale Rampenlicht. In seiner Münchener Wohnung werden über 1.000 Gemälde beschlagnahmt (rechts unten ein Werk von August Macke). Der Verdacht, dass es sich um NS-Raubkunst handeln könnte, hat sich bis heute nur für wenige der Bilder bestätigt.



net werden. Von 2013 lässt sich auch eine Verbindung ziehen zum Jahr 2001: Nach 9/11 kennt die Datensammelwut vieler Regierungen keine Grenzen mehr. Diese rechtsstaatlichen Grenzen müssen erst mühsam zurückerkämpft werden.

NSA UND BND

Drei Jahre lang bearbeitet ein Untersuchungsausschuss im Bundestag, weitgehend getragen von der kleinen Opposition aus Grünen und Linken, den NSA-Skandal. Die Bundesregierung verweigert eine Vernehmung des Schlüsselzeugen Snowden in Deutschland. „Die Umriss der globalen Überwachung“, schreibt der Grüne Konstantin von Notz (Spiegel Online), „werden dennoch immer sichtbarer. Und Deutschland mischt tüchtig mit. Das Ziel: weltweiter Handel mit Informationen über Menschen. Die Folgen für die Betroffenen reichen von unsichtbarer Diskriminierung bis zum Tod, etwa bei Drohnenangriffen.“ Am Ende steht fest: Snowden hat mit allen Enthüllungen Recht. „Die NSA hat massenhaft und anlasslos Daten abgegriffen, auch von deutschen Staatsbürger*innen in Deutschland, ohne rechtliche Grundlage“,

sagt der Grüne Hans-Christian Ströbele. Das Kanzleramt habe in der Rechts- und Fachaufsicht über den BND versagt – es wusste jederzeit Bescheid. Das deckt erst der Untersuchungsausschuss auf. Weltweit ändern Regierungen ihre Überwachungspraktiken. Die Bundesregierung tut dies nur halbherzig und erlaubt schließlich Praktiken, die zuvor klar als illegal eingestuft waren. Das Bundesverfassungsgericht kündigt Jahre später an, das BND-Gesetz überprüfen zu wollen.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

14.549: Im ersten Halbjahr gehen so viele Selbstanzeigen mutmaßlicher Steuerhinterzieher*innen ein wie nie zuvor. Bekanntestes Beispiel: FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß. Eine Studie der University of London schätzt im Jahr 2018, dass Steuersünder*innen den Bund 125 Milliarden Euro im Jahr kosten – fünfeinhalb Mal so viel wie die oft beklagten „Flüchtlings- und Integrationskosten“ der Folgejahre.

Wohin mit dem Strahlenmüll? Bund und Länder einigen sich bei der Suche nach einem atomaren Endlager auf einen neuen Anlauf. Bis zum Jahr 2031 soll eine Entscheidung fallen, wo in Deutschland der hochgiftige Atom- müll künftig gelagert werden wird.



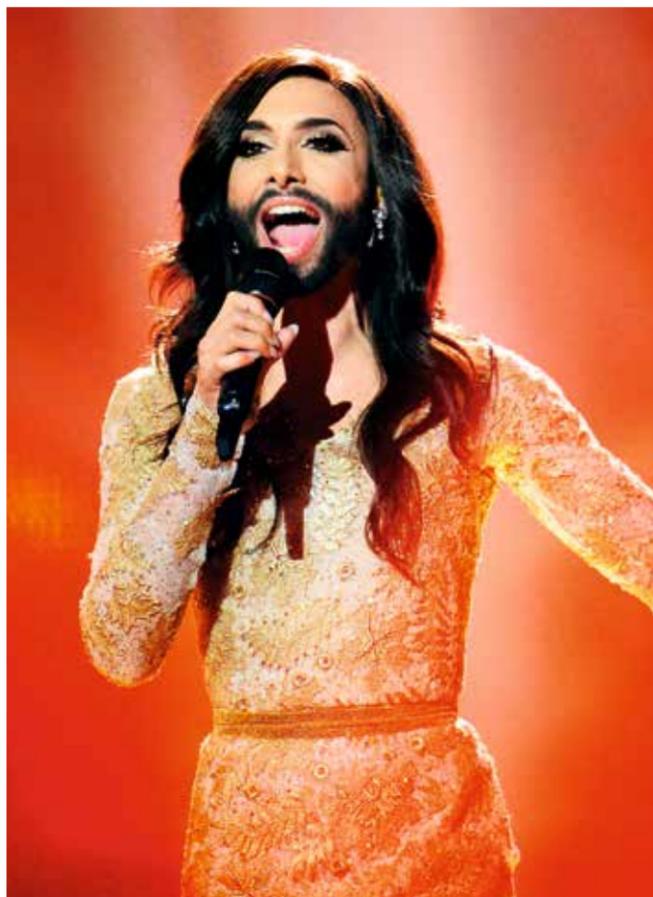
FAR BEYOND 1984

20 Jahre ist es her, dass viele Deutsche sich gegen die Volkszählung auflehnten. Jetzt werden die Befürchtungen von damals wahr. Der US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden deckt auf, was die „National Security Agency“ (NSA) treibt. Der US-Geheimdienst späht in aller Welt Regierungen, Unternehmen und Bürger*innen aus, durchforstet Abermillionen E-Mails und hört Handys ab, darunter die von 122 Regierungschef*innen – auch das von Kanzlerin Merkel. Geheimdienste in aller Welt, auch der Bundesnachrichtendienst (BND), sind Teil eines weltumspannenden Spionagesystems. Snowden sagt, die Überwachung sei bereits weiter vorangeschritten als von George Orwell im Roman „1984“ beschrieben – und warnt vor dem totalen Verlust der Privatsphäre. „Big Brother“ ist überall, alles kann jederzeit und überall aufgezeich-



Grün in Europa und im Land

Auf die Bundestagswahl folgt bereits ein halbes Jahr später die Europawahl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen wieder zu und werden im Mai 2014 mit 10,7 Prozent drittstärkste Kraft. Der grüne Erfolg bei der Europawahl wird durch das starke Ergebnis der Rechtsnationalisten getrübt. Bei den Landtagswahlen in Sachsen erhalten die Grünen im September 5,7 Prozent der Stimmen. In Brandenburg (6,2 Prozent) und Thüringen (5,7 Prozent) schaffen sie am 14. September den Wiedereinzug in den Landtag. In Thüringen kommt es in der Folge unter Führung der Linkspartei zur ersten rot-rot-grünen Koalition auf Landesebene. Damit sind die Grünen in acht Bundesländern an der Regierung beteiligt.



Der Bürgerkrieg in Syrien tobt, Bomben fallen auf Aleppo (rechts). Millionen Menschen fliehen vor den Kämpfen. Für ein friedliches Miteinander statt Pegida-Hetze gehen tausende Deutsche auf die Straße (unten). Für Vielfalt und Toleranz votieren auch die Menschen in ganz Europa. Conchita Wurst (oben), eine österreichische Dragqueen, gewinnt den Eurovision Song Contest. Die Siegerin widmet ihn „allen, die an eine friedliche und freie Welt glauben. Wir sind nicht aufzuhalten!“



Anton Hofreiter,
grüner Fraktionschef

„Ich will ein offenes und solidarisches Deutschland! Pegida schürt rassistische Vorurteile und betreibt Hetze gegen Muslime. Hier müssen wir klare Kante zeigen.“

„HERZ STATT HETZE“

Bei den „Abendspaziergängen“ von Mitgliedern der Facebook-Gruppe „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz Pegida, laufen tausende Menschen durch Dresden und andere Städte. Die einen schreien ihre Wut über Asylbewerber*innen heraus, andere fürchten, dass der Islam „Staatsreligion“ wird. Wie so oft wächst die Angst vor Fremden dort, wo nur wenige Ausländer*innen leben. Die Wut ist, im Jahr 25 nach dem Fall der Mauer, auch genährt vom Aufbau Ost, der tiefe Wunden riss. Der Schlachtruf „Lügenpresse“ wird zum Unwort des Jahres. Die im Jahr zuvor gegründete AfD bekennt: „Wir sind die ganz natürlichen Verbündeten dieser Bewegung“ (Alexander Gauland). „Pegida ist und bleibt eine rassistische Veranstaltung“,

sagt die Grüne Claudia Roth. Den „Untergang des Abendlands“ befürworten jene, die weiter mitmarschieren, als längst klar ist, wer hinter Pegida steht: Volksverhetzer und Rechtsextreme. Noch viel mehr Menschen aber zeigen überall in der BRD „Herz statt Hetze“, sie demonstrieren für Toleranz, Demokratie – und setzen ein starkes Zeichen: Deutschland ist nicht Pegida.

KRIEG IM NAMEN DES ISLAM

Am 29. Juni ruft die terroristische Miliz einen sogenannten Islamischen Staat (IS) aus. Schwarze Fahnen schwenkend führt der IS in den besetzten Gebieten im Irak und in Syrien eine Schreckensherrschaft, verübt Massaker an Schiiten, einen Völkermord an Jesid*innen, köpft Entwicklungshelfer, Ingenieure, Journalisten aus dem Westen

und verbreitet die Videos der Enthauptungen im Netz. Ab September fliegt eine arabisch-westliche Anti-IS-Koalition Luftangriffe. In Deutschland verfolgt man die Bilder aus dem „Gottesstaat“ mit Schrecken. Manche sehen ihre Vorurteile bestätigt, obwohl fast alle Muslim*innen den Islamischen Staat ablehnen und die meisten Opfer des IS-Terrors selbst Muslim*innen sind. Die Zahl der Menschen, die vor dem Konflikt in Syrien in die Nachbarländer fliehen, erreicht die Vier-Millionen-Marke (UNHCR).



KRIEG IN EUROPA

2014 ist auch das Jahr, in dem Russland die ukrainische Halbinsel Krim völkerrechtswidrig annektiert und der Krieg in der Ostukraine beginnt. Präsident Putin will ihn mit Geschichte rechtfertigen. Die Krim gehöre schon immer zu Russland – dem aber widerspricht der Osteuropahistoriker Andreas Kappeler in seinem Buch „Ungleiche Brüder“ (2017). Vielmehr sei die Euro-aidan-Revolution – das erfolgreiche Aufbegehren der Ukrainer*innen gegen Korruption und staatliche Repressionen, die Forderungen nach Annäherung an die Europäische Union – ein Alarmzeichen für Putin: Er will verhindern, dass die Euromaidan-Bewegung zum Vorbild und die Forderungen in Russland nach politischen Veränderungen lauter werden könnten. Zudem beansprucht der Kreml eine Vormachtstellung Russlands im postsowjetischen Raum. 13.000 Menschen fielen dem Krieg, der immer noch nicht zu Ende ist, bis heute zum Opfer.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Die 17-jährige pakistanische Schülerin Malala Yousafzai wird, ebenso wie der indische Aktivist Kailash Satyarthi, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Schon mit elf Jahren hatte Malala begonnen, sich in ihrer Heimat für die Rechte von Frauen und Kindern einzusetzen. Im Oktober 2012 verübten die Taliban, die in Pakistan einen Gottesstaat errichten wollen, ein Attentat auf das Mädchen. Malala überlebte schwer verletzt – und setzt ihren Kampf fort. „Ich erhebe meine Stimme – nicht um zu schreien, sondern um für die zu sprechen, die keine Stimme haben“, sagt die Aktivistin. Immer mehr mutige junge Frauen betreten die Weltbühne.

Engel sind nicht gelb: Zu Beginn des Jahres wird bekannt, dass der Automobilverband ADAC bei der Vergabe seines Publikumspreises „Gelber Engel“, der die Lieblingsautos der Deutschen auszeichnet, willkürlich verfuhr, Teilnehmerzahlen sowie die Rangfolge der prämierten Fahrzeuge fälschte. Der Skandal beschädigt den Ruf des ADAC nachhaltig.



Rosemarie Trockel ist die wichtigste Frau im deutschen Kunstbetrieb: Seit 2014 findet sich ihr Name jedes Jahr unter den Top 5 im „Kunstkompass“-Ranking. Ihre gestrickten Bilder (rechts) machten die feministische Künstlerin berühmt. Was der Welt auch in Erinnerung bleiben wird, ist das Halbfinale der Fußball-WM in Brasilien. 7:1 siegen die Deutschen und bleiben faire, die Würde des Gegners wahrende Gewinner (links oben). Zudem wird 2014 digitale Geschichte geschrieben: Der Streamingdienst Netflix geht an den Start. Serien werden zu popkulturellen Ereignissen, wie zum Beispiel „Das Haus des Geldes“ (oben). Entsetzliche Realität ist hingegen der Krieg in der Ukraine (links unten).





Grün im Land

Am 15. Februar erreicht die Partei bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg ein Ergebnis von 12,3 Prozent. Acht Wochen nach der Bürgerschaftswahl wird der rot-grüne Koalitionsvertrag unterzeichnet. Hamburg ist damit das neunte Bundesland, in dem Grüne an der Regierung beteiligt sind. Auch Bremen wird weiter von Rot-Grün regiert – zum dritten Mal in Folge. Bei der Bürgerschaftswahl holen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuvor 15,1 Prozent der Stimmen.

EIN SOMMER WIE KEIN ANDERER

Ein Sommer, der Geschichte schreibt. Am 19. August korrigiert Bundesinnenminister Thomas de Maizière die Prognose für 2015: 800.000 Geflüchtete werden erwartet, fast doppelt so viele wie angenommen, sie suchen Schutz vor Krieg, Verfolgung, Armut. Am 31. August sagt Kanzlerin Merkel: „Deutschland ist ein starkes Land – und das Motiv, in dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein: Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das.“ Das Dublin-Verfahren wird für Syrer*innen ausgesetzt; es besagt, Asylanträge müssen in jenem Land gestellt werden, in denen Geflüchtete ankommen. Die Maßnahme soll Griechenland, Italien und Spanien entlasten. Am 4. September machen sich tausende Flüchtlinge vom Ostbahnhof in Budapest, wo sie seit Tagen festsitzen, auf den Weg nach Deutschland – sie wollen zu Fuß über die Autobahn. Kanzlerin Merkel entscheidet, die Menschen aufzunehmen. An deutschen Bahnhöfen werden sie herzlich empfangen, Bilder, die um die Welt gehen. Doch nur ein kleiner Teil der EU-Staaten erklärt sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit.

2015

Laurent Fabius, Chefverhandler der Klimakonferenz in Paris und damaliger französischer Außenminister

„Wenn wir jetzt versagen, werden unsere Kinder uns nicht verzeihen.“

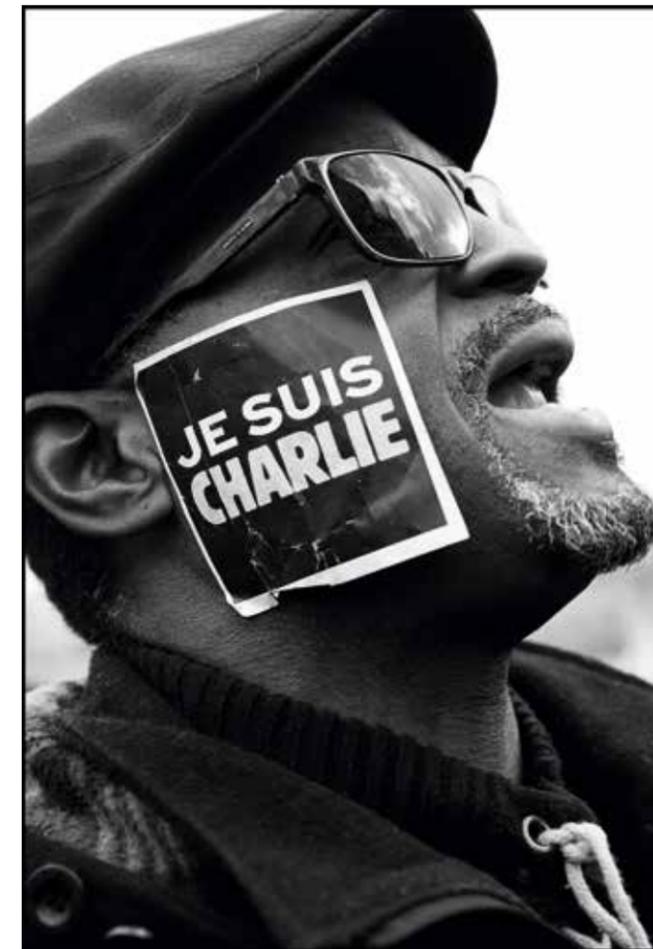


FÜR DIE OFFENE GESELLSCHAFT

Die Grünen machen sich für eine humane Asylpolitik stark. Neben der Verteidigung unserer welt-offenen Gesellschaft treiben weitere Herausforderungen die Bürger*innen wie auch die Partei um: der Einsatz für mehr globale Gerechtigkeit, für konsequenten Klimaschutz, für ein vielfältiges, geeintes Europa und gegen Rüstungsexporte. Als im Jahr 2015 knapp 900.000 Menschen nach Deutschland flüchten, reagieren die Einheimischen in den Kommunen mit einer nie zuvor dagewesenen Hilfsbereitschaft und Unterstützung. Die Grünen stehen von Anfang an klar hinter der Willkommenskultur, fordern aber sehr schnell auch den Aufbau einer Willkommensinfrastruktur. Denn klar ist: So wichtig die Erstversorgung der Schutzsuchenden ist, so herausfordernd ist die nachhaltige Integration der Menschen in Bildung, Arbeit und Gesellschaft.

DER KLIMAPAKT

Der Jubel ist groß am 12. Dezember in Paris: Zum ersten Mal verpflichten sich 195 Staaten, die Erhitzung des Planeten bis zum Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad zu halten. Dafür müsste der Umstieg von Kohle, Gas und Öl auf erneuerbare Energien vorangetrieben werden; von 2050 an dürfte nicht mehr CO₂ ausgestoßen werden, als gebunden werden kann. Die Realität sieht anders aus: Die globalen Emissionen steigen, es werden noch mehr Regenwälder abgefackelt, in Asien neue Kohlekraftwerke gebaut. Die USA unter Trump erklären schon 2017 den Ausstieg, 2019 wird er offiziell. Auch Deutschland, das sich in einer Vorreiterrolle sieht, verfehlt seine Klimaziele: Schon 2018 wird hierzulande das Limit von 1,5 Grad Erwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter von 1881 erreicht. Die Erde steuert auf eine Erwärmung von bis zu vier Grad zu, die Folgen wären fatal. Die Grünen kämpfen fürs Klima und fordern, Klimaschutz ins Grundgesetz aufzunehmen, bald unterstützt von Millionen junger Menschen.



WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Einen Tag vor der Kölner Oberbürgermeisterwahl wird die parteilose Kandidatin Henriette Reker von einem rechtsextremen Attentäter mit einem Messer attackiert und lebensgefährlich verletzt. Sie lässt sich dennoch nicht beirren: „Wir dürfen nicht vor Angst erstarren und unsere Lebensweisen dieser Angst unterordnen.“

Deutschland trauert um zwei große Staatsmänner: Am 31. Januar stirbt Altbundespräsident Richard von Weizsäcker, am 10. November Altkanzler Helmut Schmidt.

In ganz Europa sind Rechtspopulist*innen auf dem Vormarsch. Die europäische Grenzpolizei Frontex verdreifacht ihren Einsatz und verändert die Strategie: Statt auf die Seenotrettung konzentriert sie sich jetzt vor allem auf die Sicherung der Grenzen.

Am Freitag, den 13. November, ermorden islamistische Attentäter in Straßencafés, Restaurants und in der Konzerthalle Le Bataclan in Paris 130 Menschen.



2016

Grün im Land

Am 13. März sind Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. In Baden-Württemberg führen sie zu einem sensationellen Ergebnis: 30,3 Prozent holen die Grünen mit Winfried Kretschmann und werden damit erstmals in der Geschichte stärkste Kraft. Kretschmann bleibt Ministerpräsident und bildet mit der CDU die Regierung. Zeitgleich kommt es in Rheinland-Pfalz zu einer Ampelkoalition zwischen SPD, FDP und Grünen und in Sachsen-Anhalt nimmt eine Koalition aus CDU, SPD und Grünen ihre Arbeit auf. Im Dezember 2016 folgt ein rot-rot-grünes Bündnis aus SPD, Linken und Grünen in Berlin. Damit steigt die Zahl grüner Regierungsbeteiligungen in den Ländern auf elf – ein neuer Höchstwert.

Bischof Christian Stäblein (2019) über den Anschlag am Breitscheidplatz

„Das Dunkle, der Tod, der Mord, der Terror, das ist nicht stärker, das behält nicht die letzte Macht.“

RASSISMUS NIMMT ZU

Anfang Januar wird bekannt, dass auf der Kölner Domplatte in der Silvesternacht in großer Zahl sexuelle Übergriffe auf Frauen stattgefunden haben. Verdächtig werden vor allem Asylsuchende und Männer ohne klaren Aufenthaltsstatus. Das Ereignis löst Ängste aus und wird gleichzeitig zum Brandbeschleuniger für einen aufflammenden Rassismus. Rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur*innen nehmen die Ereignisse sowie mehrere Gewalttaten von Geflüchteten zum Anlass, gegen Menschen auf der Flucht zu hetzen. Allein 2016 gibt es in Deutschland mehr als 3.500 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Als im Dezember der Islamist Anis Amri mit einem Lastwagen in den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz fährt und zwölf Menschen tötet, gerät die Willkommenskultur stark unter Druck.

FREIHEIT STATT FREIHANDEL

„Bleibt uns vom Hof!“ Die Protestbewegung gegen die Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und Ceta (Comprehensive Economic and Trade Agreement) erreicht im frühen Herbst ihren Höhepunkt. Hunderttausende in ganz Deutschland gehen auf die Straße. Seit Jahren verhandelt die EU hinter verschlossenen Türen mit den USA. Diese Vorgehensweise verstärkt die Befürchtungen, dass Verbraucher- und Umweltschutz untergraben und der Rechtsstaat zu Gunsten der Marktmacht von Großkonzernen beschnitten werden könnte. Schon 2014 hatten drei grüne Europapolitiker das TTIP-Dokument ins Netz gestellt: „Wir wollen, dass die Kommission die Verhandlungen nicht länger intransparent führt.“ Ende 2016 legt die EU die Verhandlungen auf Eis. Zuvor wird Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt.



Auf der Kölner Domplatte (rechts) wird die Silvesternacht ein Speisrutenlauf für Frauen. Am 19. Dezember tötet ein islamistischer Attentäter auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin zwölf Menschen (oben). Er war als Gefährder bekannt. Die Grünen fordern in einem Untersuchungsausschuss Aufklärung von der Bundesregierung. Wir alle leben auf Kosten der armen Länder im Süden und im Osten (links eine kambodschanische Textilfabrik), mahnt der Soziologe Stephan Lessenich. Auch Freihandelsabkommen wie TTIP beeinflussen die wirtschaftliche Ungleichheit.



BREXIT UND DIE PRÄSIDENTENWAHL

Die Aktion war eigentlich als Placebo für den radikalen Flügel in der konservativen Partei gedacht. Doch im Juni wird das Undenkbare wahr. Bei einem Referendum entscheidet sich die britische Bevölkerung mit knapper Mehrheit für einen Austritt aus der Europäischen Union. Ein Präzedenzfall? Schockwellen gehen durch Europa. Premierminister David Cameron tritt zurück. Er will nicht mehr Kapitän Großbritanniens sein, das eine Irrfahrt antritt. Doch ein Unglück kommt selten allein: Im November gewinnt Donald Trump, ebenfalls unerwartet von vielen, die US-Präsidentenwahlen. Er steht für Nationalismus und einen autoritären Führungsstil.

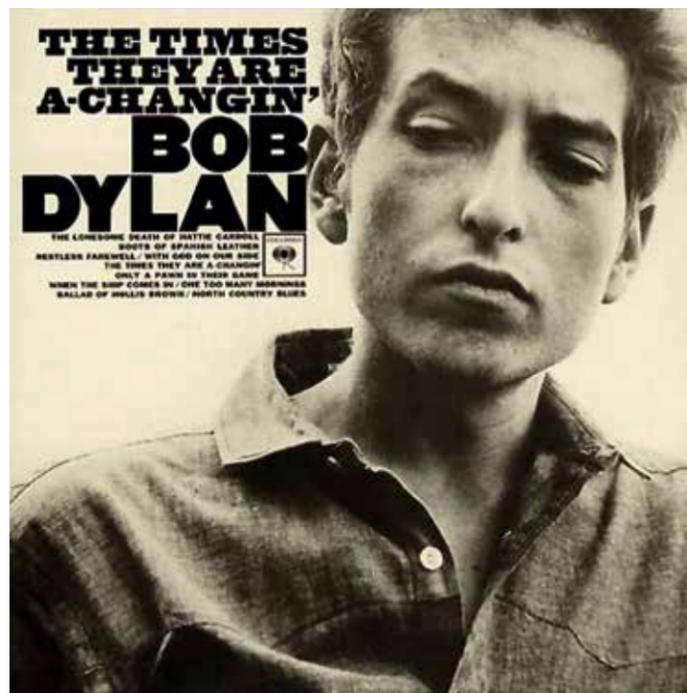


WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Bei Jahrhundert-Überschwemmungen in Niederbayern treten Flüsse und Bäche mit bislang nicht gekannter Heftigkeit über die Ufer und reißen Bäume und Autos mit. Sieben Menschen sterben in den Sturzfluten.

Politik? Satire? Politsatire? Als Jan Böhmermann Anfang April sein sogenanntes „Schmähgedicht“ auf Recep Tayyip Erdoğan auf ZDFneo vorträgt, löst er eine Staatsaffäre aus. Der türkische Präsident verklagt den Satiriker. Die Kunstfreiheit steht zur Disposition – und Böhmermann unter Polizeischutz. Die Bundesregierung rotiert wegen des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei. Schließlich wird ein Strafverfahren eingeleitet und wenig später eingestellt. Der Vorfall zeigt, dass auch in Deutschland Satiriker*innen zu ernstzunehmenden politischen Akteur*innen oder Informationsquellen werden. Ein Trend, der in den USA schon lange zu beobachten ist. Dort haben Satire-Shows Nachrichtenwert.

München in Panik: Im und am Olympiaeinkaufszentrum erschießt der 18-jährige David Sonboly neun Menschen. Sein Motiv ist Rassismus, trotzdem galt das Attentat lange als Amoklauf. Der Fall zeigt, wie das Klima der Angst den Blick auf die Tatsachen vernebelt.



Timothy Garton Ash, britischer Historiker, 2019 im Magazin der Grünen

„Diejenigen, die heute zwischen 20 und 40 Jahre alt sind, haben am meisten von der Europäischen Union, der Freiheit, dem relativen Wohlstand und dem Frieden profitiert – es ist jetzt an ihnen, dieses Europa zu verteidigen.“

What is lost is lost forever.

Say you're in if you're in.
This one's important:
If the UK leaves Europe
it may spell the end of
the largest peace project
in human history. It's not
about 'same old' but
about pulling through
together.

Register to vote
before **7th June**

Ein schwieriges Ergebnis

„Basis ist Boss“: Wie bereits 2013 küren die grünen Parteimitglieder per Urwahl ihr Spitzen-duo zur Bundestagswahl 2017. Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir erhalten von der Parteibasis die meisten Stimmen und führen die Bündnisgrünen in einen herausfordernden Wahlkampf, in den erstmals alle Parteien ohne konkrete Koalitionsaussage gehen. Mit schlechten Umfragewerten gestartet, erkämpfen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 8,9 Prozent der Stimmen und damit ihr bisher zweitbestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl. Doch es schwingt Enttäuschung mit: Wieder sind die Grünen die kleinste Fraktion im Bundestag. Und mit der AfD zieht erstmals eine rechtsnationale Partei in den Deutschen Bundestag ein. Auch bei dieser Wahl verlieren SPD und Union weiter an Stimmen und die Regierungsbildung wird die bis dato längste in der Geschichte der BRD.

Ein starker Auftritt

Nachdem die SPD bereits am Wahlabend aufgrund der hohen Verluste eine erneute Große Koalition ausschließt und ein Bündnis mit der AfD für alle Parteien außer Frage steht, sondieren die Grünen mit CDU/CSU und FDP über ein Jamaika-Bündnis. Eine 14-köpfige grüne Sondierungsgruppe spiegelt die Breite der Partei wider. In harten Verhandlungen versucht sie, Brücken zu bauen, und bleibt dabei gleichzeitig den grünen Grundsätzen treu. Doch nach über vier Wochen intensiver Sondierungen lässt die FDP die Gespräche platzen und flieht vor der Verantwortung. Die Bündnisgrünen gehen dennoch gestärkt aus den Sondierungen: Für ihre Geschlossenheit und die Bereitschaft, trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse Verantwortung zu übernehmen, erhalten sie viel Anerkennung. In Schleswig-Holstein holen die Grünen im Mai 12,9 Prozent, es kommt zu einer Jamaika-Koalition. In Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen enden die rot-grünen Koalitionen.



Die Frauen brechen ihr Schweigen (links oben): Ihre „mitreißenden Handlungen“ haben im Zuge der #MeToo-Bewegung zu einem der schnellsten Kulturwandel in der Geschichte geführt, schreibt das Time Magazine. Epochal ist auch diese Entscheidung: Der Bundestag beschließt die „Ehe für alle“ (links unten) – ein historischer Erfolg, für den die Grünen 30 Jahre lang gekämpft haben. Verantwortung für Mensch und Umwelt übernehmen will die Partei auch in der Bundesregierung (unten). Die Sondierungsgespräche (oben) scheitern aber an der FDP, es kommt erneut zu einer Großen Koalition.

Katrin Göring-Eckardt im Tagesspiegel nach den Jamaika-Verhandlungen

„Die FDP muss sich entscheiden, ob sie Verantwortung übernehmen will oder weiter in der Schmollecke bleibt. Ich finde es bedauerlich, dass Christian Lindner Angst vor dem Regieren hat. Solange Wunschkoalitionen nicht möglich sind, sollten alle demokratischen Parteien gesprächsbereit bleiben.“



BIEDERMÄNNER UND BRANDSTIFTER

Zeitenwende: Die in Teilen rechtsradikale „Alternative für Deutschland“ wird größte Oppositionspartei im Bundestag. Der Umgang im Parlament verändert sich. Die Debatten werden schärfer, die Polarisierung nimmt zu. NS-Vokabeln wie „völkisch“, „entartet“ oder „Bevölkerungsaustausch“ kommen zur Sprache. Provokation und Empörung sind die Mittel der Wahl.

GENUG GESCHWIEGEN: #METOO

Im Herbst wird der Vorwurf laut, dass der Filmproduzent Harvey Weinstein über Dekaden systematisch Frauen missbraucht und vergewaltigt haben soll. Unter „#MeToo“ ruft die Schauspielerin Alyssa Milano in den sozialen Medien dazu auf, das wahre Ausmaß von sexueller Belästigung, Alltagssexismus und Übergriffen öffentlich zu machen. Millionen von Frauen posten ihre Erfahrungen. Der Hashtag wird ein Trend in 85 Ländern. Die Online-Bewegung stößt in der westlichen Welt eine grundlegende, kontrovers geführte und andauernde Debatte über sexuelle Selbstbestimmung und das Verhältnis zwischen Frau und Mann an, unterstützt von vielen Grünen.

2017

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Der deutsche Journalist Deniz Yücel kommt am 27. Februar wegen angeblicher terroristischer Propaganda in der Türkei in Untersuchungshaft. Er wird nach einem Jahr ohne Anklageerhebung aus der Haft entlassen. Der Fall Yücel ist eine von zahlreichen Inhaftierungen, die den Weg der Türkei vom Rechts- in den Willkürstaat (Yücel) belegen – und das deutsch-türkische Verhältnis stark belasten.

Deutschland und Europa nehmen Abschied von Helmut Kohl. Der „Kanzler der Einheit“ stirbt am 16. Juni im Alter von 87 Jahren.

Mitten im Brexit-Drama feiert die Europäische Union 60. Geburtstag. Am 25. März 1957 begründeten die Römischen Verträge Europa – und das größte Friedensprojekt in der Geschichte der Menschheit. „Was hat uns das gebracht?“, fragt ein britischer

Sketch in Anlehnung an den Monty Python-Film „Das Leben des Brian“ – und zählt die Vorteile der Europäischen Menschenrechtskonvention auf: das Recht auf ein faires Verfahren, Meinungsfreiheit, das Diskriminierungsverbot, die Religionsfreiheit...

Worte können die Welt bewegen. Wie wir reden und worüber, formt unsere Gesellschaft. Die neue Rechte hat das nur zu gut verstanden. Ihre Akteur*innen wollen den Diskurs verschieben, warnen Sprachforscher wie Olaf Kramer. Damit kann eine schleichende Verschiebung von Werten einhergehen. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz von 2017 verpflichtet die Betreiber der Plattformen, Hasskommentare zu löschen. Der Hass im Netz und in den Köpfen ist damit aber noch nicht verschwunden.



KANN KI ALLES?

Es ist eine der großen Fragen der 2010er-Jahre: Wie verändern künstliche Intelligenz (KI) und Algorithmen Staat und Gesellschaft? Gefüttert mit unseren Daten, die wir Google & Co. überlassen, schaffen sie immer komplexere Aufgaben. KI komponiert Opern, schreibt Bücher und malt Gemälde zum Teil so überzeugend, dass Expert*innen sie auf der Art Basel 2017 für besser erachten als jene der Menschen. Doch es treten auch die Schattenseiten hervor: KI diskriminiert, ethische Fragen sind noch lange nicht beantwortet. Je mehr IT-Unternehmen und Staaten wissen, was wir schreiben, suchen, sagen – denken, desto mehr verlieren wir an Freiheit und werden manipulierbar. Die Grünen fordern eine „KI made in Europe“, die alle ökologischen und sozialen Potenziale von KI für die Modernisierung von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft erforscht, entwickelt und nutzt – aber auf der Grundlage europäischer Werte.



Zwei Seiten einer Stadt: Im Januar wird die Elbphilharmonie in Hamburg eingeweiht. „Die Elphi“ ist zehnmal so teuer wie geplant, wird aber zum Besuchermagnet (links oben). Im Juli brennen in Hamburg zum G20-Gipfel Häuser, hunderte Menschen werden verletzt (links unten). Kontrovers wird weiter über die Rückkehr des Wolfs (oben) diskutiert, der sich auch in Bayern wieder ansiedelt. Von neuen Zeiten handelt eine weitere Meldung: Das Gemälde „Edmond de Belamy“, erstellt von einer künstlichen Intelligenz, erzielt 2018 bei einer Christie's-Auktion rund 380.000 Euro (links).

Bundestagsfraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

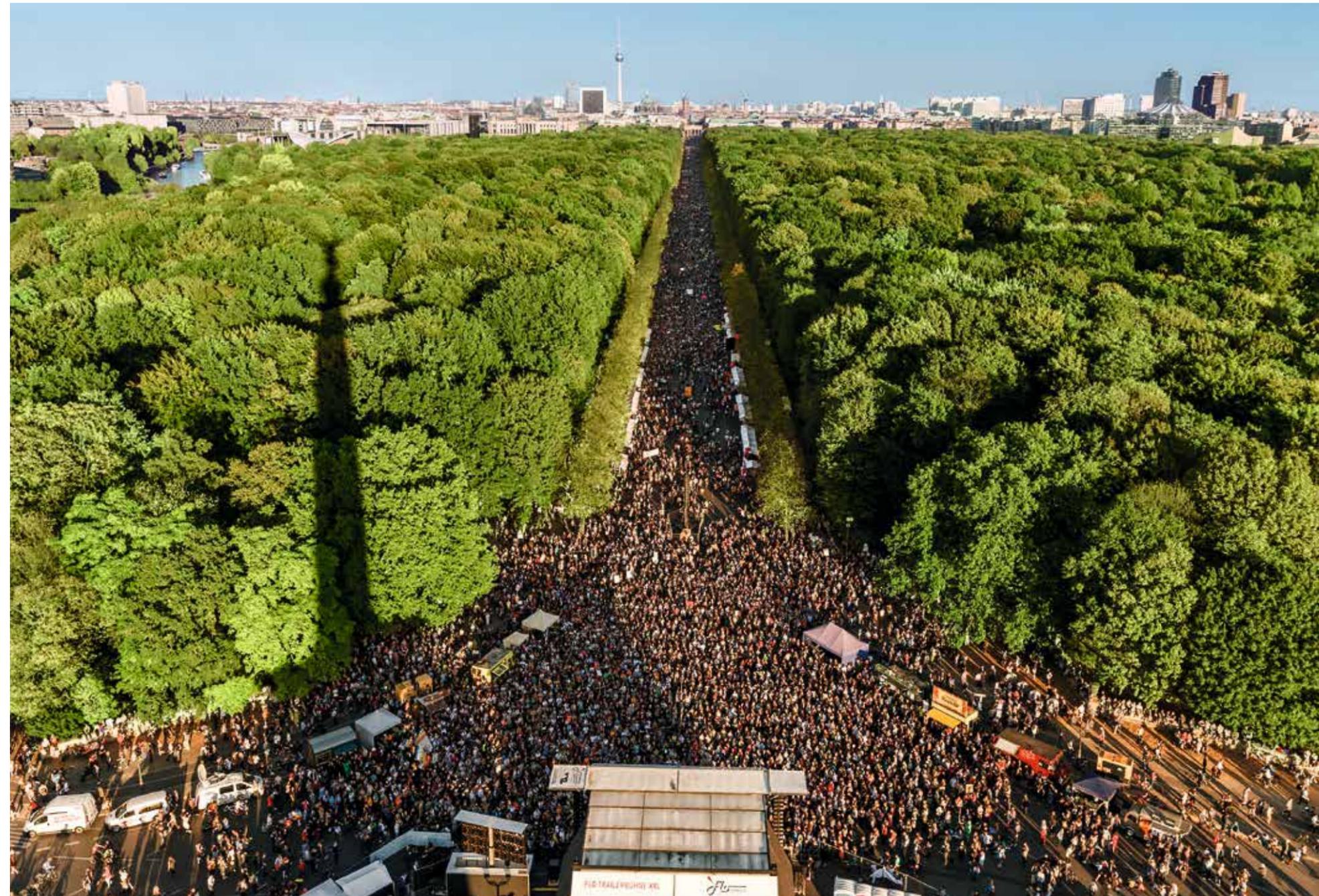
„Der Wolf war Jahrtausende ein Teil der europäischen und deutschen Natur und Artenvielfalt.“



Neue Zeiten, neue Antworten
Auf ihrem Parteitag in Hannover wählen die Grünen im Januar Annalena Baerbock und Robert Habeck als neue Vorsitzende. Das erste Projekt des neugewählten Bundesvorstands wird die Erarbeitung eines neuen Grundsatzzprogramms. Das aktuelle ist aus dem Jahr 2002 – damals waren iPhone und Facebook noch nicht erfunden, seit damals haben sich auch die Umweltkrisen massiv verschärft. Unter dem Motto „Neue Zeiten. Neue Antworten“ starten die Grünen im April 2018 eine lebendige Debatte, in der neben den Parteimitgliedern Expert*innen und Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft ebenso zu Rate gezogen werden wie interessierte Bürger*innen. Zum 40. Geburtstag der Partei

im Jahr 2020 soll das neue Grundsatzzprogramm fertig werden. Bei allem Neuen bleibt der erste Satz aus dem bisherigen Grundsatzzprogramm für grüne Politik handlungsleitend: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.“
Die Partei will ein starkes Fundament für eine wachsende grüne Bewegung legen und die Stimme für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Weltoffenheit sein. 2018 sind die Grünen stärker gebraucht, gefordert und unterstützt denn je. Das zeigen auch die Landtagswahl in Bayern und Hessen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN holt in Bayern 17,6 Prozent – und wird zweitstärkste Kraft – genau wie in Hessen mit 19,8 Prozent!

Für Solidarität statt Ausgrenzung demonstrieren am 13. Oktober fast eine Viertelmillion Menschen in Berlin bei der #unteilbar-Demo (rechts unten) – eine Sammelbewegung, die auch von den Grünen und deren neuen Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck (oben) aktiv unterstützt wird. Zuvor hatten in Chemnitz Rechtsextreme einen tödlichen Messerangriff auf einen Deutschen – ein Syrer und ein Iraker sind tatverdächtig – als Vorwand genutzt, um am 27. August einen Aufmarsch zu mobilisieren. Es kommt „zur gezielten Jagd“ (SZ) auf Migrant*innen (rechts oben). Aktuelle Ermittlungen des sächsischen Landeskriminalamts erhärten diesen Verdacht.





2018

UND DANN KAM GRETA

Am 20. August, Europa stöhnt unter der Hitze, setzt sich eine 15-jährige schwedische Schülerin vor das Parlament in Stockholm. Es ist der erste Schultag nach den Ferien. Das Mädchen hält ein Schild hoch, darauf steht: „Skolstrejk för klimatet“ („Schulstreik für das Klima“). Aus dem Nichts bringt Greta Thunberg damit eine weltweite Jugend- und Protestbewegung ins Rollen, deren Wucht kaum jemand für möglich hielt.

PLANET AM SCHEIDEWEG

In der Klimadebatte treten die Gegensätze deutlich zutage. Auf der einen Seite stehen progressive Politiker*innen und Initiativen wie „Fridays for Future“, auf der anderen Seite die Öl- und Kohleindustrie, vertreten etwa von Politikern wie Jair Bolsonaro in Brasilien und Donald Trump. Sie bemühen sich nach Kräften, das Rad der politischen und ökologischen Errungenschaften zurückzudrehen. „Diese Menschen sind in die Ecke getrieben“, glaubt Erdsystemforscher Johan Rockström. Die Argumente für eine nachhaltige Gesellschaft kommen aus der Wirtschaft, dem Gesundheitswesen, der Sicherheits- und Migrationspolitik. „Wir sind so nah am Durchbruch in unserem Denken, bei dem globale Nachhaltigkeit nicht nur nötig ist, sondern auch die attraktivste Zukunft für die Menschheit“, sagt Rockström.

2018

IM SCHWITZKASTEN

Der Sommer ist so heiß, dass sogar im Rhein das Wasser knapp wird. Laut dem Deutschen Wetterdienst ist 2018 das wärmste Jahr in Deutschland seit mehr als 130 Jahren. Die extreme Hitze macht nicht nur der Natur, sondern auch den Menschen schwer zu schaffen. In der Folge erfährt die Debatte über die Klimakrise eine – jetzt auch gefühlte – Dringlichkeit. Trotz der Hitzepein mahlen die Mühlen der Politik weiter langsam. Es ist schon wieder Winter, als die Mehrheit der Staaten beim Klimagipfel im polnischen Katowice ein Regelwerk beschließt. Lob bekommen sie für ihr zähes Ringen nicht: Diese Kompromisslösung als kleinster gemeinsamer Nenner ist einfach zu wenig. Und Deutschland? „Alle anderen Länder“, sagt die grüne Vorsitzende Annalena Baerbock, „sind insgesamt bei der Frage erneuerbarer Energien an uns vorbeigezogen – und das betrifft nicht nur die skandinavischen Länder, sondern auch Spanien und Länder in Osteuropa“.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Die Grünen setzen sich für eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Europa und für Seenotrettung ein. Als Italiener unter dem rechtsnationalen Innenminister Matteo Salvini ab 2018 die Häfen für private Rettungsschiffe schließt – und sogar eine Kapitänin vorübergehend festnimmt, weil sie gerettete Menschen an Land bringt –, kritisiert Robert Habeck das scharf: „Frau Rackete Unterstützung von Menschenhändlern und Piraterie vorzuerwerfen [...] ist eine Sprachverdrehung Orwell'schen Ausmaßes. Der eigentliche Skandal ist das Ertrinken im Mittelmeer, sind die fehlenden legalen Fluchtwege und ein fehlender Verteilungsmechanismus in Europa.“

Es ist der größte Steuerskandal in der Geschichte Europas, den das Recherchenetzwerk „Correctiv“ 2018 publik macht. Über „Cum Ex“-Aktiendeals ließen sich Anleger*innen Kapitaler-

tragssteuern gezielt mehrfach auszahlen. Allein zwischen 2001 und 2016 entstand ein Steuerschaden von mindestens 55 Milliarden Euro. „Weil es keine europäische Finanzpolizei gibt und die Regierungen bei Steuerkriminalität nicht zusammenarbeiten“, kritisiert der grüne Finanzexperte Gerhard Schick, „ist dieser Raubzug überhaupt erst möglich geworden.“

Viele Menschen sind davon überzeugt, dass früher alles besser war. Der schwedische Gesundheitsforscher Hans Rosling beweist in seinem posthum erschienen Buch „Factfulness“ das Gegenteil. Seine Kernthese: Es ist nicht alles gut, aber viel besser, als man gemeinhin annimmt. Armut? Hat sich weltweit tatsächlich halbiert in den vergangenen 20 Jahren. Allgemeine Lebenserwartung? Steigt. Die Verteilung von Wohlstand? Wird besser. Anhand von unumstrittenen Fakten belegt Rosling, dass wir in vielen Fragen unbegründet pessimistisch sind. Nur in puncto Klimawandel kann auch er keine Entwarnung geben.



Alexander Gerst, Astronaut, twittet im August seinen Eindruck beim Blick auf die Erde aus dem All

„Schockierender Anblick. Alles vertrocknet und braun, was eigentlich grün sein sollte.“

„Hambi“ darf nicht sterben: Von überall kommen Menschen im Hambacher Wald zusammen (oben), um zu zeigen, dass ein in Europa einzigartiges, seltenes, altes Biotop nicht für eine rückwärtsgerandete Technologie verheizt werden darf. Mit Erfolg: RWE muss den Braunkohleabbau 2018 stoppen. Auf der anderen Seite des Planeten brennt derweilen der Regenwald. In Amazonien werden allein von Januar bis August über 45.000 Waldbrände gezählt (unten) – im Jahr drauf werden es im selben Zeitraum über 80.000 sein. In Deutschland steigt mit den Temperaturen die Angst vor den Folgen der Klimakrise (links unten).

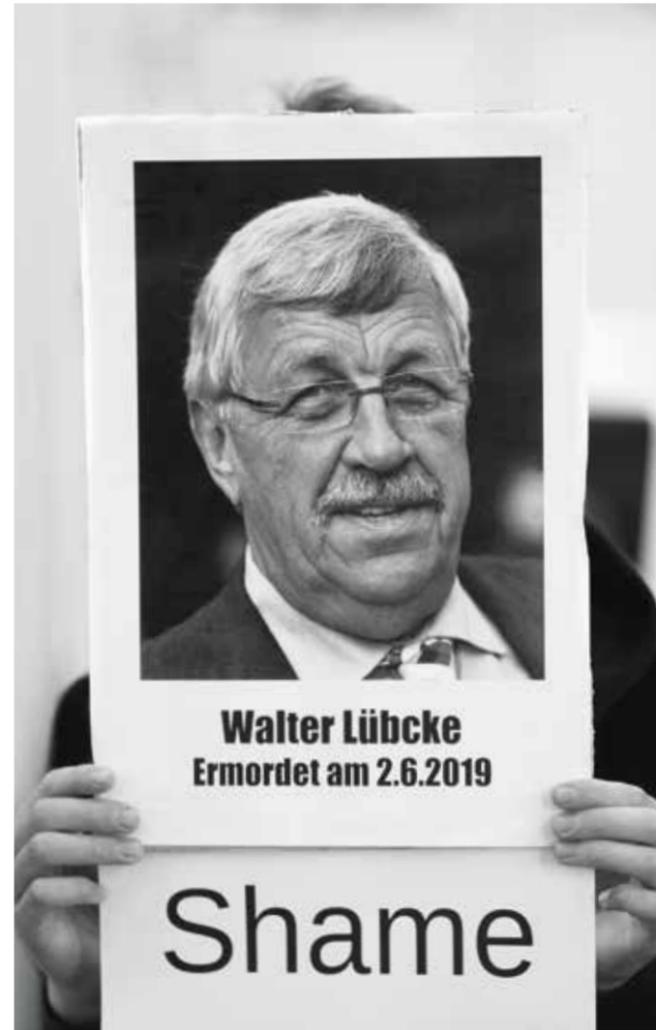


Europa ist grün, demokratisch, sozial

Es ist ein deutliches Signal: So viele Menschen wie seit Langem nicht mehr geben bei der Europawahl ihre Stimme ab. Sie wählen am 26. Mai Klimaschutz, Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt. In vielen Ländern in der EU sind die grünen Parteien stark, der Durchmarsch der Rechtspopulist*innen ist gestoppt. Die Bündnisgrünen können mit über 20 Prozent das Ergebnis der letzten Europawahl von 2014 fast verdoppeln und stellen nun – unter Führung von Ska Keller und Philippe Lamberts – die größte grüne Europafraktion in der Geschichte. Zum ersten Mal bei einer bundesweiten Abstimmung liegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor der SPD, und das deutlich. „Die Grünen sind im Laufe der Zeit im Fahrstuhl nach oben gefahren, haben dabei aber alle Altersklassen mitgenommen“, analysiert der Berliner Wahlforscher Thorsten Faas. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder nennt die Grünen zum künftigen Hauptgegner und fordert die Union auf, „jünger, cooler, offener“ zu werden. „Er hätte auch sagen können: grüner“ (Stern).

Noch mehr wagen

In 40 Jahren sind sich die Grünen treu geblieben. Sie stehen, damals wie heute, für die Bereitschaft, alles in Frage zu stellen und nichts als gegeben hinzunehmen. Wir können auch anders! Veränderung beginnt noch immer mit dem Gefühl, das was nicht stimmt. Gegenwärtig sind es Themen wie neue Technologien, neue Kommunikationswege, die Verteilung von Einkommen und Macht, die viele Menschen umtreiben. Die klare Antwort der Grünen auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: Aus der sozialen soll eine sozial-ökologische Marktwirtschaft werden. Der Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist machbar – und es gibt viel zu gewinnen! Die Menschen warten auf Veränderung. Die Grünen, es sind jetzt über 95.000 Mitglieder, werden wie eh und je dafür kämpfen. Die guten Ergebnisse im Osten, der grandiose Erfolg bei der Europawahl, aber auch die Zuwächse bei den Kommunalwahlen und der Sieg bei der Oberbürgermeisterwahl in Hannover haben 2019 gezeigt, was für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möglich ist.



Nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (oben) bleibt – wie schon beim NSU-Prozess – die Frage offen: War der mutmaßliche Mörder wirklich ein Einzeltäter? Sicher ist: Auf „Todeslisten“ finden sich 2019 auch die Namen grüner Politiker*innen. Dass der Klimawandel Venedig (rechts) und andere Städte bedroht, zeichnet sich schon seit Langem ab. Im Herbst 2019 überschwemmt ein Rekordhochwasser die fragile Stadt. Einen Erfolg erzielen Umweltschützer*innen in Bayern: Nach dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ (im Bild eine Wildbiene) tut sich viel in Sachen Artenschutz.



DIE „BIENEN-REVOLUTION“

Wissenschaftler*innen schlagen Alarm, sie warnen vor der sechsten Aussterbewelle. Ein Verschwinden von Arten, vergleichbar dem der Dinosaurier. Doch diesmal ist kein Meteorit der Auslöser, sondern der Mensch. Der Bestand der Insekten hat sich in Deutschland seit 1989 um 75 Prozent verringert, sagen Krefelder Forscher*innen und nennen als ursächlich die intensive Landwirtschaft und den Einsatz von Pestiziden. Ein Befund von existenzieller Tragweite. Mehr Weitsicht als viele Regierungen beweisen die Menschen. In Bayern erzwingen sie durch ein erfolgreiches Volksbegehren, das eine Rekordbeteiligung erreicht, mehr Arten- und Naturschutz. Auch eine Europäische Bürgerinitiative wird auf den Weg gebracht.

RECHTSEXTREMER TERRORISMUS

Am 2. Juni wird der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke, der sich für Geflüchtete engagiert hat, auf seiner Hausterrasse hingerichtet: mit einem Schuss in den Kopf. Der Tathergang erinnert an die NSU-Morde. Am 9. Oktober feiern Menschen jüdischen Glaubens in Halle an der Saale Jom Kippur, das Fest der Versöhnung. Ein bewaffneter Mann scheitert bei dem Versuch, in die Synagoge einzubrechen. Stattdessen erschießt er zwei Passant*innen. Der Täter wähnt sich im „Rassenkrieg“. Die Ideologie des völkischen Nationalismus, vom Kampf gegen einen fantasierten „Bevölkerungsaustausch“, verbindet alle rechtsextremen Strömungen. Sie findet sich auch im Bekenner schreiben des Massenmörders von Christchurch, bei der „Identitären Bewegung“ und in Reden von AfD-Abgeordneten. Wie wir reden und worüber, formt unsere Gesellschaft: Aus Worten werden Taten. Dennoch wird die Gefahr des Rechtsterrorismus von der Bundesregierung seit Jahren unterschätzt.



KÄMPFEN FÜR DEN FRIEDEN

Vor über 30 Jahren haben sich die atomaren Großmächte USA und UdSSR dazu verpflichtet, auf landgestützte Mittelstreckenraketen zu verzichten. Der INF-Vertrag von 1987 sollte auf unbegrenzte Dauer bestehen. 2019 kündigt ihn die US-Regierung, beide Seiten werfen sich Vertragsverletzungen vor. Jetzt gelten keine Beschränkungen mehr, solche Waffen zu bauen – über die inzwischen auch China, Indien, Pakistan, Nordkorea, Israel, der Iran und Saudi-Arabien verfügen. Fast 40 Jahre nach ihrer Gründung setzen sich die Grünen weiter für Frieden statt neuer Rüstungsspiralen ein.

WAS SONST NOCH GESCHIEHT

Deutschland verabschiedet ein Klimaschutzgesetz. Es „wirkt wie die hübsche Verpackung eines Nichts: viele Ziele, gute Prosa – aber kaum Instrumente, um das Land auf einen sauberen Pfad zu bringen“ (SZ). Unterdessen warnen Erdsystemforscher im Magazin Nature: Die Klimakipppunkte, nach deren Erreichen sich durch Dominoeffekte die weltweite Lage massiv – und nicht wieder umkehrbar – verschlimmern könnte, seien viel näher als bislang gedacht. Die Klimakonferenz in Madrid endet trotz einer Marathonsitzung enttäuschend. „Vertagen und vage bleiben ist im Angesicht der Klimakrise ein eklatantes Versagen“, sagt der grüne Fraktionschef Anton Hofreiter.

Das Bundesverfassungsgericht erklärt Teile der Hartz-IV-Sanktionen für verfassungswidrig. Der Staat darf

Hartz-IV-Empfängern künftig nicht mehr so schnell und so weitreichend Leistungen kürzen wie bisher.

Zum dritten Mal in der US-Geschichte wird ein Amtsenthebungsverfahren gegen einen US-Präsidenten eingeleitet. Die US-Demokrat*innen werfen Donald Trump Machtmissbrauch vor. Das Land ist gespalten wie nie zuvor. Der US-Präsident? Gibt derweil der Geschichte via Twitter seinen eigenen Spin.

Eine Affäre um den FPÖ-Politiker Heinz-Christian Strache führt in Österreich zum Bruch der Regierungskoalition. In einem Video, aufgenommen in einer Villa auf Ibiza, hatte der Vizekanzler einer angeblichen russischen Millionärin öffentliche Aufträge in Aussicht gestellt – für ihre mögliche Hilfe im Wahlkampf. Der Hit „We're going to Ibiza“ erlebt ein Revival und wird zur Protesthymne.



S.O.S

WE ARE ON FIRE
PANIC!

JE SUIS CLIMAT

HÉ HO
FAUT FAIRE UN TR...
LÀ!

JACK O'CONNOR
EST PASSE L'ICEBERG?

ÇA S'EST À RIEN DE Y
ALLER

GRETA THUNBERG
HOUSE MOI

CLIMATE ACTION NOW

ET IETZU SOV...
C'EST UN CRIME
CONTRE L'HUMANITE

LA T...
LA FONTE...
LA...
DANS

ACT UP!
SWITCH

Save the planet
go vegan

SKOLSTREJK
FÖR
KLIMATET

Don't
Go
Breaking
My
EARTH

OUR EARTH IS
FLOODING
NOW!





Bildnachweis

Seite 3: Matthias Ziegler

Seite 4/5: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung

Seite 6: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (oben), akg-images/Rainer Fetting (unten)

Seite 7: Friedrich Stark/Alamy Stock Photo

Seite 8: Collection of priest Tadeusz Faryś, part of the Solidarity exposition, Muzeum Mokis, Polen (oben), picture alliance/zb/Paul Glaser (unten)

Seite 9: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Lukas Beckmann

Seite 10/11: Barbara Klemm

Seite 12: Kraftwerk, LP-Cover „Computerwelt“ (oben), picture alliance/Klaus Rose (unten)

Seite 13: Peter Wensierski/DER SPIEGEL (oben), DER SPIEGEL 47/1981 (unten)

Seite 14: Gabi Trier (oben), picture alliance/Klaus Rose (unten)

Seite 15: Media-Robot (Totem), Max Moormann für Bellefast, 1982, Sperrholz laminiert, 200 x 170 x 64 cm, Privatbesitz, Foto: Martin Adam, Berlin

Seite 16: plan.com (oben), Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (unten)

Seite 17: DER SPIEGEL 23/1983 (oben), picture alliance/dpa/Martin Athenstädt (unten)

Seite 18: Manfred Kraft/Umbruch Bildarchiv Berlin (oben), Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, Bild 83_1031_POL_Gruene_03 (unten)

Seite 19: The Estate of Jörg Immendorff, Courtesy Galerie Michael Werner Märkisch Wilmersdorf, Köln & New York

Seite 20: picture alliance/dpa/Egon Steiner (oben), Entertainment Sytems (unten)

Seite 21: picture alliance/R4200

Seite 22/23: Thomas Pflaum/VISUM

Seite 24: Barbara Klemm (oben), iStock/Matthew Dixon (unten)

Seite 25: Gorleben Archiv (oben), Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Uschi Dresing (unten)

Seite 26: picture alliance/akg-images (oben), picture alliance/AP Images (unten)

Seite 27: BStU, MfS, HA XX, Fo, Nr.59, Bild 10

Seite 28: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Die Grünen Bayern (oben), akg-images/Album/Orion Pictures (unten)

Seite 29: picture alliance/Chris Hoffmann (oben), Eastblockworld.com (unten)

Seite 30: DER SPIEGEL 12/1987 (oben), ddp-images/dapd/Hans Peter Stiebing (unten)

Seite 31: BStU (oben), picture alliance/AP/Liu Heung-Shing (unten)

Seite 32/33: Ullstein Bild/imageBROKER/Lothar Steiner

Seite 34: Doris Ziegler, Boot 2, 1988, 175 x 195 cm, Öl auf HFP, VG Bild-Kunst, Bonn 2019; Foto: Peter Oehlmann (oben), Erik-Jan Ouwerkerk (unten)

Seite 35: Andreas Schoelzel (oben), Antonín Nový (unten)

Seite 36/37: Barbara Klemm

Seite 38/39: Getty Images/Carol Guzy/1989 The Washington Post

Seite 40: Ullstein Bild/Stephan Schrapf (oben), Joker (unten)

Seite 41: akg-images/AP

Seite 42: ddrbildarchiv.de/Manfred Uhlenhut (oben), akg-images/picture alliance/dpa (unten)

Seite 43: Regina Schmecken/Süddeutsche Zeitung Photo

Seite 44: Getty/Romeo Gacad/AFP (oben), picture alliance/zb/Christiane Eisler (unten)

Seite 45: imago images/Sepp Spiegl

Seite 46: akg-images/picture alliance/ZB/Ulrich Hässler (oben), www.etsy.com/uk/shop/MrMustardsPrintShop (unten)

Seite 47: picture alliance/Bauer (oben), Regina Schmecken/Süddeutsche Zeitung Photo (unten)

Seite 48/49: Getty Images/Tom Stoddart

Seite 50: akg-images/picture alliance/dpa/Roland Holschneider (oben), Martin Sigmund (unten)

Seite 51: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Jürgen Eis (oben), DER SPIEGEL 3/1993 (unten)

Seite 52: Ralph Sondermann/VISUM (oben), Hans Haacke/VG Bild-Kunst, Bonn; Foto: Roman Mensing (unten)

Seite 53: akg-images/Stefan Ziese

Seite 54: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Die Grünen Bayern (oben), picture alliance/dpa/Katja Lenz (unten)

Seite 55: picture alliance/ZB/Bernd Settnik (links), akg-images/Album/Miramax (rechts)

Seite 56: DER SPIEGEL 7/1995 (oben), picture alliance/dpa/DB Sungu (unten)

Seite 57: Getty/Photofusion/Universal Images Group

Seite 58/59: laif/Wolfgang Volz

Seite 60: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (oben), picture alliance/Reuters/Jürgen Schwarz (unten)

Seite 61: Bridgeman Images (oben), picture alliance/dpa (unten)

Seite 62/63: Marco Urban

Seite 64: NASA/JPL

Seite 65: Bernard Woschek/VG Bildkunst, Bonn 2019 (oben), picture alliance/R4200 (unten)

Seite 66: akg-images/IBM Research/Science Photo Library (oben), Karl-Heinz Egginger/Süddeutsche Zeitung Photo (unten)

Seite 67: picture alliance/dpa/Tim Brakemeier

Seite 68: Rolf Zöllner/Süddeutsche Zeitung Photo (oben), Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (unten)

Seite 69: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Michael Schirner (oben), akg-images/Günter Schneider (unten links), akg-images/Album/Warner Bros. Pictures (unten rechts)

Seite 70/71: picture alliance/dpa/Martin Gerten (unten links), F.A.Z.-Foto/Wolfgang Eilmes (rechts),

Seite 72: c Ullstein Bild/ddp (oben), Getty Images/Sean Gallup (unten)

Seite 73: Deutsche Börse AG/Thorsten Jansen

Seite 74: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Boros (oben), J. Craig Vente Institute (unten)

Seite 75: picture alliance/dpa Themendienst/Mascha Brichta (oben), Annette Schreyer/laif (unten)

Seite 76/77: Agentur Focus/Magnum Photos/Larry Towell

Seite 78: Gerhard Seyfried (oben), Regina Schmecken/Süddeutsche Zeitung Photo/laif (unten)

Seite 79: Getty Images/Joe Raedle

Seite 80: Dominik Butzmann/Zenit/laif

Seite 81: Tristan Schulze/bureau david voss (oben), Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Zum goldenen Hirschen (unten)

Seite 82: The Economist (oben), akg-images/Florian Profitlich (unten)

Seite 83: Getty Images/Justin Sullivan/staff

Seite 84: Regina Schmecken/Süddeutsche Zeitung Photo/laif

Seite 85: Ullstein Bild/image-BROKER/Carsten Leuzinger (oben), Agentur Focus/Magnum Photos/Martin Parr (unten)

Seite 86: Getty Images/Plume Creative/jonny@jonnystore.com

Seite 87: Gerhard Richter 2019 (0284)

Seite 88: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Zum goldenen Hirschen (oben), Michael Trippel/laif (unten)

Seite 89: Danny Wilcox Frazier/VII/Redux/laif

Seite 90: Joseph Beuys/VG Bild-Kunst, Bonn 2019; Foto: akg-images/picture alliance/dpa (oben), Getty Images/Larry Downing (unten)

Seite 91: imago images/Christian Schroth

Seite 92/93: Getty Images/Karen Bleier/AFP (links), Hermann Bredehorst/Polaris/laif (rechts)

Seite 94: picture alliance/dpa/Carsten Rehder (oben), Paul Hahn/laif (unten)

Seite 95: Max Beckmann/VG Bild-Kunst, Bonn 2019; Foto: akg-images/Erich Lessing (oben), picture-alliance/ZB/euro-luftbild.de/Robert Grahn (unten)

Seite 96/97: Getty Images/David Silverman

Seite 98: akg-images/Album (oben), Getty Images/Westend61/Jan Tepass (unten)

Seite 99: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. (oben), picture alliance/AP Images/Heiko Junge (unten)

Seite 100: Agentur Focus/Magnum Photos/Christopher Anderson

Seite 101: Getty Images/Carsten Koall

Seite 102: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung/Zum goldenen Hirschen (oben), Getty Images/Sean Gallup (unten)

Seite 103: Getty Images/Bloomberg/Andrey Rudakov

Seite 104/105: imago images/Juergen Hanel

Seite 106: Getty Images/Pétur Reynisson (oben), picture alliance/Reuters/Sean Gardner (unten)

Seite 107: picture alliance/Reuters/Christian Charisius

Seite 108: Getty Images/Corbis/Ramin Talaie (oben), Alfons Holtgreve (unten)

Seite 109: picture alliance/dpa/Uwe Anspach

Seite 110/111: Deadinside.eu

Seite 112: DER SPIEGEL 46/2010 (oben), Luca Sola/contrasto/laif (unten)

Seite 113: Paula Markert, aus der Serie „Eine Reise durch Deutschland. Die Mordserie des NSU“

Seite 114: picture alliance/dpa/Robert Schlesinger (oben), Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (unten)

Seite 115: Süddeutsche Zeitung Magazin Januar 2014 (oben), Paula Markert, aus der Serie „Eine Reise durch Deutschland. Die Mordserie des NSU“ (unten)

Seite 116/117: Hanna Barczyk/Purple Rain Illustrators (links), Timothy Fadek/Redux/laif (rechts)

Seite 118: Getty Images/South China Morning Post/Edward Wong

Seite 119: Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (oben), Heritage Images/Fine Art Images/akg-images (unten)

Seite 120: Getty Images/Jonathan Nackstrand (oben), picture alliance/Reuters/Hannibal Hanschke (unten)

Seite 121: picture alliance/AP Photo/Manu Brabo

Seite 122: picture alliance/Pressefoto Ulmer/Markus Ulmer (oben), Till Mayer (unten)

Seite 123: Studio Infinito (oben), Rosemarie Trockel: VG Bildkunst, Bonn 2019, Courtesy Sprüth Magers (unten)

Seite 124/125: Florian Bachmeier

Seite 126: picture alliance/dpa/Rainer Jensen (oben), Getty Images/Krisztian Boci/Bloomberg (unten)

Seite 127: Agentur Focus/Magnum Photos/A. Abbas (oben), picture alliance/dpa/Sdmg/Friebe (unten)

Seite 128: Philipp von Ditfurth

Seite 129: picture alliance/dpa/Rainer Jensen (oben), picture alliance/dpa/Thilo Schmülgen (unten)

Seite 130: picture alliance/AP images/Patrick Semansky (oben), Sony Music (unten)

Seite 131: Wolfgang Tillmans, pro-EU/anti-Brexit campaign, 2016

Seite 132: Hanna Barczyk/Purple Rain Illustrators (oben), Regina Schmecken/Süddeutsche Zeitung Photo/laif (unten)

Seite 133: picture alliance/dpa/Michael Kappeler (oben), Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung (unten)

Seite 134: Thies Raetzke/laif (oben), picture alliance/Markus Scholz/dpa (unten)

Seite 135: Fokusnatur/Julius Krame (oben), Obvious, @obvious_art (unten)

Seite 136: Rasmus Tanck

Seite 137: Antifa Zeckenbiss (oben), Getty Images/Carsten Koall (unten)

Seite 138/139: Getty Images/Sarah Silbiger

Seite 140: picture alliance/Winfried Rothermel

Seite 141: picture alliance/David Klammer (oben), Victor Moriyama (unten)

Seite 142: picture alliance/AP Photo/Markus Schreiber (oben), Hans-Jürgen Sessner (unten)

Seite 143: Matteo de Mayda/Contrasto/laif

Seite 144/145: Joris van Gennip/laif

Seite 146/147: Tim Laman

Seite 148/149: Christiane Wöhler

Impressum

Herausgeber

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Michael Kellner
Politischer Bundesgeschäftsführer
V.i.S.d.P.: Jana Abresch
Mitarbeit: Annkathrin Schäfer und René Engel

Redaktion, Gestaltung, Produktion

Anzinger und Rasp, München

Art Direction

Stefanie Kuttig

Redaktion

Alexandra Bürger (Leitung), Gero Günther,
Elisa Holz, Julius Schophoff

Korrektorat

die Korrektoren, Bielefeld

Lithografie

MXM, München

Druck

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG,
Kassel, auf 100 % Recyclingpapier

Stand: 20. Dezember 2019

